RICCARDO ALTIERI, BERND HÜTTNER
UND FLORIAN WEIS (HRSG.)

# «WENN DU AUSGEGRENZT WIRST, GEHST DU ZU ANDEREN AUSGEGRENZTEN»

## JÜDINNEN UND JUDEN IN DER INTERNATIONALEN LINKEN (BAND 2)

# INHALT


**Einleitung** 3

**«Wenn du ausgegrenzt wirst, gehst du zu anderen Ausgegrenzten.»** 9
Gregor Gysi über jüdisch-linke Beziehungen und Antisemitismus

Günter Regneri
**«Ihr müsst für die Zukunft arbeiten. Lernt aus der Vergangenheit.»** 21
Luise Kautsky (1864–1944)

Ottokar Luban
**«[…] die innere Notwendigkeit, mithelfen zu dürfen […]»** 25
Mathilde Jacob (1873–1943)

Mario Keßler
**Kommunismus – Antikommunismus – Kommunismus** 35
Ruth Fischer (1895–1961)

Riccardo Altieri
**Jüdisch-kommunistischer Widerstand mit fränkischen Wurzeln** 45
Olga Benario (1908–1942) und ihre Familie

Henning Fischer
**Von Berlin über Spanien nach Korea und zurück** 51
Hilde Loner-Cahn (1909–1954)

Gertrud Pickhan
**Einfühlsamer Denker und dynamischer Macher** 55
Die Bundisten Henryk Erlich (1882–1942)
und Wiktor Alter (1890–1943)

Reiner Tosstorff
**Das Jüdische Antifaschistische Komitee** 61
Zwischen internationaler Mobilisierung des jüdischen
Antifaschismus und den Zwängen stalinistischer Macht

Uwe Sonnenberg
**Mit Lügen war er nicht mehr bereit zu leben** 73
Lew Kopelew (1912–1997)

Reiner Tosstorff
**Sozialist und Gewerkschafter zwischen Russland, Deutschland und Mexiko** 77
Max Diamant (1908–1992)

Kristina Meyer
**Zwischen Neuanfang und Vereinsamung** 83
Die drei jüdischen SPD-Bundestagsabgeordneten in den 1950er- und 1960er-Jahren

Marcel Bois
**Der erste jüdische Regierungschef in der Bundesrepublik** 93
Herbert Weichmann (1896–1983)

Angelika Timm
**Für gerechten Frieden, Demokratie und Bürgerrechte** 97
Linkes Engagement in der israelischen Gesellschaft und Politik

Kathleen Krenzlin
**«Meine alten Kinderträume steigen auf»** 107
Lea Grundig (1906–1977)

Stefan Thimmel
**Sein Leben lang Antifaschist, Gewerkschafter, Internationalist und Optimist** 111
Ernesto Kroch (1917–2012)

Florian Weis
**Vom marxistischen Außenseiter zum weltbekannten Historiker** 115
Eric Hobsbawm (1917–2012)

Florian Wilde
**Der heterodoxe Trotzkist** 121
Tony Cliff (1917–2000)

**Autor*innen** 127

**Zum Weiterlesen** 131

# EINLEITUNG

Der international renommierte britische Historiker Eric Hobsbawm (1917–2012) schlug in der eigenen Wahrnehmung seines Judentums einen Bogen von seiner Mutter hin zum bekannten Diktum von Isaac Deutscher (1907–1967): «‹Du darfst nie etwas tun, das den Eindruck erweckt, daß du dich schämst, ein Jude zu sein.› Ich habe mich bemüht, mich daran zu halten […]. Der Grundsatz meiner Mutter […] definierte mein Judentum vollständig und ließ mir die Freiheit, als ein ‹nichtjüdischer Jude› zu leben, wie mein verstorbener Freund Isaac Deutscher es genannt hat.»[1]

Eben diese Charakterisierung Isaac Deutschers stand auch am Beginn unserer Überlegungen zum Verständnis vieler, wenngleich keineswegs aller säkularen und linken Jüdinnen und Juden.[2] In neun Beiträgen haben wir im ersten Band «Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen» exemplarisch einige Organisationen und Strömungen (den «Bund» im östlichen Europa, die zionistische Linke sowie die neu-linke «Jüdische Gruppe» in Frankfurt am Main), Regionen (Südafrika und Großbritannien) und herausragende linke Persönlichkeiten (Rosa Luxemburg, Jürgen Kuczynski, Jakob Moneta und Theodor Bergmann) vorgestellt.

Ausgangspunkt für unsere Beschäftigung mit diesem Thema ist die lang anhaltende Allianz, die es zwischen jüdischer Emanzipationsbewegung und der sozialistischen und der Arbeiterbewegung gab. Diese geriet in den letzten Jahrzehnten stark in Vergessenheit, auch wenn sich seit einigen Jahren ein kleiner Trend hin zu einer Wiederaneignung erkennen lässt. Indem wir an das Wirken von Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken und das Verhältnis zwischen jüdischen Strömungen und Gruppen sowie der politischen Linken erinnern,[3] wollen wir erstens einen im besten Sinne historischen Beitrag leisten.[4] Zweitens lassen sich aus der jüdisch-linken Geschichte auch wichtige und notwendige Impulse für einen bewussteren, sensiblen

**1** Hobsbawm, Eric: Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert, München/Wien 2003, S. 42 f. **2** Altieri, Riccardo/Hüttner, Bernd/Weis, Florian (Hrsg.): «Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen». Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken, Berlin 2021, S. 3, unter: www.rosa-lux.de/publikation/id/45015/. Vgl. ferner Farber, Samuel: Deutscher and the Jews: On the Non-Jewish Jew. An Analysis and Personal Reflection, in: Jacobs, Jack (Hrsg.): Jews and Leftist Politics. Judaism, Israel, Antisemitism, and Gender, Cambridge 2017, S. 331–350. **3** Gemäß den Kategorien «The Left and the Jews, […] Jews on the Left, […] The Jewish Left»; vgl. Jacobs, Jack: Introduction, in: ders. (Hrsg.): Jews and Leftist Politics, S. 1–24. **4** Vgl. Hoff, Benjamin-Immanuel: Verdienstvolle Grabungsarbeiten, Blog freitag.de, 25.3.2022, unter: www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/rezension-verdienstvolle-grabungsarbeiten.

«IM ZARENREICH, WO DIE MEISTEN JUDEN LEBTEN, WURDEN SIE SYSTEMATISCH UNTERDRÜCKT UND KONNTEN SICH NICHT AN DER AKTIVEN POLITIK BETEILIGEN. VIELE VON IHNEN ERBLICKTEN IM SOZIALISMUS EINE MÖGLICHKEIT, IHRER EIGENEN SOZIALEN NOTLAGE ZU ENTKOMMEN.»
Michael Brenner

und emphatischen Umgang von Linken mit Jüdinnen und Juden im Angesicht leidvoller historischer und gegenwärtiger Erfahrungen von Antisemitismus gewinnen. Drittens ergeben sich einige Anregungen für andere aktuelle Herausforderungen und Debatten, etwa zum Stellenwert von Herkommen und Identitäten, aber auch für ein umfassendes Verständnis von Gleichheit, das soziale und ökonomische Gleichheit ebenso umfasst wie Bürger*innen- und Menschenrechte. In seiner Arbeit über die «Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikschutz» beschreibt Christian Dietrich diesen Zusammenhang so: «Die Demokratie steht und fällt in wesentlichem Maße mit dem Schutz, der Freiheit und der Gleichheit von Minderheiten. Der Sozialdemokratie war dieser Zusammenhang bewusst.»[5]

In Anlehnung an einen programmatischen Artikel des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes (kurz: «Bund») aus den 1920er-Jahren haben wir unseren ersten Band «Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen» betitelt. Das Verständnis des «Bund» war sehr spezifisch: Im Unterschied zu den – auch linken – Zionist*innen lehnte der «Bund» einen territorialen bzw. komplett jüdisch-separaten Politikansatz strikt ab. Anders als viele andere linke Jüdinnen und Juden, die keinerlei Verständnis für irgendeine jüdische Selbstorganisation hatten, vertrat der «Bund» dagegen das Konzept einer politisch-kulturellen Teilautonomie im festen Rahmen der sozialistischen Arbeiter*innenbewegung.

Doch warum engagierten sich überhaupt so überproportional viele Jüdinnen und Juden in der sozialistischen Linken? Die Gründe hierfür sind vielfältig und sehr unterschiedlich, wie die Beiträge unseres zweiten Bands zeigen. Eine wichtige Erklärung liefert dabei Gregor Gysi: «Wenn du ausgegrenzt wirst, gehst du zu ande-

**5** Dietrich, Christian: Im Schatten August Bebels. Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikschutz 1918–1932, Göttingen 2021, S. 293.

ren Ausgegrenzten.» Ein Interview mit dem wohl bekanntesten Politiker der PDS und LINKEN stellen wir an den Beginn dieser Publikation. Dabei trifft Gysi den Wesenskern einer Aussage, wie sie Michael Brenner in seinem Band «Der lange Schatten der Revolution» für das Selbstverständnis von linken Jüdinnen und Juden umschrieben hat: «Die für die hohe jüdische Beteiligung an den revolutionären Bewegungen genannten Begründungen greifen zumeist auf die Bedingungen jüdischen Lebens vor der Revolution zurück. Im Zarenreich, wo die meisten Juden lebten, wurden sie systematisch unterdrückt und konnten sich an der aktiven Politik nicht beteiligen. Viele von ihnen erblickten im Sozialismus eine Möglichkeit, ihrer eigenen sozialen Notlage zu entkommen.»[6]

Stärker noch als im ersten Band porträtieren wir im zweiten Band vor allem wichtige jüdische Persönlichkeiten in der internationalen Linken. Inter- und Transnationalität ist dabei für das Leben der meisten hier vorgestellten Jüdinnen und Juden prägend, sowohl aus Gründen internationalistischer Überzeugungen als auch aufgrund vieler leidvoller Flucht- und Emigrationserfahrungen. Die Beiträge dieser Ausgabe ergänzen und erweitern diejenigen des ersten Bands. Wiederum wollen wir so Facetten der jüdisch-linken Geschichte in ihrer Unterschiedlichkeit ebenso wie in ihren Gemeinsamkeiten aufzeigen.

Die Beiträge von Günter Regneri, Ottokar Luban, Mario Keßler, Riccardo Altieri sowie Henning Fischer widmen sich jüdischen Politiker*innen und Antifaschist*innen, die im Deutschen Kaiserreich, der Weimarer Republik und schließlich im Exil und im Untergrund wirkten. Nur die zeitweilige KPD-Vorsitzende Ruth Fischer überlebte den Nazi-Terror im US-amerikanischen Exil, während Luise Kautsky als Jüdin und Sozialistin ebenso von den Nazis ermordet wurde wie Mathilde Jacob, die Weg-

**6** Brenner, Michael: Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München. 1918–1923, Berlin 2019, S. 22.

gefährtin Rosa Luxemburgs. Das gleiche Schicksal blieb auch Olga Benario und Hilde Friedmann nicht erspart.

Gertrud Pickhan knüpft in ihrer doppelbiografischen Skizze zu Wiktor Alter und Henryk Ehrlich an ihren Beitrag im ersten Band zur Geschichte des «Bund» an, dessen bekannteste Anführer Alter und Ehrlich waren. Beide fielen nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion dem stalinistischen Terror zum Opfer. Das galt auch für andere Vertreter*innen des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, in dem Jüdinnen und Juden aus der UdSSR für eine Unterstützung des Abwehrkampfs gegen den Nazi-Aggressor warben, was viele von ihnen nicht vor Ermordung und Haft in den späten Jahren der Stalin-Diktatur schützte, wie Reiner Tosstorff darlegt.

Verfolgungserfahrungen in der Sowjetunion musste auch Lew Kopelew erleiden, von denen Uwe Sonnenberg berichtet. Kopelews Freund, der Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll, beschrieb ihn nach seiner Ausbürgerung als «Russe mit deutschem Paß, als Jude mit deutschem Paß, als Sozialist (?) mit deutschem Paß, als Kosmopolit mit Wurzeln».[7]

Ebenfalls einen in seiner Transnationalität geradezu charakteristischen jüdisch-sozialistischen Lebenslauf weist Max Diamant auf, den wiederum Reiner Tosstorff nachzeichnet. Aus dem mexikanischen Exil erst spät auf Drängen des linken IG-Metall-Vorsitzenden Otto Brenner in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt, wurde Diamant der erste Leiter der «Abteilung Ausländische Arbeitnehmer beim Vorstand» und SPD-Mitglied. Der SPD und ihren jüdischen Politiker*innen nach 1945 widmen sich die Beiträge von Kristina Meyer und Marcel Bois. Meyer gibt einen Überblick über die SPD nach 1945 und führt diesen an den Beispielen von Jakob Altmaier, Jeanette Wolff und Peter Blachstein aus, während Marcel Bois den Hamburger Ersten Bürgermeister Herbert Weichmann vorstellt, den einzigen jüdischen Ministerpräsidenten in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Angelika Timm knüpft an ihren Artikel im ersten Band an und schildert die große Bandbreite jüdisch-israelischer Linkspolitiker*innen anhand der Lebensläufe von Esther Vilenska, Schulamit Aloni, Uri Avnery und Dov Khenin. Ebenfalls zeitweilig im damals noch britischen Mandatsgebiet Palästina fand die Malerin Lea Grundig vor den Nazis Zuflucht, an die Kathleen Krenzlin erinnert.[8]

Das zweimalige Exil des Ernesto Kroch, der ein wichtiger Partner für die Rosa-Luxemburg-Stiftung war, schildert Stefan Thimmel: Aus Nazi-Deutschland floh er nach Uruguay und aus der dortigen Militärdiktatur in die Bundesrepublik. Die Protagonisten der letzten beiden Beiträge in diesem Heft sind ebenfalls charakteristisch für ihre Internationalität, wenngleich beide nicht im engeren Sinne vor Antisemitismus und Faschismus fliehen mussten. Das Leben

**7** Heinrich Böll zit. nach Orlowa, Raissa/Kopelew, Lew: Wir lebten in Köln, mit einem Vorwort von Carola Stern und einem Nachwort von Klaus Bednarz, Hamburg 1996, S. 102. **8** Die Rosa-Luxemburg-Stiftung vergibt alle zwei Jahre zu Ehren von Hans und Lea Grundig den gleichnamigen Preis für künstlerische, kunsthistorische und kunstvermittelnde Leistungen. Zum Hans-und-Lea-Grundig-Preis siehe: www.hans-und-lea-grundig.de/.

des in Palästina geborenen Trotzkisten Tony Cliff, wie er sich nach seiner Übersiedlung nach Großbritannien nannte, porträtiert Florian Wilde, während Florian Weis den eingangs zitierten Historiker Eric Hobsbawm vorstellt. Abgerundet wird der Band wie gewohnt mit umfangreichen Hinweisen zu neu erschienener und neu «gefundener» Literatur. Diese lädt zur weiteren Erkundung und Lektüre ein.

Diesem zweiten Band sollen im Sommer 2023 sowie 2024 noch jeweils ein weiterer folgen. Im dritten Teil werden wir einen Blick auf das Wirken linker Jüdinnen und Juden in den USA werfen und die internationalen trotzkistischen Strömungen betrachten. Erinnern wollen wir ferner an führende Politiker*innen der österreichischen Sozialdemokratie in der Zeit der Monarchie sowie der ersten und zweiten Republik und auch jüdisch-progressive Akteur*innen im Osmanischen Reich und Griechenland berücksichtigen. Schließlich wollen wir weitere interessante Persönlichkeiten und Strömungen aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien vorstellen.

**Riccardo Altieri, Bernd Hüttner und Florian Weis**
Würzburg/Bremen/Berlin,
September 2022

# «WENN DU AUSGEGRENZT WIRST, GEHST DU ZU ANDEREN AUSGEGRENZTEN»

## GREGOR GYSI ÜBER JÜDISCH-LINKE BEZIEHUNGEN UND ANTISEMITISMUS

**Florian Weis:** Lieber Gregor, ich freue mich sehr, dass Du uns für unseren zweiten Band «Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken» für ein Gespräch zur Verfügung stehst! Warum machen wir das? Wir glauben, dass die lange jüdisch-sozialistische Geschichte von gemeinsamen Kämpfen sehr in Vergessenheit geraten ist, auf jüdischer wie auf linker Seite, und so wollen wir einen kleinen Beitrag leisten, dies zu überwinden. Du schreibst in verschiedenen Deiner Bücher, so in Deiner Autobiografie «Ein Leben ist zu wenig»,[1] Du habest in der DDR, anders als dann in der Wendezeit und später, keine antisemitischen Erfahrungen gemacht, aber Du siehst so etwas wie einen Antiintellektualismus, der nicht antisemitisch war, aber grobschlächtig, desinteressiert.

**Gregor Gysi:** Er war auch so eine Art Ersatz, fand ich. Die Intellektuellenfeindlichkeit war sehr verbreitet. Weil ja viele Funktionäre nicht intellektuell waren und schon deshalb etwas dagegen hatten. Andere haben andere Erfahrungen als ich gemacht. Aber ich möchte vielleicht einfach noch auf Folgendes hinweisen. Warum haben die Jüdinnen und Juden so wenig betont, wenn sie in der KPD waren oder in einer anderen Bewegung und von den Nazis verfolgt worden sind, dass sie Jüdinnen und Juden waren? Die meisten vermuten, dass das aus Angst vor Antisemitismus der Fall war. Ich glaube, es steckt noch etwas anderes dahinter. Ob du Kommunistin oder Kommunist wurdest, hast du selbst entschieden. Ob du Jüdin oder Jude warst, hast du nicht selbst entschieden. Das heißt, sie wollten zum Ausdruck bringen, dass sie nicht nur verfolgt wurden, weil sie jüdisch waren, sondern dass sie sich bewusst gegen die Nazis gestellt haben und dass das ihre Grundentscheidung war. Die meisten waren auch nicht religiös, sodass all das kaum eine Rolle spielte, was den jüdischen Glauben ausmacht. Und dann gab es eben auch unterschiedliche Entwicklungsphasen in der DDR, ganz klar.

**1** Gysi, Gregor: Ein Leben ist zu wenig. Die Autobiographie, Berlin 2017.

**Wenn Du unterschiedliche Entwicklungsphasen sagst: Siehst Du in der DDR etwas Ähnliches wie etwa die Slánský-Prozesse[2] in der CSSR oder die «Ärzteverschwörung»[3] kurz vor Stalins Tod?**

Nein, das kann ich nicht erkennen. Ich habe bei solchen Einschätzungen meine Bedenken, und zwar aus zwei Gründen. Erstens: Pieck und Ulbricht waren, also ich bin ihnen ja logischerweise nie begegnet, aber andere, die sie gut kannten, haben mir immer versichert, sie waren nicht antisemitisch. Ulbricht soll aber antipolnisch gewesen sein. Und das Zweite ist, dass sie sich das schon wegen der Bundesrepublik Deutschland gar nicht leisten konnten, die Grenze war ja noch offen. Deshalb hat es ja eine Art Slánský-Prozess in der DDR nicht gegeben. Kurt Müller von der KPD in der alten Bundesrepublik, der wurde 1953 verurteilt und saß ein, Schlimmeres blieb ihm wohl erspart, weil dann Stalin starb und nach nicht allzu langer Zeit Chruschtschow dann begonnen hat, mit dem Stalinismus einigermaßen aufzuräumen. Bei Stalin spielte Antisemitismus allerdings ganz bestimmt eine Rolle.

DIE LINKEN BOTEN EINE AUSSICHT AUF EINE ANDERE, GERECHTERE GESELLSCHAFT, IN DER DIE GLEICHHEIT IN JEDER HINSICHT HERRSCHT FÜR DIE MENSCHEN. DESHALB REIZTE SIE DAS LINKE GEDANKENGUT.

Aber man muss natürlich erklären, warum waren denn überhaupt so viele Jüdinnen und Juden in der linken Bewegung. Ich sehe dafür zwei Ursachen. Das eine ist, dass Jüdinnen und Juden schon als Kinder wussten, dass sie nicht gleichberechtigt sind, dass sie nicht die Chancen der anderen haben. Das heißt, dass sie besonders hohe Leistungen vollbringen mussten, wenn sie tatsächlich beruflich eine Karriere machen wollten. Da sie unter diesem Leistungsdruck standen, wurden sie eben auch ausgezeichnete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Ärztinnen und Ärzte, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Künstlerinnen und Künstler, Schriftstellerinnen und Schriftsteller etc. Und so stellten sie die Gesellschaft, in der sie lebten, immer mehr infrage. Die Linken boten eine Aussicht auf eine andere, gerechtere Gesellschaft, in der die Gleichheit in jeder Hinsicht herrscht für die Menschen. Deshalb reizte sie das linke Gedankengut. Das war das eine. Das Zweite ist: Wenn du ausgegrenzt wirst oder immer die Gefahr besteht, dass du ausgegrenzt wirst, gehst du zu anderen Ausgegrenzten. Und die KPD und alle diese Bewegungen waren eben auch ausgegrenzt.

**2** Stalinistischer Schauprozess in der CSSR gegen führende Kommunist*innen 1952, der antisemitische Züge trug. **3** Siehe dazu den Beitrag von Reiner Tosstorff zum Jüdischen Antifaschistischen Komitee in diesem Band.

**Kommen wir auf deine Familie zu sprechen: Deine Eltern gehen oder werden nach Deutschland geschickt, mitten im Krieg. In der Sprache der Nazis, der Nürnberger Gesetze, war Dein Vater, dieses schreckliche Wort, ein «Halbjude». Er war also mehrfach gefährdet.**

Er sagte ja immer, er wäre aus drei Gründen gefährdet gewesen. Er war Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands, er hatte eine jüdische Mutter, und er war Brillenträger. Daraufhin fragten die meisten: «Wieso Brillenträger?» Und er antwortete darauf: «Wieso das andere?»

Das Zweite, was man sehen muss, ist, dass die «Halbjuden» noch eine andere Stellung hatten als die «Volljuden» in der Nazi-Gesellschaft und dass die Nürnberger Gesetze in den Köpfen der Deutschen bis heute gelten. Das orthodoxe jüdische Recht kennt das ja nicht. Da bist du nur Jude, wenn du eine jüdische Mutter hast, der Vater hat dort nicht interessiert. Das wird jetzt etwas aufgeweicht, der Vater kann jetzt doch auch mit einbezogen werden. Aber dieses jüdische Denken in Bezug auf die Zuordnung von Menschen hat in Deutschland keine Chance gehabt. Wir rechnen nach wie vor: viertel, halb, dreiviertel.

**Mir scheint, dass ein massiver linker Antisemitismus die Ausnahme war und ist, dass es aber so etwas wie eine Unterschätzung, auch mangelnde Empathie für die spezifisch jüdischen Verfolgungserfahrungen gab und gibt. Viele Linke haben oft nicht akzeptieren können, dass der Holocaust eine sehr spezifische Verfolgung darstellte.**

## «MILLIONENFACH INDUSTRIELL ERMORDET: DAS KANNTE IN DIESER FORM NUR DAS NAZIREGIME.» JÜDISCHE UND ANDERE VERFOLGUNGSERFAHRUNGEN

Es gibt mehrere Umstände. Erstens gab und gibt es auf der Erde viele Diktaturen. Keine war aber so wie die von Hitler. Auch die von Pinochet nicht, beispielsweise. Das war eine schlimme Diktatur, Gefangene im Stadion, all das. Aber Pinochet hat nicht millionenfach industriell ermordet. Das kannte in dieser Form nur das Naziregime. Und das ist ein bedeutender Unterschied, den man nie vergessen darf.

Das Zweite ist, dass wenn du nicht in der Situation einer Jüdin oder eines Juden bist, kannst du dir die Art der Verfolgung nicht vorstellen und weißt auch nicht, warum sie auf bestimmte Dinge viel allergischer reagieren als andere Menschen. Der nächste Punkt sind, ich nehme noch mal ein anderes Beispiel, die Sinti und Roma. In die kann sich ja nun überhaupt keiner hineinversetzen, was auch Konsequenzen hat. Das heißt, formal hat die SED sie natürlich nicht ausgegrenzt. Es gab auch einen Richter, der war Verfolgter des Naziregimes und hatte einen Hintergrund als Sinti. Den habe ich kennengelernt. Das war aber eine große Ausnahme.

Und das Interessante ist immer, wie der Umgang mit Jüdinnen und Juden sich je nach der Situation in der Gesellschaft und auch nach der außenpolitischen Situation verändert. Ich sage noch zwei Beispiele. Zum einen: Es kam der Sechstagekrieg 1967. Und ein Mitarbeiter des ZK der SED

Gregor Gysi

rief alle bedeutenden Jüdinnen und Juden an und fragte sie, ob sie nicht eine Erklärung unterschreiben würden. Einige haben das gemacht, andere nicht. Und die, die es nicht machten, wurden nicht irgendwie belangt, es spielte keine Rolle. Es war wirklich freiwillig. Darüber habe ich mich mit meinem Vater unterhalten und ihn gefragt: Wer hat eigentlich wann und aus welchem Grund die Liste erarbeitet? Die musste ja in der Sekunde existieren. Darauf habe ich nie eine Antwort bekommen.

**Hättest Du heute eine?**

Nein. Weiß ich nicht. Irgendeiner muss sie ja aus irgendeinem Grunde mal erstellt haben.

Das zweite Beispiel bezieht sich darauf, dass Honecker den Wunsch hatte, in die USA zu reisen, also auf Einladung des US-Präsidenten, woraufhin die USA antworteten, das könnten sie sich vorstellen, aber er müsste erst einmal das Verhältnis zu den Jüdinnen und Juden und auch zu Israel verändern. Und dann passierten lauter Dinge, die vorher unvorstellbar waren. Mein Vater kam als Staatssekretär für Kirchenfragen mit dem Beschluss durch, die Synagoge in der Oranienburger Straße wieder aufzubauen. Eingeweiht wurde sie nach der Einheit. Da wurde mein Vater nicht erwähnt. Aber ohne ihn hätte der Wiederaufbau nicht begonnen. Der nächste Faktor war, dass der größte jüdische Friedhof Deutschlands nun mal in Weißensee liegt. Es gab aus den 1920er-Jahren den Plan, eine Straße hindurchzuführen. Mein Vater sagte zu Erich Honecker: «Na, das Beste wäre, wenn wir diesen Plan endgültig aufgeben.» Die kleine jüdische Gemeinde schaffte es nun aber beim besten Willen nicht, diesen Friedhof zu erhalten. Und so wurde das plötzlich ein Auftrag der Freien Deutschen Jugend (FDJ). Ich werde diese Bilder nie vergessen, wie sie in ihren Blauhemden um die Gräber herumstanden, alles wieder herrichteten etc. Der Plan mit der Straße ist seitdem wirklich «gestorben».

Es gab auch eine Situation, die Honecker und dem SED-Politbüro wahrscheinlich auch aus anderen Gründen nicht gefiel: Die jüdischen Gemeinden drohten einzugehen. Das wollten sie nicht. Und plötzlich bekamen die Kinder der nicht-gläubigen Jüdinnen und Juden den Auftrag, da irgendetwas kulturell zu tun. Das haben sie dann auch zum Teil gemacht. Plötzlich gab es ein richtiges Interesse. Das hing nicht nur mit den USA zusammen, sondern da ging es auch um andere Grundfragen.

Und dann erinnere ich mich an mein schönes Gespräch mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde von Berlin, der mir sagte, dass er im Bestand der Gemeinde von der Gestapo die Karteikarten über die Jüdinnen und Juden in Berlin habe, mit Anschrift etc. Die Staatssicherheit kam zu ihm und sagte, das gehört doch in ein Staatsarchiv und nicht der Jüdischen Gemeinde. Es waren ja auch staatliche Dokumente. Außerdem sind da auch zwei Politbüromitglieder betroffen, ich glaube, Albert Norden und Hermann Axen. Deshalb ginge das nicht. Er fragte mich um Rat. Ich habe ihm gesagt: «Nein, das würde ich nicht herausgeben. Behalten Sie das einfach.» «Na ja», sagte er, «aber wenn die gegen mich

klagen. Ich kann ja unser Eigentum nicht beweisen.» Da habe ich gesagt: «Wenn die klagen als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und der Gestapo gegen Sie, dann müssen Sie sowieso auswandern. Das passiert nicht, das trauen die sich nicht.» Aber er hat es dann doch einfach übergeben. Das hätte ich nicht gemacht.

**In der Tat, das wäre eine solche Blamage gewesen. Du hast gesagt, die meisten linken Jüdinnen und Juden waren säkular. Trotzdem noch einmal, bei Deinem Vater oder auch bei Personen wie Stefan Heym oder Stephan Hermlin oder Anna Seghers: Würdest Du sagen, dass es trotzdem auch eine Auseinandersetzung mit oder eine Wahrnehmung dieser jüdischen Tradition gegeben hat, nicht der religiösen, aber dieser mehrfachen Ausgrenzungserfahrungen?**

Also, beides. Natürlich haben sie sich damit beschäftigt und dazu gelesen und auseinandergesetzt und Gespräche geführt. Und es gab immer eine gewisse Angst. Wenn du einer Gruppe angehörst oder fast angehörst, gegen die es so häufig in der Geschichte solche Vorgänge gab, weißt du nie, ob das nicht wiederkommt.

In meiner Familie gab es im Umgang mit jüdischer Geschichte einen Unterschied. Meine Mutter erzählte gerne von den «großen» Juden, von den fantastischen Trompetern, Geigern etc. Und mein Vater immer von den «kleinen» Juden. Wobei man eben nicht vergessen darf, die Juden wurden ja völlig unabhängig von ihrer sozialen Stellung ermordet. Damit wurden sie ja auch zu einer Gemeinschaft gezwungen.

**«UND SEITDEM SIND DIE JÜDINNEN UND JUDEN AUF JEDEN FALL BESSER GESCHÜTZT ALS VORHER, DURCH ISRAEL.»**

**Du hast für uns, für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2008 zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels eine Rede gehalten.[4] Und da schreibst Du, ich kürze es ab: Der Antizionismus kann für die Linke insgesamt, für die Partei DIE LINKE im Besonderen, keine vertretbare Position sein, zumindest nicht mehr sein. Wo schlägt für Dich legitime Kritik an israelischer Politik in versteckten Antisemitismus um?**

Das ist sehr schwer abzugrenzen. Ich meine, dass es für die Jüdinnen und Juden nach 1945 völlig berechtigt war, einen eigenen Staat zu fordern. Denn sie hatten bis dahin ja keinen Staat, der sie schützte. Und seitdem sind die Jüdinnen und Juden auf jeden Fall besser geschützt als vorher, durch Israel. Dasselbe Problem haben wir allerdings bei den Kurdinnen und Kurden. Und noch schlimmer bei den Sinti und Roma. Letztere haben gar keine Aussicht. Bei den Kurdinnen und Kurden kann man sich eine Autonomie vorstellen. Aber einen Staat? Deshalb haben sie immer viel zu wenig Unterstützung, wenn sie angegriffen werden. Die Türkei als Nato-Mitglied marschiert in Syrien oder den Nordirak ein, nur um die Kurdinnen und Kurden zu bekämpfen, völkerrechtswidrig auch noch. Und die Stimme der Welt bleibt aus. Wenn es einen kurdischen Staat gäbe, sehe das anders aus. Das ist das eine.

Ich habe mich immer gefragt, warum – das ist ein interessanter Unterschied zwischen Ost- und Westlinken – die Westlinken viel härter mit Israel umgehen und natürlich zugunsten der Palästinenserinnen und Palästinenser als die Ostlinken. Ich glaube, das hängt mit Folgendem zusammen: Die DDR hatte so gut wie keine Beziehungen zu Israel, aber gute Beziehungen zu Arafat und bestimmten arabischen Staaten, sodass diejenigen, die in der PDS blieben – und das merkte ich schon auf dem Außerordentlichen Parteitag 1989 –, ein schlechtes Gewissen gegenüber Israel hatten. Und als ich dort diplomatische Beziehungen zum Staat Israel forderte, gab es tosenden Applaus. Damit hatte ich gar nicht gerechnet, ehrlich gesagt. Deshalb sind sie da vorsichtiger, weil sie das immer einseitig fanden. Die Linken im Westen hatten wiederum Regierungen erlebt, die gute Beziehungen zur israelischen Regierung hatten, auch zu bestimmten arabischen Staaten, aber gerade, was die Palästinenserinnen und Palästinenser betraf, sehr vorsichtig waren, zumal die ja auch kein Geld, keine Wirtschaft etc. hatten, womit man etwas anfangen konnte. Diesen Aspekt der ökonomischen Eigeninteressen darf man immer nicht vergessen. Und deshalb haben sich Linke im Westen auf die Seite des Schwächeren gestellt. Aus Sicht von Linken, die aus der DDR kamen, waren die Schwächeren die Israelis, und aus Sicht der Linken in der Bundesrepublik waren die Schwächeren die Palästinenserinnen und Palästinenser, die es ja inzwischen auch eindeutig sind. Aber daraus resultierten unterschiedliche Haltungen, wie ich festgestellt habe,

4 Gysi, Gregor: Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 8/2008, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/1080/die-haltung-der-deutschen-linken-zum-staat-israel.

und mithin auch auf meine oben genannte Rede sehr unterschiedliche Reaktionen. Aber ja, wir müssen diese Unterschiede überwinden. Für mich ist völlig klar, das Existenzrecht Israels ist unbestreitbar, aber es gibt eben auch ein Existenzrecht eines palästinensischen Staates. Anders geht es meines Erachtens nicht. Diese Kritik an Israel, das zu torpedieren, nicht zu ermöglichen, aber auch die Kritik an der Hamas, es besonders schwer zu machen, einen Staat zu realisieren und zu ermöglichen, ist bei mir gleichermaßen ausgebildet. Beides. Aber andere sind eben wieder sehr vorsichtig mit der Hamas, was ich überhaupt nicht akzeptieren kann. Das ist für mich auch keine Befreiungsbewegung, das ist etwas völlig anderes. Nun muss man wiederum wissen, zur Spaltung hat ja der israelische Geheimdienst die Bildung der Hamas unterstützt. Deshalb ist es so kreuzgefährlich, wenn Geheimdienste Politik machen. Die denken um die Ecke. Der ganze internationale Normalisierungsprozess ist auch durch die Hamas erschwert worden.

**Du sprichst ja ein ganz großes Thema an, das ist diese Logik: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Du sagst, die indirekte israelische Unterstützung für die Hamas, die amerikanische für die Muslimbrüder …**

Und in Kambodscha, die Roten Khmer. Die blieben ja in der UNO, weil die USA nicht akzeptierte, dass die neue Regierung den UNO-Sitz einnimmt.

**Allerdings die Chinesen auch nicht.**

UND DANN GAB
*DER SPIEGEL*
MICH UND DIE PDS
ZUM ABSCHUSS FREI
MIT DEM TITEL
«DER DRAHTZIEHER».
IN GELBER SCHRIFT.

## «DAS HEISST, DAS WAR AUCH ANTISEMITISCH GEMEINT.» ANTISEMITISMUSERFAHRUNGEN NACH DER WENDE

**Ein anderes Thema: Du hast nach der Wende eindeutigen Antisemitismus erfahren. «Gysi kein Deutscher» und solche Äußerungen.**

Der Fraktionsvorsitzende der NPD in Mecklenburg-Vorpommern sprach mir direkt ab, überhaupt ein Deutscher zu sein.

Aber prägender war schon etwas anderes. *Der Spiegel.* Als ich zum Vorsitzenden gewählt wurde, galt ich ja noch zwei Wochen lang als Reformer. Und dann gab *Der Spiegel* mich und die PDS zum Abschuss frei mit dem Titel «Der Drahtzieher». Und da regten sich im *Spiegel,* das weiß ich nun heute definitiv, welche auf und sagten: «Nicht noch in gelber Schrift.» Und die Leitung setzte durch: in gelber Schrift. Das heißt, das war auch antisemitisch gemeint. Und da gab es sogar von Grünen einen Brief, dass der Artikel eine Unverschämtheit sei, weil darin das angeblich Jüdische betont wurde, und was macht der Gysi, der raubt natürlich das Geld! Aber es war interessant. Es gab schon eine gewisse Abwehrhaltung gegen den *Spiegel.* In meiner Autobiografie sage ich, also nach orthodoxem jüdischem Recht bin ich sowieso kein Jude, weil ich keine jüdische Mutter hatte. Sie hatte einen jüdischen Großvater. Nach den Nürnberger Gesetzen bin ich zu 37,5 Prozent jüdisch. Meinen Kindern habe ich gesagt, dass es bei ihnen noch 18 Komma soundso viel Prozent seien, worüber sie staunten. Ja, das ist einfach so.

Aber einen Antisemitismus gibt es regelmäßig. Und der nimmt jetzt wieder zu. Immer wenn Situationen zugespitzt werden, gewinnt der Antisemitismus an Bedeutung, übrigens auch der Rassismus und auch die Ausländerfeindlichkeit.

Zum Beispiel im früheren Russland der Zar. Immer wenn es Probleme gab, hat er gesagt, das haben alles die Juden angerichtet, damit nicht er gestürzt wird, sondern stattdessen andere misshandelt und umgebracht wurden. Es gab nie einen einzigen vernünftigen Grund, weshalb ein französischer Bauer als Soldat und ein deutscher Bauer als Soldat jeweils den anderen totschlagen sollte. Für ihre Könige haben sie es getan. Und dazu musstest du immer eine Stimmung gegen die andere Nationalität, gegen einen anderen Glauben etc. entfachen.

**Du warst ja einer der Letzten, die Bruno Kreisky getroffen haben, 1990. Ihn wollen wir in einem dritten Band porträtieren, weil ich es auffallend finde, wie viele führende Köpfe der österreichischen Sozialdemokratie, Friedrich Adler, Viktor Adler, Otto Bauer und dann eben Bruno Kreisky, aus jüdischen Familien kamen. Ich finde ihn eine faszinierende Figur.**

Ist er auch.

**Vielleicht war er der erfolgreichste Kanzler, den Österreich überhaupt hatte. Ich habe mir manchmal überlegt, auch bei Willy Brandt, der natürlich kein Jude war, aber ebenfalls ein verfolgter Antifaschist, dass beide ein Stück weit auch Brückenbauer für viele Mitläufer waren, die sagen**

**konnten: Na, wenn der Brandt, wenn der Kreisky sagt, jetzt ist aber mal gut, dann können wir das ja auch sagen. Wie hast Du Kreisky erlebt?**

Darüber haben wir natürlich nicht gesprochen, sondern über andere Sachen. Aber das kann ich Dir erklären. Das ist derselbe Grund, weshalb Frau Merkel während ihrer Kanzlerschaft das Ostdeutsche nie betonte. Er wollte ja von den Leuten als österreichischer Kanzler geschätzt und geliebt werden, nicht als Jude. Und deshalb musste er zu Israel sehr kritisch sein, auch weil er den Vorwurf fürchtete, als Jude zu Israel nicht kritisch sein zu können. So. Das ist großer Mist. Aber so sind Menschen eben zum Teil gestrickt.

**Im Wahlkampf 1970, als ja ziemlich überraschend die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) stärkste Partei und Kreisky dann Kanzler wurde für 13 Jahre, da plakatierte die Österreichische Volkspartei (ÖVP) über ihren Spitzenkandidaten «Ein echter Österreicher». Kreisky hat natürlich schon verstanden, was das heißen soll.**

Na klar. Und als Wowereit kandidierte, hat sich der CDU-Spitzenkandidat Frank Steffel demonstrativ mit Ehefrau fotografieren lassen.

**Ja. Wir haben bereits die überproportionale Vertretung von Jüdinnen und Juden in der linken und Arbeiter*innenbewegung angesprochen. Aber es gibt noch eine Strömung, bei der dies besonders auffällt. Das sind die Trotzkist*innen. Ernest Mandel zum Beispiel oder natürlich auch Leo Trotzki waren Juden.**

Ernest Mandel war einer, der weder in die Bundesrepublik noch in die DDR einreisen durfte. Das musst du erst einmal hinkriegen. Aber bei den Trotzkisten ist es klar. Die waren nun auch noch innerhalb der kommunistischen Bewegung ausgegrenzt und wurden verfolgt. Trotzki ist ermordet wor-

ERNEST MANDEL WAR EINER, DER WEDER IN DIE BUNDESREPUBLIK NOCH IN DIE DDR EINREISEN DURFTE. DAS MUSST DU ERST EINMAL HINKRIEGEN. ABER BEI DEN TROTZKISTEN IST ES KLAR. DIE WAREN NUN AUCH NOCH INNERHALB DER KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG AUSGEGRENZT UND WURDEN VERFOLGT.

den. Und er empfand sich, und das ist ja auch die Sicht der Trotzkistinnen und Trotzkisten, als viel konsequenter.

**Vielleicht ein letzter Punkt. Welche Personen, Strömungen oder Fragestellungen zu diesem Verhältnis jüdisch-linke Geschichte sollten wir uns in einem nächsten Band widmen? Wen würdest Du uns empfehlen?**

Früher hätte ich Dir Stefan Heym empfohlen, das kann ich nicht mehr. Da war auch die Auseinandersetzung seiner Frau mit dem jüdischen Friedhof hinsichtlich der religiösen Symbolik sehr spannend. Bis dann ein Kompromiss gefunden wurde, was nicht so einfach war.

Und dann würde ich an Deiner Stelle mal das Leben des Gitarristen Coco Schumann verfolgen. Er spielte Gitarre bei einigen meiner Wahlkampfauftritte. Er hat im Orchester von Helmut Zacharias gespielt. Und er war in Auschwitz und musste als Musiker immer «La Paloma» spielen, wenn die Kinder zur Gaskammer geführt wurden. Ich habe ihn gefragt: «Kannst Du noch ‹La Paloma› singen und spielen?» «Ja», sagte er, «das Lied kann ja nichts dafür.» Das Problem ist, erzählte er mir, er hat nie von sich aus mitgeteilt, dass er aus Auschwitz kam. Da habe ich ihn gefragt: «Warum nicht?» «Weil sie dann nicht mehr gewusst hätten, wie sie sich mir gegenüber zu benehmen haben», antwortete er. Er sagte: «Ich wollte normal behandelt werden. Und wenn ich es ihnen gesagt hätte, hätte ich keine Chance mehr gehabt, normal behandelt zu werden. Die einen hätten ein schlechtes Gewissen gehabt, die anderen gesagt, dem kann man nicht widersprechen.» Das wollte er alles nicht. Aber eins hatte er immer. Einen Koffer im Flur. «Immer», sagte er. Da war das Notwendigste drin. «Ich könnte immer sofort gehen», sagte er.

*Das Interview führte Florian Weis mit Gregor Gysi am 26. Januar 2022.*

Günter Regneri

# «IHR MÜSST FÜR DIE ZUKUNFT ARBEITEN. LERNT AUS DER VERGANGENHEIT.»

## LUISE KAUTSKY (1864–1944)

Woran bemisst sich die gesellschaftliche Bedeutung einer Person? Männer bleiben oft in Erinnerung, weil sie bedeutsame Posten bekleiden. Da die Frauen davon bis vor wenigen Jahrzehnten überwiegend ausgeschlossen waren, werden sie meist vergessen oder aber als *Anhängsel* ihrer Männer abgewertet. Dies trifft in gewissem Maße auch auf Luise Kautsky (1864–1944) zu, obwohl sie zu Lebzeiten eine außergewöhnliche Bekanntheit genoss; sie eilte ihr voraus bis in die menschengemachte Hölle von Auschwitz: Als die damals 80-Jährige im September 1944 nach tagelanger Fahrt in einem Deportationszug das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau erreichte, wurde sie von Mithäftlingen erkannt. Sie brachten sie heimlich in den Krankenblock des Lagers und retteten sie damit unter Todesgefahr vor der Gaskammer.

Geboren wurde Luise Kautsky am 11. August 1864 in Wien als Luise Ronsperger, Tochter einer wohlhabenden jüdischen Familie, die damals im 4. Bezirk eine Konditorei betrieb. Luises vollständig assimilierte Eltern sorgten für eine profunde Schulausbildung. Als 16-Jährige machte sie die Bekanntschaft mit der sozialistischen Schriftstellerin Minna Kautsky. Diese führte das Bürgerkind in die Gedankenwelt und das Parteileben der sozialistischen Bewegung ein. Durch Minna Kautsky wurde Luise nicht nur zur Sozialistin, sie lernte auch deren Sohn Karl kennen, den sie 1890 heiratete.

Nach der Hochzeit zog das Paar nach Stuttgart. Während Karl an der Ausformulierung des Erfurter Programms der SPD arbeitete, gebar Luise Kautsky den ersten ihrer drei Söhne. Doch sie war nicht nur Hausfrau und Mutter. Unbesoldet arbeitete sie als Privatsekretärin und Übersetzerin für ihren Ehemann. Der gesundheitlich labile Karl hätte ohne die energische Luise wohl nur einen Bruchteil seiner Werke publiziert, die zuallererst ihre inhaltliche Kritik überstehen mussten.

LUISE KAUTSKY WAR *DIE NETZWERKERIN* DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN BEWEGUNG.

Luise Kautsky,
Bleistiftzeichnung
von Rosa Luxemburg

1897 zog die Familie nach Berlin, wo sie Rosa Luxemburg kennenlernte. Die beiden Frauen verband bald eine tiefe Freundschaft, der auch der Bruch zwischen Karl Kautsky und Rosa Luxemburg nichts anhaben konnte. In Berlin verwandelte Luise Kautsky ihr Zuhause in eine offene Heimstatt für alle Sozialist*innen, ungeachtet dessen, woher sie kamen. Gerade hier zeigte sich ihre besondere Begabung. Ihre Sprachkenntnisse – außer Deutsch sprach sie Englisch, Französisch und Italienisch – nutzte sie, um zahllose Menschen aus aller Welt untereinander zu verknüpfen. Allein die im Internationalen Archiv für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam erhalten gebliebene private Briefkorrespondenz – ohne den Geschäftsverkehr für Karl und ohne die Briefe an Familienmitglieder – umfasst über 500 Adressat*innen. Die Namensliste liest sich wie ein Who's who der internationalen Arbeiterbewegung – nur Stalin schrieb sie nie! Luise Kautsky war *die Netzwerkerin* der internationalen sozialistischen Bewegung.

1924 zogen die Kautskys wieder nach Wien. Heute fast vergessen ist, dass Luise Kautsky Texte von Marx und Engels, Lafargue und anderen aus dem Englischen und Französischen übersetzte. Sie verfasste ein Gedenkbuch für Rosa Luxemburg und zwei Bände mit deren Briefen, schrieb zahlreiche Zeitschriftenartikel und Rezensionen. Viele davon wurden übersetzt und mehrfach im europäischen Netzwerk der

sozialistischen Zeitschriften publiziert, außer in Deutschland und Österreich auch in der Schweiz, in Polen, England, Frankreich, Schweden, Dänemark, Lettland, Finnland und den Niederlanden. Als offizielle österreichische Delegierte nahm sie an internationalen sozialistischen Kongressen teil und hielt Vorträge in den Vorfeldorganisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP).

Der Nationalsozialismus, der Österreich ab März 1938 mit Terror und Mord überzog, verhinderte, dass Luise den Lebensabend in Wien verbringen konnte. Ihr jüngster Sohn, Benedikt Kautsky (1894–1960), wurde verhaftet und durchlitt bis Kriegsende die verschiedensten faschistischen Konzentrationslager. Den Eltern gelang die Flucht mithilfe der tschechoslowakischen Gesandtschaft. Sie gingen erst nach Prag, dann nach Amsterdam, wo Karl kurze Zeit später starb. Luise brachte Karl Kautskys Nachlass ins IISG und half dort bei der Einarbeitung. Ein Visum, das ihr die Labour Party nach Kriegsbeginn besorgte, nahm sie nicht in Anspruch. Aus Großbritannien hätte sie Benedikt keine Briefe mehr ins KZ schicken können. Ein Überfall der neutralen Niederlande durch die Nazis erschien ihr wohl unvorstellbar. Das brachte sie in tödliche Gefahr.

Die nationalsozialistischen Rassengesetze erklärten Luise Kautsky, die doch kurz vor ihrer Hochzeit in Wien aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten war, nun wieder zur Jüdin. Deshalb musste sie noch als 79-Jährige einer Sterilisierung zustimmen, auch wenn diese dann nicht mehr durchgeführt wurde. Kurz nach ihrem 80. Geburtstag wurde sie bei einer Razzia verhaftet und nach Auschwitz-Birkenau deportiert.

Unabhängig voneinander berichten Häftlingsärztin Lucie Adelsberger (1895–1971) und die Lagerälteste des Krankenblocks, Orli Wald (1914–1962), Luise Kautsky habe trotz ihres schlechten körperlichen Zustands innerhalb weniger Tage die traurige und hoffnungslose Atmosphäre des Krankenblocks in Auschwitz-Birkenau verwandelt. Den anderen sei sie ein Beispiel an Durchhaltewillen gewesen. Einmal, so Orli Wald, habe Luise ihre Hand ergriffen und zu ihr gesagt: «Ihr seid noch jung, ihr alle. Ihr müsst für die Zukunft arbeiten. Haltet zusammen und lernt aus der Vergangenheit.»

Benedikt Kautsky befand sich zu diesem Zeitpunkt im IG-Farben-KZ Auschwitz-Buna, nur fünf Kilometer von seiner Mutter entfernt. Es gelang Mitgefangenen, zwei Kassiber der Mutter zu ihrem Sohn zu schmuggeln. Ein persönliches Treffen kam nicht mehr zustande. Luise Kautsky starb am 8. Dezember 1944 in Auschwitz-Birkenau an völliger Entkräftung.

## LITERATUR

Regneri, Günter: Luise Kautsky. Seele des internationalen Marxismus – Freundin von Rosa Luxemburg, Berlin 2013.

Wald, Orli: Letzte Erinnerungen an Luise Kautsky, in: Steger, Bernd/Thiele, Günter: Der dunkle Schatten. Leben mit Auschwitz. Erinnerungen an Orli Reichert-Wald, Marburg 1989, S. 118–120.

Ottokar Luban

# «[…] DIE INNERE NOTWENDIGKEIT, MITHELFEN ZU DÜRFEN […]»

## MATHILDE JACOB (1873–1943)

Mathilde Jacob ist aus den Briefen Rosa Luxemburgs als deren treu sorgende Helferin und Vertraute in den Jahren des Ersten Weltkriegs, die Luxemburg überwiegend in Haft verbrachte, bekannt geworden. In den relevanten Veröffentlichungen der 1960er- und 1970er-Jahre wurde Mathilde Jacobs politisches Engagement meist nur als Folge einer weitgehenden Abhängigkeit von großen Persönlichkeiten gesehen. Peter Nettl bringt dies am deutlichsten in seiner Rosa-Luxemburg-Biografie zum Ausdruck: Sie wäre «im Grunde unpolitisch oder nur am Rande politisch interessiert [gewesen], hauptsächlich aus Anhänglichkeit zu Rosa Luxemburg zur Politik» gekommen. Zudem schätzt er ihre intellektuellen Fähigkeiten als ausgesprochen gering ein.

Ein wesentlich differenzierteres und fundierteres Bild von Mathilde Jacob ergibt sich aufgrund der Auswertung von seit 1990 zugänglichen Archivalien wie ihren Briefwechseln mit Clara Zetkin und Franz Mehring sowie Polizei- und Justizakten: Die gelernte Buchhalterin und Stenotypistin betrieb seit 1907 in Berlin ein Schreibbüro, dessen Dienste einige bekannte Sozialdemokraten wie Karl Liebknecht, Karl Radek und August Thalheimer für ihre Pressekorrespondenzen gern in Anspruch nahmen. Sie selbst war Mitglied der SPD, wie sie Anfang 1917 gegenüber einem Untersuchungsrichter bestätigte.

Für die ab Dezember 1913 gemeinsam von Rosa Luxemburg, Julian Karski (Marchlewski) und Franz Mehring herausgegebene «Sozialdemokratische Korrespondenz» übernahm Jacob die Schreib-, Vervielfältigungs- und Versandarbeiten. Persönliche Bekanntschaft mit Rosa Luxemburg machte Mathilde Jacob höchstwahrscheinlich erst ab Mitte September 1914, als die prominente Genossin ins Schreibbüro kam, um zwei ihrer Artikel für diese Pressekorrespondenz leicht umzuarbeiten. Als sich Luxemburg im Januar 1915 ins Krankenhaus begeben musste, gehörte Jacob zu ihren Besucher*innen und war die Adressatin einer umfangreichen Liste von Anliegen. Und nach der Entlassung aus dem Krankenhaus besuchte die Schreibbüroinhaberin die wieder genesende Luxemburg in ihrer Wohnung. In dieser Zeit lernte die prominente Sozialistin die große Hilfsbereitschaft der früheren Buchhalterin schnell schätzen und vertraute voll ihrem Organisationstalent und ihrer Diskretion.

Als Folge bat Luxemburg nach dem Antritt ihrer einjährigen Gefängnisstrafe am 18. Februar 1915 Mathilde Jacob nicht nur, ihr regelmäßig Zusatzkost sowie Bücher und Dinge des täglichen Lebens zu überbringen, sondern vor allem darum, illegale Nachrichten zwischen ihr und ihren in Freiheit verbliebenen politischen Freund*innen zu übermitteln. Mitte März 1915 gehörte Jacob bei einem Hafturlaub Luxemburgs wie selbstverständlich schon zu dem politischen und persönlichen Freundeskreis, der sich in der Wohnung der beurlaubten Gefangenen versammelte. Dabei war die Wertschätzung für die immer bescheiden bleibende Helferin in der Gruppierung um Rosa Luxemburg allgemein, wie die Charakterisierung durch Luxemburgs Freundin Clara Zetkin in einem Brief an Karl Liebknecht von Anfang Mai 1915 verdeutlicht: «[S]ie denkt an alles, sorgt für alles, tut alles: ein aufopfernder Prachtkerl.»

## MATHILDE JACOBS SOZIALES UMFELD

Für Mathilde Jacob – geboren am 8. März 1873 und damit im März 1915 42 Jahre alt geworden – bedeutete die Aufnahme in den überwiegend aus Akademiker*innen bestehenden und aus jüdischen Familien kommenden Freundeskreis um Rosa Luxemburg eine soziale Emanzipation. Denn sie stammte aus einer verarmten kleinbürgerlichen Familie. Wie ihr Biograf Heinz Knobloch eruiert hat, wurde sie als erstes von acht Kindern eines jüdischen Fleischwarenhändlers 1873 in Berlin geboren. Der Vater verlor infolge eines missglückten Hausbaus im Zentrum Berlins sein Vermögen, sodass die vielköpfige Familie schwere Jahre durchgemacht haben muss. Mathilde Jacob genoss wahrscheinlich an einer privaten Handelsschule eine Ausbildung als Buchhalterin und Stenotypistin. Anschließend lebte sie eine Reihe von Jahren unabhängig von der elterlichen Familie und arbeitete als Buchhalterin. Nach dem Tod ihres Vaters übernahm die unverheiratete Sekretärin die Sorge um ihre Mutter und betrieb seit 1907 zunächst in Berlin-Moabit, ab 1909 im Hansaviertel zwischen dem Tiergarten und der Spree das bereits erwähnte Schreib- und Übersetzungsbüro, wobei die Mutter und eine Schwester bei ihr wohnten. Hier lebte Mathilde Jacob in einer im Gartenhaus gelegenen Wohnung samt Büro bis zu ihrer Deportation ins Konzentrationslager Theresienstadt am 27. Juli 1942.

Mathilde Jacob wird als eine etwas herbe, ernste Frau beschrieben, die aber durchaus sehr kommunikationsfreudig war. Soweit aus den äußerst seltenen Aussagen über ihr Privatleben aus erhalten gebliebenen Korrespondenzen sowie aus Berichten zu entnehmen ist, beschränkten sich die Beziehungen zu ihren Auftragsgeber*innen nicht auf die bloße geschäftliche und politische Ebene, sondern es bestanden und entwickelten sich auch viele weitergehende soziale und freundschaftliche Kontakte. Aus der Familienchronik Eugen Fernbachs geht hervor, dass Mathilde Jacob mit Helene Bernstein, die ebenfalls aus einer jüdischen kleinbürgerlichen Familie stammte und in ihrer Nähe wohnte, befreundet war. Deren Schwager Wolfgang Fernbach, einen jüdischen Wirtschafts-

Mathilde Jacob

«[S]IE DENKT AN ALLES,
SORGT FÜR ALLES,
TUT ALLES:
EIN AUFOPFERNDER
PRACHTKERL.»
Clara Zetkin

journalisten, konnte Jacob für die Mitarbeit in der Führung der Spartakusgruppe gewinnen. Langjährige politische und persönliche nicht-jüdische Freund*innen hielten auch nach 1933 zu ihr und besuchten sie noch bis einige Zeit vor ihrer Deportation, obwohl unter der Naziherrschaft der Kontakt von «Ariern» zu Jüdinnen und Juden unter Strafe stand.

Dass Mathilde Jacob sich mündlich oder schriftlich über ihr Jüdischsein äußerte oder die jüdischen Gebräuche praktizierte, ist in den relevanten Materialien über sie nicht zu finden. Aber sie war keine Dissidentin, sondern bekannte sich in einer polizeilichen Vernehmung Anfang 1917 als mosaisch.

## MATHILDE JACOBS MITARBEIT IN DER SPARTAKUSGRUPPE

Jacobs Mitwirkung in der Gruppe um Rosa Luxemburg beschränkte sich nicht auf die Nachrichtenübermittlung zwischen der Inhaftierten und deren Freund*innen. In Verbindung mit Leo Jogiches war sie im Frühjahr 1915 an den technisch-organisatorischen Vorbereitungen für die Zeitschrift *Die Internationale* beteiligt, die erste programmatische Schrift des Kreises um Luxemburg im Ersten Weltkrieg. Anfang Juni 1915 diente Jacobs Büro als eine von mehreren Anlaufadressen für das «Unterschriften-Flugblatt», eine von Liebknecht initiierte innerparteiliche Petition an den SPD-Parteivorstand gegen die Kriegskreditbewilligung. Im Auftrag von Liebknecht besorgte Jacob im Sommer 1915 die Übermittlung von Geldern – wahrscheinlich für Agitations- oder Unterstützungszwecke. Ab September 1915 arbeitete sie intensiv mit Franz Mehring zusammen, zwischen Februar und Juli 1916 wieder mit Luxemburg während ihrer haftfreien Zeit.

Der in der illegalen Arbeit erfahrene und immer misstrauische Konspirator und langjährige Kampfgefährte Luxemburgs in der polnisch-russischen Sozialdemokratie, Leo Jogiches, hatte aus der ersten politischen Zusammenarbeit mit Jacob im Frühjahr 1915 ein so großes Vertrauen gewonnen, dass er ihr als einziger Person im September 1915 nach einem Wohnungswechsel seine neue Adresse gab, um Nachrichten mit Luxemburg und Mehring austauschen zu können. Damit wirkte Jacob spätestens ab September 1915 im Zentrum des Luxemburg-Liebknecht-Mehring-Kreises an der illegalen Arbeit dieser politischen Gruppierung mit.

Ziel des Kreises um Rosa Luxemburg war – entsprechend den Beschlüssen der Kongresse der Sozialistischen Internationale – die Propagierung von Massenaktionen gegen den Krieg. Dies wurde von den Strafverfolgungsbehörden als versuchter Landesverrat gewertet, sodass allen an dieser Agitation Beteiligten Inhaftierung, Verurteilung zu Gefängnis oder Zuchthaus, Schutzhaft oder bei den Männern strafweise Einberufung zur Truppe drohte. 1915 geriet Jacob durch diese Aktivitäten auch erstmals ins Visier der Politischen Polizei, die bei ihr eine Haussuchung vornahm und Flugblätter beschlagnahmte. Das war ein Warnschuss. Doch diese erste polizeiliche Maßnahme schreckte sie keineswegs ab, sondern sie setzte ihre rege Unterstüt-

zung der führenden Mitglieder der Luxemburg-Gruppierung unbeirrt fort.

Seit August 1916 wurde unter der Leitung von Jogiches die gesamte illegale Arbeit der Gruppe «Internationale» intensiviert (Herausgabe von illegalen Flugschriften und ihre Verbreitung durch linksradikale Gruppen im ganzen Reich, Vorbereitung von Massenaktionen gegen den Krieg). Jetzt hielt Jacob nicht nur erneut die Verbindung zur inhaftierten Luxemburg aufrecht, sondern sie war, wie sie in ihrem autobiografischen Bericht anschaulich beschreibt, fast täglich für Jogiches und die Spartakusgruppe tätig.

Anfang 1917 geriet Jacob zum zweiten Mal in die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mitglieder der Spartakusgruppe wegen des illegalen Flugschriftenvertriebs, der als versuchter Landesverrat gewertet wurde. Ein Untersuchungsrichter beim Reichsgericht hielt Jacob sogar für eine der zentralen Figuren dieses Kreises, schlug ihre polizeiliche Überwachung vor und leitete höchstpersönlich eine für Jacob ganz überraschend kommende Durchsuchung ihrer Büro- und Wohnräume. Er versuchte dabei, die selbstständige Stenotypistin durch ein sofortiges Verhör zu überrumpeln, hatte mit dieser Einschüchterungsmethode aber keinen Erfolg, sodass die Ermittlungen gegen sie im Sande verliefen.

Die eigentliche Bewährungsprobe für Jacob kam Ende März 1918, als Jogiches mit seiner Berliner Helfergruppe verhaftet worden war. Aufgrund ihrer intensiven Zusammenarbeit mit Jogiches verfügte die Schreibbüroinhaberin von den in Freiheit gebliebenen Spartakusmitgliedern des Führungs- und engeren Helferkreises über das größte und aktuellste Informationspotenzial bezüglich der illegalen Aktivitäten wie zum Beispiel über die Möglichkeiten zum Druck von Flugschriften und über die Verbindungen zu den einzelnen regionalen Gruppen mit den Deckadressen. Es ging nun darum, erneut ein Netz von Helfer*innen zu knüpfen, damit die illegalen Flugschriften bald wieder herausgegeben und an möglichst vielen Orten verteilt werden konnten. Es gelang Jacob, hierzu einige passiv gewordene Spartakusmitglieder

«ICH SAGE MIR [...] STETS, DIE MENSCHEN SIND JA NUR SO, WEIL SIE DIE VERHÄLTNISSE SO MACHEN, FOLGLICH IST ES EINE HEILIGE PFLICHT, DIESE VERHÄLTNISSE ZU BESSERN.»
Mathilde Jacob

wie den früheren *Vorwärts*-Redakteur Ernst Meyer sowie den Kunsthistoriker Eduard Fuchs zu aktivieren. Dennoch war diese Arbeit sehr mühselig und im Sommer wiederholt von Rückschlägen durch Polizeimaßnahmen betroffen. Es war in starkem Maße Mathilde Jacobs Verdienst, wenn in den Monaten vor der Novemberrevolution 1918 die Verbindungen zwischen der stark dezimierten Berliner Spartakuszentrale und den örtlichen Gruppen nicht abrissen oder wiederhergestellt wurden und dass die Flugblattagitation der Spartakusgruppe nicht vollständig zum Erliegen kam, sondern weiterbetrieben werden konnte – wenn auch nur auf kleiner Flamme. Jacob wusste – allein aufgrund der bei ihr 1915 und 1917 durchgeführten Haussuchungen und der verstärkt vorgenommenen Inhaftierungen –, dass sie jederzeit in Untersuchungs- oder Sicherheitshaft genommen werden konnte, wenn bei ihr oder anderen Spartakusmitgliedern relevantes belastendes Material aufgefunden werden würde. Jedoch schränkte sie ihre illegale politische Tätigkeit trotz dieser Bedrohung nicht ein, sondern intensivierte sie in der Zeit von April bis Oktober 1918 erheblich. Obwohl sie spätestens ab September 1915 die aktivste und beständigste Helferperson war, gelang es ihr dank ihres geschickten konspirativen Verhaltens und sicherlich auch mit einem Quäntchen Glück, allen Strafverfolgungsmaßnahmen zu entgehen.

Im Frühjahr und Sommer 1918 war Mathilde Jacob in so starkem Maße in die illegale Arbeit im Zentrum der Spartakusgruppe involviert, dass man sie fast als Teil der stark dezimierten Spartakusführung bezeichnen könnte, wenn sie nicht aufgrund ihrer Bescheidenheit in den internen politischen Diskussionen auf eigene Beurteilungen verzichtet hätte. Hier hielt sie sich, wie ihren Briefen an Clara Zetkin zu entnehmen ist, stark zurück, weil die inhaltliche Debatte nach ihrer Ansicht Angelegenheit der geschulten, erfahrenen Genoss*innen war.

## AKTIVITÄTEN NACH DEM 9. NOVEMBER 1918

Nach dem revolutionären Umsturz am 9. November 1918 engagierte sich Mathilde Jacob vollberuflich als Sekretärin von Jogiches im Büro des nunmehr legal wirkenden Spartakusbundes, aus dem Ende Dezember 1918 die KPD, die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), hervorging. Doch schon nach kurzer Zeit kam es durch die Ermordung ihrer Freundin Rosa Luxemburg und ihres Freundes Leo Jogiches und das zeitweise Verbot der KPD zu einem Ende dieser Tätigkeit. Obwohl Jacob von ihrer Trauer fast überwältigt wurde, setzte sie sich – nunmehr wieder illegal – mit ihrem Organisationstalent weiterhin für die junge KPD und ihre Zielsetzung ein. Sie fühlte «… die innere Notwendigkeit, mithelfen zu dürfen …», wie sie es in einem Brief an Clara Zetkin ausdrückte. Dies ist umso bemerkenswerter, weil sie am Ende der Berliner Januarkämpfe 1919 die Pogromstimmung am eigenen Leibe erfahren hatte, als sie nach willkürlicher Inhaftierung für Rosa Luxemburg gehalten und von Soldaten der Ebert-Scheidemann-Regierung mit dem Tod bedroht worden war. Ohne besondere Anlehnung an eine*n der verbliebenen Führer*innen der mehrfach wegen Verbots

illegal wirkenden KPD, aber mit ihrem vollen Vertrauen agierte sie in den folgenden Monaten weiterhin für die Partei und war insbesondere für die finanziellen Angelegenheiten der KPD-Zentrale zuständig. Typisch war für sie folgender Ausspruch gegenüber Clara Zetkin: «Ich sage mir […] stets, die Menschen sind ja nur so, weil sie die Verhältnisse so machen, folglich ist es eine heilige Pflicht, diese Verhältnisse zu bessern.»

## REDAKTEURIN UND ASSISTENTIN BEI CLARA ZETKIN UND PAUL LEVI

Am 25. Juni 1919 wurde Mathilde Jacob abrupt in Schutzhaft genommen, weil sie als Freundin Rosa Luxemburgs diese «[…] bei ihrer umstürzlerischen Tätigkeit unterstützt […]» habe. Nach ihrer Freilassung Mitte September 1919 ging Jacob als Assistentin Clara Zetkins nach Stuttgart und übernahm bis Dezember 1920 die redaktionelle Hauptverantwortung für die von Zetkin herausgegebene Wochenzeitung *Die Kommunistin*. In Stuttgart hielt sie auf dem Vereinigungsparteitag der württembergischen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und der KPD sogar zum ersten Mal eine Rede mit dem Titel «Die Arbeit der Frauen».

Von Anfang 1921 bis 1930 arbeitete sie wieder in Berlin, nunmehr für Paul Levi, der nach Jogiches' Ermordung im März 1919 bis Anfang 1921 den Parteivorsitz in der KPD innehatte, nach Rücktritt und schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen aus der Partei ausgeschlossen wurde und sich später zum Exponenten des linken Flügels der SPD entwickelte. Gegen Jacob wurde als Anhängerin von Levi ebenfalls der Ausschluss aus der KPD verhängt, und sie ging wie Levi wieder zur SPD. Sie übernahm für alle von Levi herausgegebenen Publikationen die technisch-organisatorischen Arbeiten, wie zum Beispiel 1922 für Rosa Luxemburgs fragmentarischen Aufsatz «Die russische Revolution». Nach dem Tode Levis im Jahre 1930 soll Mathilde Jacob für die von Carl von Ossietzky herausgegebene *Weltbühne* gearbeitet haben.

## VERWAHRERIN DES ROSA-LUXEMBURG-NACHLASSES

Obwohl der Nachlass Rosa Luxemburgs Mitte der 1920er-Jahre auf Wunsch der Erb*innen der KPD zugesprochen wurde, blieben noch zahlreiche Papiere im Besitz von Mathilde Jacob, darunter Briefe Luxemburgs und ihrer persönlichen und politischen Freund*innen, teils als Abschriften, teils als Originale. Jacob konnte im Juni 1939 einen bedeutenden Teil dieser Materialien in Berlin dem US-amerikanischen Wissenschaftler Ralph H. Lutz für das Archiv der Hoover Institution in Stanford, Kalifornien übergeben. Weitere Materialien gingen nach 1933 illegal an den nach Paris exilierten Rosa-Luxemburg-Biografen Paul Frölich, sie liegen heute im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Es ist Mathilde Jacobs besonderes Verdienst, dass der überwiegende Teil des Nachlasses, insbesondere Luxemburgs unvollendeter kritischer Text zur Revolutionspolitik der Bolschewiki, der Nachwelt erhalten geblieben ist.

## OPFER DER NATIONALSOZIALISTISCHEN RASSISTISCHEN VERFOLGUNGEN

Mit Beginn der Naziherrschaft war für Mathilde Jacob als früheres Mitglied der SPD bzw. der KPD jede Möglichkeit einer politischen Betätigung oder einer Mithilfe bei politischen Gesinnungsgenoss*innen unmöglich geworden, und sie musste sich vollständig auf die Tätigkeit in ihrem Schreibbüro beschränken. Vor allem war sie als Jüdin den rassistischen Diskriminierungs- und Verfolgungsmaßnahmen voll ausgesetzt. Doch blieb sie noch bis kurz vor ihrer Deportation mit vielen ihrer nicht-jüdischen alten Kampfgefährt*innen in Kontakt, die häufig zu persönlichen Freund*innen geworden waren wie die früheren Spartakusmitglieder Fritz und Elsa Winguth und Heinrich Pabst.

Es wäre sicher ein Leichtes für Jacob gewesen, unmittelbar nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur zu emigrieren. Aber vor allem wegen ihres hohen Alters zögerte sie mehrere Jahre. Erst sehr spät – ab 1938 –, als die nationalsozialistischen Machthaber die Entrechtung und Terrorisierung der jüdischen Mitbürger*innen kontinuierlich gesteigert hatten, versuchte sie, über bereits in die USA emigrierte Verwandte des verstorbenen Paul Levi eine Ausreisemöglichkeit zu bekommen. Es ist ergreifend, anhand ihrer verzweifelten Briefe mitzuerleben, wie sie versuchte, dem rassistischen Terror der Nazis zu entkommen. Spätestens ab 1939 unternahmen politische und persönliche Freund*innen in den USA unter Führung von Jenny Herz, der Schwester Paul Levis, und der internationalen Sozialistin Angelica Balabanoff vielerlei Anstrengungen, die Ausreise von Mathilde Jacob zu erreichen, sammelten in den USA dafür zunächst 150 US-Dollar und kamen später sogar auf 500 US-Dollar. Jenny Herz konnte noch bis Ende 1941 mit Mathilde Jacob korrespondieren und überließ Angelica Balabanoff diese Briefe vorübergehend zur Information. Der Versuch, das Geld – mithilfe von erneut nach Europa reisenden Wissenschaftlern der Hoover Institution in Stanford direkt oder indirekt über eine Hilfsorganisation – an Mathilde Jacob weiterzusenden, hatte keinen Erfolg. Die erforderlichen 500 US-Dollar kamen zu spät zusammen, als es schon längst keine Chance mehr für eine Ausreise gab. Als die ersten Nachkriegsmonate ohne Nachricht von Jacob vergangen waren, mussten die in die USA Emigrierten damit rechnen, dass ihre Freundin wie viele andere von den Nazis in einem Konzentrationslager ermordet worden war. Die in den USA lebende Trude Winguth, eine Schwägerin Fritz Winguths, stellte in einem Brief an Angelica Balabanoff vom 5. März 1946 resignierend und trauernd fest: «Warum auch kam unsere Hilfsaktion so langsam vorwärts! Mathilde hatte so auf uns gebaut.»

In Deutschland hatte einer der politischen und persönlichen Freunde, Heinrich Pabst, noch kurz vor ihrer am 27. Juli 1942 durchgeführten Deportation nach Theresienstadt Mathilde Jacob den Vorschlag gemacht, in die Illegalität zu gehen. Doch sie wehrte mit Hinweis auf ihr hohes Alter von 69 Jahren ab und hoffte, dass sie nur in eine Art Ghetto-Staat für Jüdinnen und Juden im Osten gebracht werden würde.

Als eines der vielen Opfer des Holocaust ist sie am 14. April 1943 im Alter von 70 Jahren nach fast einem Jahr qualvollen Lagerlebens im Konzentrationslager Theresienstadt umgekommen. Das Leben und Sterben der Mathilde Jacob steht damit symbolhaft für das leidvolle Schicksal unzähliger jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Als besondere Ehrung für diese opferbereite, sich immer für soziale Gerechtigkeit engagierende Frau erhielt der Vorplatz des Rathauses in Berlin-Tiergarten, ihrem jahrzehntelangen Wohnbezirk, am 27. Januar 1997 den Namen Mathilde-Jacob-Platz.

## LITERATUR

Luban, Ottokar: Mathilde Jacob – mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin! Mit dem Text von 2 Briefen M. Jacobs an Clara Zetkin, Januar/März 1919, in: ders.: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919, Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte 6/2008, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2008, S. 196–228, unter: https://sachsen.rosa-lux.de/fileadmin/ls_sachsen/dokumente/Publikationen/Luxemburg-Forschungsberichte/Luxemburg_Forschungsberichte_06_2008.pdf.

Mario Keßler

# KOMMUNISMUS – ANTIKOMMUNISMUS – KOMMUNISMUS

## RUTH FISCHER (1895–1961)

Ruth Fischer, geboren am 11. Dezember 1895 als Elfriede Eisler in Leipzig, war Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Österreichs, wurde als Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Weimarer Republik berühmt und schloss sich nach 1945 dem antikommunistischen Kreuzzug in den Vereinigten Staaten an. Am Ende ihres Lebens hoffte sie vergeblich, dass die Sowjetunion sich in Richtung einer offeneren Variante des Kommunismus bewegen würde. Ruth Fischer war die Schwester zweier anderer prominenter österreichisch-deutscher Kommunisten: des Komponisten Hanns Eisler (1898–1962) und des Journalisten Gerhart Eisler (1897–1968).

### VOM JÜDISCHEN BÜRGERTUM ZUR KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG

Elfriede Eisler stammte aus einer bürgerlichen Familie, die 1901 von Leipzig nach Wien zog, wo Elfriedes Vater als Privatdozent für Philosophie an der Universität unterrichtete. Da Rudolf Eisler (1873–1926), der jüdischer Herkunft war, sich nicht taufen ließ, erreichte er nie eine Professur. Elfriedes Mutter Ida Maria (1875–1927), die bis zu ihrer Heirat als Hausangestellte gearbeitet hatte, war evangelisch getauft. Die drei Kinder wuchsen in einem liberalen und agnostischen Haushalt auf. Damals wie später, auch nach der Vernichtung fast aller österreichischen Juden, nahm Ruth Fischer kaum jemals auf ihre jüdische Herkunft öffentlich oder in ihrer Korrespondenz Bezug, so sehr sie von ihrer Umgebung auch als Jüdin wahrgenommen wurde (z. B. in Nazi-Hetzschriften).

Nach der Matura 1914 studierte Elfriede Eisler Pädagogik, Volkswirtschaft und Philosophie an der Universität Wien, beendete ihr Studium aber nicht. Kurz nach Kriegsbeginn 1914 gründeten Elfriede und ihre Brüder, die beide auf die Einberufung warteten, eine linke Studentengruppe, die sich strikt gegen den Krieg aussprach. Ein weiteres Mitglied dieses Kreises war Paul Friedländer, ein Kommilitone, den Elfriede 1915 heiratete. Am 25. Dezember 1917 wurde ihr Sohn Gerhard geboren. Am 3. November 1918 gründete eine Gruppe von etwa 40 Personen, darunter Elfriede, ihr Mann und ihr Bruder Gerhart, die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ).

Nach einem gescheiterten Versuch, die alleinige Führung der KPÖ zu erlangen, verließ sie Wien Ende August 1919 alleine mit ihrem Sohn in Richtung Berlin. Hier nahm sie den Namen Ruth Fischer an – fast alle führenden KPD-Mitglieder benutzten wegen möglicher Illegalisierung der Partei mindestens zeitweilig Pseudonyme. 1922 ließen Fischer und Friedländer sich scheiden, ein Jahr später heiratete sie in einer Scheinehe Gustav Golke, ein Mitglied der KPD, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Ruth Fischer

Ruth Fischers politische Aktivitäten brachten ihr den Vorsitz der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg der Partei ein, des größten Landesverbands der KPD. Unterstützung fand sie bei Arkadij Maslow (1891–1941), der bald ihr Lebensgefährte werden sollte.[1] Die Linksfraktion um Fischer und Maslow wurde als Berliner Opposition bekannt. Im November und Dezember 1922 nahm Fischer am IV. Weltkongress der Komintern in Moskau teil, wo sie mit Lenin und Trotzki zusammentraf.

Im Sommer 1923 wurde ganz Deutschland von Unruhen und Streiks gegen die galoppierende Inflation ergriffen. Innerhalb der KPD gab es ernsthafte Differenzen darüber, wie mit dieser Situation umzugehen sei. Die sogenannte rechte Gruppierung um den Parteivorsitzenden Heinrich Brandler vertrat die Ansicht, dass Arbeiterregierungen auf Landes- und Kommunalebene

1 Vgl. zu ihm Keßler, Mario: A Political Biography of Arkadij Maslow, 1891–1941. Dissident Against His Will, London 2020. Ausgewählte Quellen befinden sich in: Fischer, Ruth/Arkadij, Maslow: Abtrünnig wider Willen. Aus Reden und Manuskripten des Exils, hrsg. v. Peter Lübbe, München 1990.

gebildet werden sollten. Der Versuch der KPD-Führung, sich den linkssozialdemokratischen Regierungen in Sachsen und Thüringen anzuschließen, stieß jedoch auf den Widerstand der Gruppe um Fischer und Maslow. Sie sahen Deutschland als reif für die Revolution an und kritisierten die als reformistische Passivität gegeißelte Politik des Kreises um Brandler scharf. Im November sagte Brandler den in Moskau geplanten Aufstand ab. Er sah, dass die Arbeiter der KPD nicht folgen würden. Eine kommunistische Revolte in Hamburg blieb isoliert und wurde rasch niedergeschlagen. Für einige Monate wurde die KPD wie auch die NSDAP nach dem missglückten «Bürgerbräu-Putsch» in München verboten; ein Beschluss, der im März 1924 wieder aufgehoben wurde.

Die Komintern-Leitung machte die «rechten» KPD-Führer als alleinige Sündenböcke für den ausgebliebenen «deutschen Oktober» namhaft. Die erneute Hinwendung nach links war zum einen eine spontane Reaktion der KPD-Mitglieder auf den sogenannten Verrat der Führung um Brandler. Zum anderen wurde sie durch eine Umgruppierung der politischen Kräfte in der sowjetischen Partei (KPdSU) bestimmt, in der die Gruppe um Stalin die politische Kontrolle übernahm.

## ALS ERSTE FRAU AN DER SPITZE EINER MASSENPARTEI

Im April 1924 hielt die KPD ihren IX. Parteitag in Frankfurt am Main ab. Nach turbulenten Debatten setzten sich die «Linken» durch: Fischer, Maslow und Werner Scholem bildeten das neue Politische Sekretariat. Am 23. April 1924 wurde Ruth Fischer zur Vorsitzenden des Politischen Sekretariats ernannt und übernahm damit die Führung der Partei. Im selben Jahr wurde sie in den deutschen Reichstag gewählt, deren nicht-kommunistische Abgeordnete sie in ihrer Antrittsrede als «Schattenmänner» verspottete. Einige Monate später bezeichnete sie die Parlamentarier als «Marionetten der Schwerindustrie».

Die politische Isolierung der Sowjetunion und die Stabilisierung des Kapitalismus in Europa, insbesondere in Deutschland, stärkten die Position der sowjetischen Parteibürokratie um Stalin. Dieser wurde zum Hauptvertreter der neuen Losung vom «Sozialismus in einem einzigen Land». Die Parole konnte durchaus als ideologische Rechtfertigung für die wachsende Macht des Staats- und Parteiapparats angesehen werden.

AM 23. APRIL 1924 WURDE RUTH FISCHER ZUR VORSITZENDEN DES POLITISCHEN SEKRETARIATS ERNANNT UND ÜBERNAHM DAMIT DIE FÜHRUNG DER PARTEI.

Der Komintern-Vorsitzende Sinowjew, zu dieser Zeit noch ein Verbündeter Stalins, verkündete auf dem V. Komintern-Kongress im Juni/Juli 1924 die Losung der Bolschewisierung (das heißt straffen Zentralisierung) der kommunistischen Parteien. Ruth Fischer unterstützte diese Politik ebenso wie die Position des Kongresses, wonach Faschismus und Sozialdemokratie die linke und rechte Hand des modernen Kapitalismus seien.

Dennoch wurde Ruth Fischer allmählich klar, dass sie die extremen Äußerungen, die sie im Namen der Partei verkündet hatte, aufgeben musste, um der KPD überhaupt noch einigen Einfluss zu sichern. Im Juli 1925 bestätigte der X. Parteitag in Berlin die Abkehr von der ultralinken Ausrichtung. Gleichzeitig betrachtete Moskau Fischers Führung mit wachsender Skepsis. Es wurde vermutet, dass sie und Maslow nicht mehr in der Lage sein würden, die Partei unter Kontrolle zu halten. Auf der Sitzung der Deutschen Kommission des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) mit der KPD-Spitze am 12. August 1925 in Moskau wurde Fischer und Maslow mitgeteilt, dass die Partei vertrauenswürdige proletarische Elemente wie Ernst Thälmann, den Anhänger Stalins, benötige, während Ruth Fischer mit Sinowjew verbunden war, der dabei war, sich von Stalin abzuwenden. Thälmann galt dem EKKI als Vertreter einer Politik, die die Verwurzelung der KPD in den proletarischen Massen garantiere. Ein offener Brief des EKKI, der am 1. September 1925 veröffentlicht wurde, bestätigte diese Linie. Darin hieß es, dass die KPD nur unter einer proletarischen Führung in der Lage sein würde, eine leninistische Politik zu betreiben, die ihren Namen verdiene. Den Brief unterzeichnete die gesamte KPD-Delegation im Zeichen der als selbstverständlich vorausgesetzten Parteidisziplin – auch Fischer unterschrieb. Ein außerordentlicher Parteitag bekräftigte am 31. Oktober und 1. November in Berlin diese Konstellation. Fischer und Maslow wurden aus der Parteiführung verdrängt.

Der Sieg Thälmanns zeigte die Dominanz Stalins über die deutsche Partei, nachdem er Sinowjew in den Fraktionskämpfen der Sowjetunion besiegt hatte. Die Schlüsselpositionen in der KPD gingen von Intellektuellen fast ausschließlich an Männer proletarischer Herkunft über.

## DIE KOMMUNISTISCHE DISSIDENTIN

Ruth Fischer befand sich zu diesem Zeitpunkt noch in Moskau. Nach einem inoffiziellen Befehl Stalins durfte sie das Land nicht verlassen, sondern musste im Komintern-Hotel «Lux» wohnen. Erst nach zähem Ringen um ihren Pass konnte sie nach Berlin zurückkehren. Kurz danach wurden sie und Maslow als Abtrünnige denunziert und am 19. August 1926 aus der KPD ausgeschlossen. Im Jahr 1928 engagierten sich beide kurzzeitig im antistalinistischen Leninbund. Danach zog sich Ruth Fischer von der aktiven Parteipolitik zurück und arbeitete, nachdem sie einen entsprechenden Abschluss erworben hatte, als Sozialarbeiterin in Berlin. Gemeinsam mit dem Kinderarzt Franz Heimann publizierte sie das Buch «Deutsche Kinderfibel» (1933), das das soziale Elend von Kindern aus prole-

tarischen Familien während der Weltwirtschaftskrise dokumentierte. Es erschien nur wenige Wochen vor dem Machtantritt der Nazis, die sie als einzige Frau auf ihre erste Ausbürgerungsliste setzten.

Im Februar 1933 verließen Fischer und Maslow Deutschland. Nach einem kurzen Aufenthalt in Prag gingen sie nach Paris. Ruth Fischer gelang es, ihren 15-jährigen Sohn, der trotz seines österreichischen Passes kurzzeitig in die Hände des SS-Offiziers Eberhard Taubert geraten und von ihm gefoltert worden war, aus Deutschland herauszuschmuggeln. Er ging nach Großbritannien, wo er in Cambridge Mathematik studierte und als Wissenschaftler arbeitete.

Von Oktober 1934 bis September 1939 war Ruth Fischer als städtische Sozialarbeiterin in Saint-Denis bei Paris tätig. Sie setzte ihre Untersuchungen über Kinder aus Arbeiterfamilien fort. Offiziell seit 1929 geschieden, erhielt sie 1935 die französische Staatsbürgerschaft durch eine weitere Scheinehe, diesmal mit dem Schuhmacher und Trotzkisten Edmond Pleuchot.

Politisch stand Ruth Fischer zu dieser Zeit in engem Kontakt mit Leo Trotzki. Fischer und Maslow trafen Trotzki häufig in dessen Wohnung in Barbizon. Sie schlossen Freundschaft mit Trotzkis Sohn Leon Sedow, aber die Gespräche mit dem Vater zeigten die unüberbrückbaren politischen Differenzen, die 1937 zum Bruch führten.

Nach dem deutschen Einmarsch in Frankreich versuchten Maslow und Fischer, US-amerikanische Visa zu erhalten. Mit gefälschten dänischen Pässen durchquerten sie Spanien illegal auf dem Weg nach Lissabon. Aber nur Ruth Fischer erhielt ein US-Visum; Arkadij Maslows Antrag wurde wiederholt abgelehnt. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich zu trennen. Fischer erreichte auf einem amerikanischen Schiff am 21. April 1941 New York. Maslow ging nach Kuba, dem einzigen Land, in dem ihm Asyl angeboten wurde. Ein Visum für die Einreise in die USA konnte er erst am 21. November 1941 erhalten.

Doch genau an diesem Tag wurde Maslow in Havanna tot aufgefunden. Laut offizieller Untersuchung hatte er einen Herzinfarkt erlitten. Ruth Fischer war und blieb jedoch der Meinung, dass Maslow von Stalins Geheimpolizei ermordet worden war. Ihre Vermutung erwies sich, nach allem, was dazu bekannt wurde, als richtig. Maslow war die große Liebe ihres Lebens gewesen, und seit seinem Tod wollte sie nie wieder mit einem anderen Mann zusammenleben.

## IM DIENSTE DES ANTIKOMMUNISMUS

Im Oktober 1942 erhielt Ruth Fischer ein einjähriges Stipendium des Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars. Zusätzliche Unterstützung bekam sie vom Institute of International Education des Gewerkschaftsbundes American Federation of Labor (AFL). In den Jahren 1942 und 1943 besuchte Ruth Fischer ihren Bruder Hanns und dessen Frau Lou Eisler, die sich in Kalifornien niedergelassen hatten. Doch 1944 kam sie zu dem falschen Schluss, dass ihre Brüder, vor al-

Ruth Fischer
im Berliner Lustgarten 1925

lem Gerhart, an der stalinistischen Kampagne gegen Arkadij Maslow und sie selbst beteiligt gewesen waren und Gerhart zudem eine «Aktie» an Maslows Ermordung habe. Seitdem begann für Ruth Fischer eine neue Karriere – die Karriere einer Antikommunistin, die ihren neuen Standpunkt in führenden Zeitschriften und Zeitungen veröffentlichte. Sie schrieb mit dem Furor einer Ex-Kommunistin und mit all dem Dogmatismus und dem Mangel an Nuancen, den sie schon in ihrem politischen Leben in der KPD an den Tag gelegt hatte. Mit finanzieller Unterstützung der AFL begann Ruth Fischer, die Zeitschrift *The Network* herauszugeben. Darin behauptete sie, die Spitze der KPD werde im Exil von russischen Agenten und ihren Handlangern geführt.

Ende 1946 ließ das US-Repräsentantenhaus den Ausschuss für unamerikanische Tätigkeit (House Committee on Un-American Activities, HUAC) wieder aufleben, den es bereits vor dem Zweiten Weltkrieg begründet hatte. Der Ausschuss nahm seine neuen Aktivitäten mit dem, was als Eisler-Fischer-Affäre bekannt werden sollte, wieder auf. Gerhart Eisler war seit Mitte der 1920er-Jahre ein führender Funktionär in der KPD und in der Komintern. Von 1929 bis 1931 war er Verbindungsmann

zwischen der Komintern und den kommunistischen Parteien in China und dann von 1933 bis 1936 in den Vereinigten Staaten gewesen. Während des Spanischen Bürgerkriegs leitete er einen deutschen antifaschistischen Radiosender. 1939 wurde er für etwa zwei Jahre in Frankreich inhaftiert. 1941 kehrte er in die Vereinigten Staaten zurück. Dort war er inoffiziell an der Gründung des Council for a Democratic Germany (CDG) beteiligt, der sich erfolglos als deutsche Exilregierung zu profilieren suchte. Bereits im Mai 1944 informierte Ruth Fischer das Office of Strategic Service (OSS), den Vorgänger der CIA, über die Aktivitäten des CDG. Auf der Grundlage ihrer Informationen erstellte das OSS eine sehr detaillierte Übersicht über die politischen Tätigkeiten ausländischer Gruppen in den Vereinigten Staaten.

Am 24. Januar 1947 befragte ein FBI-Spezialagent Ruth Fischer in ihrer New Yorker Wohnung. Sie informierte ihn detailliert über Gerhart Eislers Rolle in der KPD und der Komintern sowie über seinen politischen Hintergrund. Fischer wurde zur Schlüsselfigur im Verfahren gegen ihren Bruder, den sie vor dem HUAC als Leiter der Komintern-Aktivitäten in den USA und sowjetischen Agenten bezeichnete. Sie sagte auch gegen Hanns Eisler und Bertolt Brecht aus und nannte in dem Zusammenhang eine Vielzahl weiterer Namen deutscher und österreichischer Flüchtlinge in den USA.

1948 veröffentlichte Fischer ihr Buch «Stalin and German Communism» bei Harvard University Press. Es war die erste umfassende Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands in englischer Sprache und erregte dementsprechend große Aufmerksamkeit. In einigen ihrer historischen Urteile korrigierte Fischer ihre politischen Fehler aus den 1920er-Jahren, vernachlässigte aber ihre eigene Rolle im Prozess der Bolschewisierung.

Der Erfolg des Buches sicherte Fischer den Lebensunterhalt. Die Widener Library in Harvard finanzierte ihre weiteren Forschungen.[2] Nachdem 1947 ihr Antrag auf die US-amerikanische Staatsbürgerschaft bewilligt worden war, blieb Fischer bis zu ihrem Lebensende US-Bürgerin.

Im August 1949 gehörte sie zu den Initiatoren des Kongresses für kulturelle Freiheit (einer antikommunistischen internationalen Kulturorganisation), nahm aber ein Jahr später nicht an dessen Eröffnungssitzung in West-Berlin teil. Möglicherweise wollte sie nicht riskieren, dem von der Sowjetunion kontrollierten Gebiet nahe zu kommen. Fischer war auch mit verschiedenen Geheimdiensten verbunden: mit der US-amerikanischen Organisation The Pond, einem Ableger des FBI, sowie mit dem FBI selbst und mit dem britischen Geheimdienst. 1951 kam sie zufällig in Kontakt mit einem westdeutschen Geheimdienstler, demselben Eberhard Taubert, der einst ihren Sohn verhaftet und gefoltert hatte. Dies schockierte sie, und sie gelangte zu dem Schluss, alle ihre Geheimdienstkontakte abzubrechen.

Im Jahr 1954 beantragte Ruth Fischer bei der westdeutschen Bundesregierung eine

2 Dort befindet sich auch ihr Nachlass.

finanzielle Entschädigung. Nach dem Bundesentschädigungsgesetz gehörte sie zu den Personen, die im «Dritten Reich» aus politischen, rassischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen verfolgt worden waren. Ihren Antrag lehnte das westdeutsche Innenministerium jedoch im Oktober 1954 mit der Begründung ab, Fischer habe während ihrer Zeit als kommunistische Politikerin in der Weimarer Republik versucht, die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes der (noch nicht bestehenden) Bundesrepublik Deutschland zu untergraben.

Dieses Urteil der westdeutschen Behörden löste bei Fischer tiefe Zweifel an einer funktionierenden freiheitlichen Demokratie aus, in der ehemalige NS-Bürokraten die gleichen hohen Pensionen erhielten wie alle anderen Beamten. Obwohl sie zunehmend wünschte, in Europa zu leben, beschloss sie, nicht nach Deutschland zurückzukehren. Auch Österreich, das damals noch teilweise unter sowjetischer Kontrolle stand, hielt sie für einen ungeeigneten Ort zum Leben. Als sie 1956 die Vereinigten Staaten in Richtung Paris verließ, blieb sie bei der Widener Library angestellt, nunmehr als externe Referentin für zeitgenössische politische Literatur. Um ihr Einkommen aufzubessern, reiste sie häufig von Frankreich nach Westdeutschland, wo sie meist von sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Kreisen eingeladen wurde, um über aktuelle politische Themen zu sprechen. Nach einem weiteren Rechtsstreit erhielt sie schließlich eine Rente für ihre in der Weimarer Zeit ausgeübte Tätigkeit als Berliner Sozialarbeiterin.

## RÜCKKEHR ZUM KOMMUNISMUS EIGENER ART

Nach Stalins Tod wurde der Ton in Fischers Reden und Schriften deutlich gemäßigter als in den Jahren zuvor. Sie distanzierte sich nunmehr vom Antikommunismus. Dies zeigte auch 1956 ihr Buch «Von Lenin zu Mao: Kommunismus in der Bandung-Ära». In diesem Buch erklärte sie sogar, dass der McCarthyismus eine spezifisch US-amerikanische Variante des Stalinismus darstelle, ohne aber ihre eigene Rolle in der antikommunistischen Kampagne der späten 1940er-Jahre zu erwähnen.

IHR WUNSCH, SICH DER SACHE DES KOMMUNISMUS WIEDER ANZUSCHLIESSEN, WURDE ZWAR VON VIELEN KOMMUNISTEN IN ZWEIFEL GEZOGEN, ABER VON DENEN, DIE SIE EINST ALS PROTAGONISTIN DES ANTIKOMMUNISMUS VEREHRT HATTEN, NICHT IGNORIERT.

Nach der sogenannten Geheimrede Nikita Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 kam Fischer zu dem Schluss, dass die Zeit der stalinistischen Schauprozesse und des organisierten Terrors endgültig vorüber sei. Sie interpretierte die innere Entwicklung der Sowjetunion als einen Kampf zwischen Pro- und Antistalinisten. Während Erstere noch Machtpositionen im Propagandaapparat innehätten, werde ihr Einfluss in Politik, Wirtschaft und Militär schwinden. Der Rückzug vom Stalinismus sei unumkehrbar, und Chruschtschow werde trotz seiner stalinistischen Vergangenheit diese Unumkehrbarkeit garantieren. Selbst der sowjetische Einmarsch in Ungarn werde nicht zu einem Rückfall des stalinistischen Terrors führen, sondern eine sehr kurze Episode bleiben. Ihren neuen Optimismus begründete sie in ihrem letzten Buch, das den Wandel der sowjetischen Gesellschaft seit Stalin untersuchte. Ab 1957 hielt Fischer an der Sorbonne Vorlesungen zur Politik des zeitgenössischen Kommunismus. Sie suchte nach einem sozialistischen Potenzial in den Ländern, die bald als «Dritte Welt» bezeichnet wurden.

In ihren letzten Lebensjahren wandte sich Ruth Fischer wieder der Idee einer unabhängigen Variante des Kommunismus zu. Sie bewegte sich nunmehr in Kreisen ehemaliger und oppositioneller Kommunisten in Frankreich und Westdeutschland. Doch ihre Wendung erschien manchen ihrer Gegner zu sprunghaft und wenig glaubwürdig. Es gelang ihr nicht, den Kontakt zu ihren Brüdern, die in Ost-Berlin lebten, wiederherzustellen. Ruth Fischer starb urplötzlich am 13. März 1961 in Paris. Sie wurde auf dem Friedhof Montparnasse beigesetzt. Nur wenige Stunden nach ihrem Tod durchsuchten und fotografierten französische Geheimdienstpolizisten ihre Wohnung. Ihr Wunsch, sich der Sache des Kommunismus wieder anzuschließen, wurde zwar von vielen Kommunisten in Zweifel gezogen, aber von denen, die sie einst als Protagonistin des Antikommunismus verehrt hatten, nicht ignoriert.

## LITERATUR


Fischer, Ruth: Stalin and German Communism. A Study in the Origins of the State Party, Cambridge (Mass.) 1948. Deutsche Übersetzung von Heinz Langerhans: Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt a. M. [1950], 2. Aufl. 1951, Neudrucke 1982 und 2006. Neuausgabe in zwei Bänden, mit einer Einleitung von Klaus Kinner, Berlin 1991.

Fischer, Ruth: Die Umformung der Sowjetgesellschaft. Chronik der Reformen 1953–1958, Düsseldorf/Köln 1958.

Fischer, Ruth/Arkadij, Maslow: Abtrünnig wider Willen. Aus Reden und Manuskripten des Exils, hrsg. von Hermann Lübbe, München 1990.

Keßler, Mario: Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961), Köln u. a. 2013.

Keßler, Mario: Communism – For and Against: The Political Itineraries of Ruth Fischer (1895–1961), Berlin 2013.

Riccardo Altieri

# JÜDISCH-KOMMUNISTISCHER WIDERSTAND MIT FRÄNKISCHEN WURZELN

## OLGA BENARIO (1908–1942) UND IHRE FAMILIE

Olga Benario kam am 12. Februar 1908 in Bayerns Landeshauptstadt zur Welt. Schon ihr Vater Leo Benario, der als Anwalt in München tätig war, stellte sein politisches Engagement in den Dienst der Arbeiterbewegung. Zum Leidwesen des Sozialdemokraten trat seine Tochter jedoch Mitte der 1920er-Jahre der Kommunistischen Partei Deutschlands bei. Ihre Kindheit verbrachte sie in München gemeinsam mit ihrer Mutter Eugenie (geb. Guttmann) und einem sieben Jahre älteren Bruder namens Otto. Mit 17 Jahren zog sie im Jahr 1925 nach Berlin und wurde dort zusammen mit ihrem damaligen Freund, dem Schriftsteller Otto Braun, wegen Verdacht auf «Vorbereitung des Hochverrats» im September 1926 verhaftet. Auf ihrer Einlieferungsanzeige der Kriminalpolizei findet sich unter der Religionszugehörigkeit die Angabe «Diss.», also Dissidentin. Das Judentum spielte demnach keine Rolle in ihrem Leben, was für Kommunist*innen aber auch nicht ungewöhnlich ist. Zum Jahresende wurde sie wieder freigelassen, die Anklage jedoch nicht fallengelassen. Ihr Vater schrieb noch ein Jahr später an den Oberreichsanwalt, dass er das Verfahren einstellen möge, da seine Tochter keine Kriminelle sei. Vielmehr besäße sie eine «Art romantische Hilfsbereitschaft für Arbeiterkreise». Leo Benario selbst vertrat seine Klientel aus der arbeitenden Klasse als Strafverteidiger nicht selten «pro bono», also für umsonst, als sie sich mit zunehmender Inflation keine Gebühren mehr leisten konnte.

1928, nachdem sie ihn zwei Jahre lang mit Lebensmitteln versorgt hatte, befreite Olga Benario Otto Braun aus dem Gefängnis und floh mit ihm nach Moskau. Der eben erwähnte Oberreichsanwalt hatte eine Belohnung von 5.000 Reichsmark für die Ergreifung des flüchtigen Paares ausgelobt, doch im Ausland konnte er dabei nicht auf Unterstützung hoffen. 1931 zerbrach die Beziehung zu Otto Braun. Olga studierte fortan intensiv die Schriften Lenins, erhielt Unterricht an verschiedenen Waffentypen und lernte auf Pferden der Roten Armee das Reiten. Sie agierte mehrfach auf geheimen Einsätzen in Westeuropa. Später wurde sie zur Pilotin und Fallschirmspringerin ausgebildet.

In Moskau lernte Olga Benario den brasilianischen Revolutionsgeneral Luís Carlos Prestes (1898–1990) kennen, mit dem

sie 1935 in dessen Heimat emigrierte. Aus der Leibwächterin, die sich als seine Ehefrau tarnen sollte, wurde eine echte Geliebte. Die beiden führten am 27. November 1935 in Brasilien eine Revolution gegen die diktatorische Regierung des antikommunistischen Präsidenten Getúlio Vargas an – scheiterten jedoch. Sie flohen in den Untergrund, wurden allerdings im März 1936 ertappt und verhaftet. Ein halbes Jahr später lieferten die Behörden Olga Benario hochschwanger an die Nationalsozialisten nach Deutschland aus. Die Tochter Anita Leocádia Prestes kam im November desselben Jahres im Frauengefängnis in der Berliner Barnimstraße zur Welt und wurde, nachdem Olga sie 14 Monate gestillt hatte, an die Großmutter Dona Leocádia Prestes ausgeliefert. An ihren Mann schrieb die Inhaftierte im September 1938: «Wie glücklich könnten wir, vereint und jetzt zu dritt, sein.»

Im Februar 1938 wurde sie zunächst in das Konzentrationslager Lichtenburg verlegt. 1939 kam sie schließlich ins KZ Ravensbrück, wo die Selbstverwaltung der Häftlinge sie schnell zur Blockältesten ernannte. Sie setzte sich nachweislich für ihre Mithäftlinge ein und erhielt dafür Prügelstrafen. Drei Jahre lang hielt sie den widrigen Lebensbedingungen des Lageralltags stand, ehe sie im April 1942 im Rahmen der «Aktion 14f13»[1] in die Tötungsanstalt Bernburg an der Saale verbracht und dort in der Gaskammer mit Kohlenmonoxid erstickt wurde. Insgesamt wurden dort rund 1.600 weitere Menschen ermordet, meist aus dem KZ Ravensbrück, darunter 600 Jüdinnen und Juden. Olgas Mutter Eugenie Benario kam 1943 in Theresienstadt ums Leben, und Olgas Bruder Otto wurde 1944 in Auschwitz ermordet. Olga Benarios Schicksal nahm auch deshalb diesen Lauf, weil sie von einstigen Genoss*innen an die Gestapo verraten worden war. Eine Gestapo-Akte, die heute in Russland liegt und online einsehbar ist, verweist auf Spitzelberichte aus kommunistischen Kreisen, die bis in das Jahr 1933 zurückreichen und Details über Aufenthaltsorte und Aufträge Benarios enthalten.[2] Leo Benario starb im Januar 1933 in München, kurz bevor Hitler die Macht überlassen wurde.

**1** Mit dieser Chiffre wurden im Nationalsozialismus die Morde an «Alten», «Kranken» und «nicht mehr Arbeitsfähigen» umschrieben. Die Getöteten zählen zu den Euthanasieopfern der NS-Herrschaft. **2** Der Schweizer Schriftsteller Robert Cohen hat die besagte Gestapoakte in seiner literarischen Erzählung «Der Vorgang Benario» (2016) berücksichtigt.

Olga Benario

DOCH NICHT DIE ERMORDUNG OLGA BENARIOS IST ES, WORAN MAN SICH BEI DER NENNUNG IHRES NAMENS ALS ERSTES ERINNERN SOLLTE. EINE IN BAYERN GEBORENE JUNGE KOMMUNISTIN MIT JÜDISCHEN WURZELN HAT ES IM EXIL GEWAGT, SICH DER HERRSCHAFT DES UNRECHTS IN DEN WEG ZU STELLEN, UND DAMIT TAUSENDE BERÜHRT.

Doch nicht die Ermordung Olga Benarios ist es, woran man sich bei der Nennung ihres Namens als Erstes erinnern sollte. Eine in Bayern geborene junge Kommunistin mit jüdischen Wurzeln hat es im Exil gewagt, sich der Herrschaft des Unrechts in den Weg zu stellen, und damit Tausende berührt. Nicht das Scheitern ist erinnerungswürdig, sondern der Versuch, sich nicht unterdrücken zu lassen. Olga Benario geriet nie in Vergessenheit. In der DDR trugen 150 Einrichtungen und Kollektive ihren Namen, außerdem zierte ihr Konterfei eine Briefmarke. Im Jahr 1984 gründete sich in Berlin-Neukölln ein Kulturtreff mit ihrem Namen. 2019 eröffnete in München das Kulturzentrum «Barrio Olga Benario». Ihr Schicksal wurde dokumentarisch verfilmt, im Internet finden sich zahlreiche Videobeiträge. In einer Ausstellung über Jüdinnen und Juden aus dem Kitzinger Land wurden in der dortigen «Alten Synagoge» gleich mehrere Schautafeln der Familie Benario gewidmet, eine davon Olga und ihrem Schicksal. In Brasilien und weltweit hält heute vor allem die Tochter Leocádia Prestes die Erinnerung an ihre ermordete Mutter aufrecht.

Woher stammt nun aber der Name Benario? Jüdische Namen, die spanisch klingen, muten oft sephardisch an. Im Fall der Familie Benario aus Obernbreit und später Marktbreit wäre das aber ein Trugschluss. Als die Jüdinnen und Juden in Unterfranken 1817 zur Annahme eines unveränderlichen Nachnamens aufgefordert wurden, hatte sich ein Vorfahre der Familie den Namen Benario erdacht. Er ist eine Zusammenziehung des früheren Namens Ben-Arie, also «Sohn von Löw» – das «o» am Ende entstand wohl durch Umschrift.

Es gibt weitere Träger*innen des Familiennamens Benario, die mit der Geschichte des Kommunismus verbunden sind. Rudolf Benario zum Beispiel, der im Frühjahr 1933 gemeinsam mit Ernst Goldmann in Dachau ermordet wurde, zählt zu den frühesten Opfern des NS-Terrors – beide waren Juden und KPD-Mitglieder. Rudolfs Familie stammte aus Fürth, war aber mit

den Obernbreiter Vorfahr*innen von Olga Benario direkt verwandt. In Fürth gibt es heute noch einen antirassistischen Infoladen namens Benario. In der Zeitschrift *Weltbühne* publizierte bis kurz vor deren Verbot in der NS-Zeit Michael Smilg-Benario. Der heute in Berlin lebende Stadtführer Jörg Benario schrieb 2014 in der *Jüdischen Allgemeinen*: «Unser Name ist auf der ganzen Welt einzigartig. Wann immer irgendwo ein Benario auftaucht, ist das bestimmt einer von uns.»

All jenen, die gerne mehr über das Leben von Olga Benario erfahren möchten, seien statt zahlreicher Texte die Biografien von Ruth Werner und Fernando Morais ans Herz gelegt. Die Tochter Anita Leocádia Prestes wurde später Geschichtsprofessorin in Rio de Janeiro. Der beste Kenner der Familie Benario war Michael Schneeberger. Der jüdische Heimatforscher vermachte seinen Nachlass dem Johanna-Stahl-Zentrum für jüdische Geschichte und Kultur in Unterfranken.

## LITERATUR


Cohen, Robert: Exil der frechen Frauen, Zürich 2020.

Leocádia Prestes, Anita: Olga Benario Prestes. Eine biografische Annäherung, Berlin 2022.

Henning Fischer

# VON BERLIN ÜBER SPANIEN NACH KOREA UND ZURÜCK

## HILDE LONER-CAHN (1909–1954)

Im Mai 1951 reist eine Delegation der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) für zwei Wochen ins nördliche Korea. In P'yŏngyang und anderen Städten informieren sich die Delegierten über die Folgen des Kriegs, den Südkorea und US-Truppen (unter UN-Mandat) gegen Nordkorea und China führen. Nach ihrer Rückkehr sollen die Teilnehmerinnen öffentlichkeitswirksam von der Reise berichten. Unter den Frauen aus China, Nordafrika, Kanada und mehreren europäischen Ländern ist auch Hilde Cahn, eine Schneiderin aus einer jüdischen Familie in Berlin. Wenige Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus reist sie mitten in den ersten «heißen» Krieg des Kalten Kriegs. Sie besucht Orte wie Hŭich'ŏn und Manp'o, von denen sie und ihre Zeitgenoss*innen sicher noch nicht einmal gehört haben. Wie kommt es dazu?

Hilde Loner-Cahn

Hildegard Cahn wird am 26. Oktober 1909 in Berlin-Rixdorf als Tochter eines jüdischen Kaufmanns und einer Näherin geboren. Als die Mutter 1915 stirbt, ist der Vater Soldat im Ersten Weltkrieg, und sie und ihre Brüder sind bis zu dessen Ende Kriegswaisen. In den 1920er-Jahren leben sie in großer Armut. Nach dem Besuch der Volksschule erlernt sie den Beruf der Zuschneiderin, 1930 heiratet sie den in Łódź geborenen Moschek Friedmann. Als es

1932 zu einer körperlichen Auseinandersetzung mit einem SA-Mann kommt, hält sie der wachsende Antisemitismus nicht davon ab, sich tatkräftig selbst zu helfen: «Ich habe ihm die ‹Judensau› so lange zurückgegeben, bis er abgeschleppt werden musste.» Auf Anraten der Jüdischen Gemeinde entscheidet sie sich, im April 1933 mit ihrem Ehemann nach Spanien zu emigrieren. In Barcelona kommt sie, die vorher kein Mitglied einer Partei oder Organisation war, in Kontakt zum dortigen Jüdischen Kulturbund und auch zum katalanischen Ableger der Kommunistischen Partei Spaniens, der PSUC. Friedmann und sie trennen sich 1936. Im Jahr darauf wird sie in die KPD aufgenommen und ist während des Spanischen Bürgerkriegs auf republikanischer Seite als Dolmetscherin und Krankenschwester tätig. Nach der Niederlage gegen Franco muss sie erneut fliehen und ist im Januar 1939 eine der letzten Antifaschist*innen, die sich nach Frankreich absetzen können. Dort wird sie unter anderem im Lager Gurs inhaftiert.

Nach der Entlassung engagiert sie sich in der Nähe von Marseille politisch, geht 1942 in den besetzten Teil Frankreichs und wird Mitglied der Résistance. In Bordeaux und Paris übernimmt sie Aufgaben der hoch riskanten «Travail allemand» zur Agitation deutscher Soldaten. Hier arbeitet sie mit dem Kommunisten Alfred Loner zusammen, der zu ihrem Gefährten wird und dessen Namen sie nun verwendet. Bei ihrer Verhaftung am 3. Juli 1943 gibt sie sich unter falscher Identität als Französin aus, wird so zwar inhaftiert, aber nicht als Jüdin. Im November 1943 wird sie in das von den Nazis verwaltete Internierungslager Compiégne überführt, im Januar 1944 folgt die Deportation in das Frauen-KZ Ravensbrück und im Mai desselben Jahres in das Außenlager Zwodau (Svatava). Dort wird sie am 7. Mai 1945 von US-amerikanischen Truppen befreit, sie ist körperlich stark geschwächt. Im Juni 1945 ist sie zurück in Berlin.

SIE GEHÖRT ZU DEN WENIGEN KÄMPFENDEN FRAUEN IM BILD DES WIDERSTANDS, DER AUCH IN DER LINKEN MÄNNLICH DOMINIERT UND KONSTRUIERT IST

Von ihrer Haftzeit in den verschiedenen Lagern ist nicht viel bekannt. Nach 1945 knüpft Hilde Loner-Cahn mit bemerkenswertem Selbstbewusstsein an ihre Politisierung in Spanien und Frankreich an. 1946 liest sie bei einem großen «Spanienabend» in Berlin den «Abschiedsbrief der Genossin Passionaria», bevor Ernst Busch (1900–1980) singt – das *Neue Deutschland* zeigt ihr Foto auf der Titelseite. Im Januar 1947 wird sie auf dem Gründungstreffen des «Ravensbrück-Komitees» in die Leitungsgruppe gewählt. Zu den Hamburger Gerichtsverfahren gegen SS und Aufseherinnen von Ravensbrück (1946–1948) notiert sie gegen die beginnende Entschuldung und Straflosigkeit von Nazi-Täter*innen gerichtet: «Es darf in diesen Prozessen keine Gefühlsduseleien geben.»

Wie in Spanien pflegt sie Kontakt zu anderen linken Jüdinnen und Juden, darunter zur Berlinerin Edith «Ewo» Wolff. Anders

als Wolff, die 1933 in Reaktion auf den Antisemitismus «alles Jüdische betont» und in einer zionistischen Untergrundgruppe Widerstand leistet, orientiert sich Hilde Loner am monolithischen Politikverständnis des Parteikommunismus dieser Zeit: Sie scheint sich weniger als Jüdin, sondern vor allem als Antifaschistin zu begreifen. Damit ist sie eines derjenigen KPD-Mitglieder aus jüdischen Familien, die sich nach 1918 für die Emanzipation durch die Arbeiterbewegung entschieden und für die 1933 eine doppelte Katastrophe bedeutete. Sie suchten politische Heimat und Hoffnung in den sozialistischen Organisationen und stellten zu diesem Zweck ihre Herkunft und Erfahrungen als Jüdin bzw. Jude in den Hintergrund.

Hilde Loner engagiert sich in der Frauenarbeit der KPD in Berlin-Neukölln und besucht 1946 die Parteischule der SED. Als ihren Beruf gibt sie nicht mehr Schneiderin, sondern «Sekretär» an. Sie schlägt als Funktionärin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD) und der Sozialistischen Einheitspartei (SED) eine vielversprechende Karriere ein und ist mit Paul Laufer liiert, seit 1949 Mitglied der Zentralen Parteikontrollkommission der Partei. Drei Jahre später nimmt sie ihren Geburtsnamen Cahn wieder an. Schon 1946 hatte sie vom Tod Alfred Loners 1945 erfahren. Im März 1950, sie ist nun 40 Jahre alt, kommt ihr Sohn zur Welt. Bereits im Juli spricht sie wieder öffentlich, obwohl ihr das wenig liegt. Das *Neue Deutschland* widmet ihrer Rede auf dem dritten Parteitag der SED vier Spalten.

Kurz darauf wird sie aufgrund ihrer Erfahrungen als «Spanienkämpferin» und in der Résistance – sie gehört zu den wenigen kämpfenden Frauen im Bild des Widerstands, der auch in der Linken männlich dominiert und konstruiert ist – sowie ihrer Sprachkenntnisse Leiterin der Auslandsabteilung des DFD.

Nach der erwähnten zweiwöchigen Koreareise als leitende Funktionärin einer staatssozialistischen Massenorganisation berichtet sie in der DDR von ihren Erlebnissen, so im Juni 1951 in einer «überfüllten Halle» der Schiffswerft Wismar. Dabei bleibt sie offenbar ganz auf der deutschlandpolitischen Linie der SED und wirbt für eine deutsche Vereinigung, die vom Imperialismus verhindert werde. Das *Neue Deutschland* betitelt ihren Redebeitrag bei einer Veranstaltung der IDFF-Delegation im selben Monat: «Deutschland darf kein zweites Korea werden.»

Drei Jahre später stirbt Hilde Cahn (Loner) im Alter von nur 44 Jahren. Begraben ist sie, deren politische Biografie sie von Rixdorf auf die internationale Bühne führte, in der «Gedenkstätte der Sozialisten» in Berlin.

## LITERATUR

Hartewig, Karin: Fäuste, Pässe und die bürgerliche Gesellschaftsordnung. Hilde Loner-Cahn, in: dies. (Hrsg.): Zurückgekehrt: Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln u. a. 2000, S. 112–118.

Gertrud Pickhan

# EINFÜHLSAMER DENKER UND DYNAMISCHER MACHER

## DIE BUNDISTEN HENRYK ERLICH (1882–1942) UND WIKTOR ALTER (1890–1943)

Henryk Erlich und Wiktor Alter standen während der gesamten Zwischenkriegszeit in Polen gemeinsam mit Noah Portnoj an der Spitze des «Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds», kurz «Bund» genannt. Noah Portnoj gehörte 1897 zu den Gründungsmitgliedern des «Bund» und hatte nach 1918 die Funktion eines Ehrenvorsitzenden inne. In seinen Erinnerungen beschrieb der Warschauer Bundist Bernard Goldstein den eindrucksvollen Auftritt der drei Spitzengenossen anlässlich einer Demonstration am 1. Mai: «Alle drei waren groß, schlank und majestätisch. Noah mit grauen Haaren und einem langen grauen Moustache. Erlich mit seinem gutmütigen Gesicht und seinem kleinen Spitzbart. Alter mit seiner lebhaften und beweglichen Gestalt.» Das Charisma dieser Führungstrojka, bestehend aus Vaterfigur, einfühlsamem Denker und dynamischem Macher, trug vermutlich nicht unwesentlich zu den Erfolgen des «Bund» in Polen bei. Die Geschicke der Partei wurden zwischen 1918 und 1939 vor allem durch Henryk Erlich, den Denker, und Wiktor Alter, den Macher, geprägt. Es ist auch ihrem Engagement zu verdanken, dass der «Bund» in Polen in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre zur stärksten jüdischen Partei wurde.

DIE GESCHICKE DER PARTEI WURDEN ZWISCHEN 1918 UND 1939 VOR ALLEM DURCH HENRYK ERLICH, DEN DENKER, UND WIKTOR ALTER, DEN MACHER, GEPRÄGT.

### KINDHEIT, JUGEND UND FRÜHES PARTEIENGAGEMENT

Henryk Erlich wurde 1882 in Lublin in einer wohlhabenden Familie geboren. Sein Vater besaß eine große Mühle und sorgte dafür, dass sein Sohn zunächst eine traditionelle jüdische Schulbildung erhielt. Mithilfe seiner Mutter und Schwestern konnte Henryk Erlich, zu dieser Zeit noch Hersh-Volf genannt, gegen den Willen seines Vaters auch das russische Gymnasi-

um in Lublin besuchen. Die Schuluniform musste er vor seinem Vater verstecken. Als Gymnasiast begeisterte er sich sowohl für den Kulturzionismus als auch für die polnische Freiheitsbewegung und Kultur. 1902 lernte er durch einen Freund den «Bund» kennen, dem er 1903 beitrat. Erlich studierte zunächst in Warschau Rechtswissenschaften. Nachdem er an einer Protestdemonstration gegen das antisemitische Theaterstück «Das Goldene Kalb», das in einem Warschauer Theater aufgeführt wurde, teilgenommen hatte, wurde er verhaftet und musste die Universität verlassen. 1904 ging Erlich zur Fortsetzung seines Studiums nach Berlin. Nach der Revolution von 1905 wechselte er an die Universität in St. Petersburg, wo er 1908 sein Studium abschloss und in der Folgezeit als Rechtsanwalt arbeitete. Als aktives «Bund»-Mitglied wurde Erlich mehrfach verhaftet und flüchtete zeitweise ins Ausland. Seit 1913 war Erlich Mitglied des «Bund»-Zentralkomitees und gehörte nach der Februarrevolution 1917 dem Exekutivkomitee des Arbeiterrats in Petrograd an. In dessen Auftrag reiste er als Mitglied einer Friedensdelegation nach Schweden, Großbritannien, Frankreich und Italien.

Wiktor Alter,
1939 in sowjetischer Haft
aufgenommen

Da er die Machtübernahme durch die Bolschewisten verurteilte, kehrte Erlich 1918 nach Polen zurück.

Wiktor Alter wurde am 7. Februar 1890 in Mława geboren. Sein Vater, ein reicher Holzhändler, starb kurz nach seiner Geburt. Seine Mutter zog daraufhin mit ihren Kindern nach Warschau, wo Wiktor Alter als 15-jähriger Gymnasiast nach der Teilnahme an einem Schulstreik verhaftet wurde. Mit dem «Bund» kam Alter durch seine älteren Schwestern in Verbindung. Aufgrund eines

Schulverbots in Polen musste der junge Alter seine Ausbildung in Belgien fortsetzen; in Liége erwarb er ein Ingenieurdiplom. 1912 kehrte er nach Polen zurück und wurde wie Henryk Erlich mehrfach aufgrund seiner Tätigkeit im «Bund» verhaftet. Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs ging Alter nach Großbritannien, wo er zunächst als Fabrikarbeiter, dann als Ingenieur arbeitete. Die Februarrevolution in Russland führte ihn 1917 erst in die Ukraine, später nach Moskau. 1918 wurde Alter von den Bolschewiki in Moskau verhaftet, nach seiner Freilassung kehrte er nach Polen zurück.

Henryk Erlich, 1939 in sowjetischer Haft aufgenommen

## AN DER SPITZE DES «BUND» IN POLEN 1918–1939

Obwohl im «Bund» seit der Parteigründung 1897 das Prinzip einer kollektiven Führung galt, wurden Henryk Erlich und Wiktor Alter in der restituierten Polnischen Republik rasch als faktische Parteivorsitzende wahrgenommen. Beide hatten Schlüsselpositionen inne: Henryk Erlich als Chefredakteur des «Bund»-Zentralorgans *Naye Folkstsaytung* (Neue Volkszeitung), Wiktor Alter als Vorsitzender der mitgliederstarken jüdischen Gewerkschaften. In Alters Zuständigkeit fielen auch die polnischsprachigen Publikationen des «Bund», er selbst veröffentlichte zahlreiche Schriften. Henryk Erlich arbeitete neben seiner Parteitätigkeit als Rechtsanwalt, vornehmlich in politischen Prozessen. Bekannt wurde auch seine öffentlich geführte Debatte mit seinem Schwiegervater, dem großen jüdischen Historiker Simon Dubnow, der den «Bund» wegen seiner antizionistischen Haltung scharf angriff. Erlich und Alter waren von 1918 bis 1939 Abgeordnete im Warschau-

er Stadtparlament, zeitweise vertraten sie den «Bund» in der jüdischen Bekenntnisgemeinde. Beide sprachen sich Ende der 1920er-Jahre für einen Beitritt des «Bund» in die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI) aus und gehörten ab 1930 dem Exekutivkomitee der SAI an.

## FLUCHT, HAFT UND TOD IM GEFÄNGNIS

Nach dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939 flüchteten Henryk Erlich und Wiktor Alter zusammen mit anderen Bundist*innen in Richtung Osten und wurden schon bald auf sowjetisch besetztem Gebiet vom NKWD, dem auch als Geheimpolizei agierenden «Volkskommissariat für innere Angelegenheiten», verhaftet und nach Moskau gebracht. Während seiner Haft verfasste Henryk Erlich eine umfangreiche Geschichte des «Bund», die sich im Archiv des heutigen Geheimdienstes FSB in Moskau befindet. Im Sommer 1941 wurden Erlich und Alter aufgrund angeblicher antisowjetischer Tätigkeiten zum Tode verurteilt, die Todesstrafen wurden anschließend in zehnjährige Haftstrafen umgewandelt. Im September 1941 wurden beide freigelassen, um die Gründung eines Jüdischen Antifaschistischen Komitees[1] vorzubereiten. Jedoch wurden sie bereits am 4. Dezember 1941 erneut verhaftet. Henryk Erlich nahm sich am 15. Mai 1942 im NKWD-Gefängnis in Kuibyschew (heute: Samara) das Leben, Wiktor Alter wurde dort am 17. Februar 1943 erschossen.

## GEDENKEN

Erlich und Alter gehören nicht zu den ungezählten namenlosen Opfern des Stalin-Terrors. Sie waren prominente Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung, nach ihrer Verhaftung setzten sich unter anderem Clement Attlee, Albert Einstein und der US-amerikanische Theologe Reinhold Niebuhr für ihre Freilassung ein. In New York fand eine große Protestdemonstration statt, auf der auch der New Yorker Bürgermeister Henry LaGuardia sprach. Nachdem die Sowjetunion im März 1943 die Hinrichtung der beiden «Bund»-Führer wegen angeblicher antisowjetischer Spionage bekannt gab, reagierte insbesondere die US-amerikanische Presse mit zahlreichen Artikeln. Viele Jahre später setzte sich dann Willy Brandt als Präsident der Sozialistischen Internationale bei der sowjetischen Führung für die Rehabilitierung Erlichs und Alters ein. Auf dem jüdischen Friedhof in Warschau befinden sich seit 1988 symbolische Grabsteine für die beiden Bundisten.

## LITERATUR

Henryk Erlich and Victor Alter: Two Heroes and Martyrs for Jewish Socialism. Translated from the Yiddish with Notes by Samuel A. Portnoy, New York 1990.

1 Siehe den folgenden Beitrag von Reiner Tosstorff.

VIELE JAHRE SPÄTER SETZTE SICH
DANN WILLY BRANDT ALS PRÄSIDENT
DER SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE
BEI DER SOWJETISCHEN FÜHRUNG
FÜR DIE REHABILITIERUNG ERLICHS
UND ALTERS EIN.

Reiner Tosstorff

# DAS JÜDISCHE ANTIFASCHISTISCHE KOMITEE

## ZWISCHEN INTERNATIONALER MOBILISIERUNG DES JÜDISCHEN ANTIFASCHISMUS UND DEN ZWÄNGEN STALINISTISCHER MACHT

Anfang des 20. Jahrhunderts lebten mit etwas mehr als fünf Millionen die meisten Jüdinnen und Juden Europas im Russischen Reich.[1] Sie waren vielfacher Diskriminierung[2] und Verfolgung unterworfen. Die jüdische Gesellschaft reagierte darauf in verschiedener Weise. Neben Hinwendung zu religiöser Orthodoxie und Erlösungsbewegungen, größeren Emigrationsbewegungen nach Westeuropa und Übersee, aber auch Bemühungen zur Assimilation an die Mehrheitskulturen im Fall von ökonomisch erfolgreichen Teilen entwickelte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf wachsende Verarmung und Proletarisierung eine sozialistische Bewegung auf der Grundlage der von den allermeisten Jüdinnen und Juden weiterhin verwendeten jiddischen Sprache und Kultur.

Es entstand eine Reihe von Parteien, allen voran der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland («Bund»),[3] der im Kampf für den Sozialismus angesichts des Fehlens eines geschlossenen jüdischen Territoriums eine «nationalkulturelle Autonomie» anstrebte. Später entwickelten sich Gruppierungen, die unter dem Einfluss des Zionismus eine territoriale Lösung entweder im Russischen Reich oder dann auch in Palästina verlangten.

### JÜDINNEN UND JUDEN IN DER RUSSISCHEN REVOLUTION UND DIE «JEWSEKZIJA»

Weltkrieg und russische Revolution aber schufen ganz neue Voraussetzungen. Bereits kurz nach der Februarrevolution 1917 wurden die judenfeindlichen Gesetze des Zarismus aufgehoben. Alle territorialen wie ökonomischen Beschränkungen (z. B. bei der Berufswahl) waren nun durch völlige

**1** Ungefähr vier Millionen Jüdinnen und Juden in anderen Staaten, allen voran in Österreich-Ungarn und im Osmanischen Reich. **2** Insbesondere durch den Ausschluss von bestimmten Berufen und die Beschränkung ihres Wohnorts auf den sogenannten Ansiedlungsrayon, das von Polen im 18. Jahrhundert annektierte Gebiet im Westen des Russischen Reichs, in dem die Jüdinnen und Juden – von bestimmten Ausnahmen abgesehen – bis zur Revolution von 1917 ausschließlich wohnen durften. **3** Vgl. dazu den Beitrag von Gertrud Pickhan über den «Bund» in Band 1 dieser Reihe: Altieri, Riccardo/Hüttner, Bernd/Weis, Florian (Hrsg.): «Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg beiträge 5/2021, Berlin, S. 15–25, unter: www.rosalux.de/publikation/id/45015/.

Gedenktafel für
Wassili Grossman
in Donezk

rechtliche Gleichstellung beseitigt. So sehr breite Teile der jüdischen Bevölkerung die Revolution von Beginn an unterstützt hatten, gerieten sie sehr schnell in die Kämpfe des Bürgerkriegs. Da die bolschewistische Seite am Allerwenigsten in antisemitische Pogrome verstrickt war, ja diese offiziell scharf bekämpfte, auch wenn sie nicht immer ihre Armeen unter Kontrolle hatte, tendierten schließlich auch viele Jüdinnen und Juden, die keineswegs pro-bolschewistisch waren, für die Sowjets als das «kleinere Übel».

Größere Teile der jüdischen Parteien schlossen sich den Bolschewiki an und bildeten eine «Jüdische Sektion» (Jewsektsija) in der Partei. Im Gefolge ihrer Tätigkeit blühte die jiddische Sprache und Kultur insbesondere innerhalb der Sowjetrepubliken mit hohem jüdischem Anteil (Weißrussland, Ukraine) auf, etwa durch eine breite Presse, durch Schulen und Hochschulen mit dieser Unterrichtssprache etc. Gleichzeitig wendeten sich viele allerdings gegen die traditionelle religiöse jüdische Kultur. Das Hebräische wurde nicht mehr verwendet, und in einer Schriftreform wurde die Schreibweise des umfangreichen hebräischen Wortschatzes im Jiddischen angepasst, was aber auch dazu führte, dass das sowjetische Jiddisch vom internationalen Gebrauch – im Schriftlichen – abwich.

Innerhalb einzelner Unionsrepubliken wurden nun sogar auch kleinere jüdische Ter-

ritorialeinheiten mit Jiddisch als Amtssprache gebildet. Vorübergehend kam die Idee auf, ein geschlossenes jüdisches Siedlungsgebiet auf der Krim zu schaffen. Doch gegen Ende der 1920er-Jahre begannen mit der Durchsetzung Stalins und seiner Kontrolle über die Partei auch die Einschränkungen gegenüber allen nicht-russischen Nationalitäten und eine allgemeine Verstärkung des Zentralismus. So wurde die UdSSR faktisch zu einer Neuauflage eines russischen Staates. Dabei waren die Jüdinnen und Juden ohne eine eigene Unionsrepublik in einer besonders schwierigen Lage. Schritt für Schritt wurde die jiddische Sprache und Kultur zurückgedrängt, zum Beispiel wurden Zeitungen eingestellt oder kulturelle Institutionen geschlossen. Die jüdischen Territorialstrukturen wurden im Laufe der 1930er-Jahre aufgehoben. Der Druck auf die Jüdinnen und Juden, sich zu assimilieren, verstärkte sich, zwar nicht durch direkte Verbote, aber mit dem Hebel des sozialen Aufstiegsversprechens durch Anpassung an eine zentral verordnete russische «Leitkultur». Das sollte die Homogenität der stalinistischen Diktatur fördern. Wenn die offizielle Politik auch den Antisemitismus scharf verurteilte und als wesentliches Element des Faschismus bekämpfte, weiß man inzwischen, dass es im Alltagsleben als Folge der sozialen Erschütterungen wieder zu einem Aufblühen antisemitischer Stimmungen kam. Nicht zuletzt hatte Stalin im Kampf gegen die innerparteiliche Opposition das Mittel der antisemitischen Stimmungsmache eingesetzt.

Als «Ersatz» erfolgte im Jahre 1928 die Ausrufung eines Jüdischen Autonomen Gebiets ausgerechnet im Fernen Osten mit dem Ort Birobidschan im Mittelpunkt. Dafür waren letztlich strategische Gesichtspunkte der Grenzsicherung wichtig. In der Propaganda stellte es die kommunistische Partei als Alternative zum zionistischen Projekt in Palästina dar.[4] Eine der ersten Folgen war aber zunächst die Auflösung der Jewsektsija, womit die instituti-

DA DIE BOLSCHEWISTISCHE SEITE AM ALLERWENIGSTEN IN ANTISEMITISCHE POGROME VERSTRICKT WAR, JA DIESE OFFIZIELL SCHARF BEKÄMPFTE, TENDIERTEN SCHLIESSLICH AUCH VIELE JÜDINNEN UND JUDEN, DIE KEINESWEGS PRO-BOLSCHEWISTISCH WAREN, FÜR DIE SOWJETS ALS DAS «KLEINERE ÜBEL».

4 Doch die Bedingungen im Fernen Osten waren viel zu harsch, als dass hier jemals eine große jüdische Besiedlung erreicht werden konnte.

onelle Vertretung als Gruppe innerhalb der KPdSU verschwand.

Im September 1939 annektierte die UdSSR im Gefolge des Hitler-Stalin-Pakts den Osten des 1918 wieder gegründeten polnischen Staats mit einer jüdischen Bevölkerung der UdSSR von mehr als zwei Millionen Menschen. Eine dorthin einsetzende jüdische Fluchtbewegung aus dem deutschen Besatzungsgebiet wurde bald unterbunden. Der sowjetische Geheimdienst ging gegen jegliche Art unabhängiger Betätigung, auch gegen die jüdische sozialistische Bewegung vor. Ihre zwei bedeutendsten, auch international anerkannten Führer, Wiktor Alter und Henryk Erlich, waren aus Warschau in das sowjetisch besetzte Gebiet im Osten geflohen und wurden nun vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet.

## DAS JÜDISCHE ANTIFASCHISTISCHE KOMITEE: WIDERSPRÜCHLICHE GRÜNDUNG UND ERSTE SCHRITTE

Mit dem Überfall Deutschlands am 22. Juni 1941 auf die Sowjetunion eröffnete sich ein ganz neues Kapitel auch für die sowjetischen Jüdinnen und Juden. Der Eroberungs- und Unterwerfungskrieg zielte am unmittelbarsten auf die sofortige Ermordung der jüdischen Bevölkerung. So kam auch sehr schnell die Frage der Organisierung einer internationalen jüdischen Solidaritätskampagne auf.

Die Führer des «Bund», Alter und Erlich, schlugen, nachdem sie im Sommer 1941 zunächst einmal aus der Haft entlassen worden waren, vor, ein internationales jüdisches Anti-Hitler-Komitee zu gründen.[5] Es sollte international zusammengesetzt, also kein rein sowjetisches Komitee sein, sondern ebenso auf der Beteiligung aus anderen Ländern, vor allem aus den USA und insbesondere ihrer Arbeiterbewegung, aufbauen. Doch Anfang Dezember 1941 wurden Alter und Erlich erneut verhaftet. Henryk Erlich beging Selbstmord, und Wiktor Alter wurde erschossen. Ihren Tod sollte die sowjetische Führung erst Anfang 1943 eingestehen.

Damit war auch die Idee eines solchen Komitees von «unten» gestorben. Was jetzt verwirklicht wurde, stand unter direkter Kontrolle des sowjetischen Staatsapparats und umfasste ausschließlich sowjetische Mitglieder, wenn auch weiterhin mit dem erklärten Auftrag einer weltweiten Mobilisierung. Nach einer ersten großen Kundgebung Ende August 1941 in Moskau wurde das Jüdische Antifaschistische Komitee (JAK) Ende desselben Jahres formal gegründet. Mit seinen etwa 70 Mitgliedern, 19 davon im Präsidium – die Zusammensetzung schwankte leicht im weiteren Verlauf – umfasste es einen Querschnitt der jüdischen intellektuellen und künstlerischen Prominenz mit einigen Staats- und Parteifunktionären, nicht exklusiv, aber vorwiegend jiddischsprachig. Nur wenige Frauen gehörten ihm an.

**5** Ihr Wirken ist in einem eigenen Beitrag von Gertrud Pickhan in dieser Veröffentlichung genauer beschrieben, sodass hier ein kurzer Hinweis genügen muss.

Vorsitzender war der auch international bekannte Schauspieler und Leiter des Staatlichen Jüdischen Theaters Solomon Michoels, der wie kein anderer für die jiddische Kultur stand. Generalsekretär war der jiddische Schriftsteller Schachne Epstein. Ein weiteres prominentes Mitglied war der Dichter Itzchak Fefer. An den Aktivitäten des Komitees beteiligten sich praktisch alle bedeutenden jiddischsprachigenen Intellektuellen.

Das Komitee umfasste aber ebenso auf Russisch schreibende jüdische Schriftsteller oder Journalisten. Deren bekanntester Vertreter war Ilja Ehrenburg, dessen Werke auch international verbreitet waren. Ab 1941 war er einer der wichtigsten sowjetischen Kriegskorrespondenten; für die Nazi-Propaganda wurde er dadurch zur Verkörperung des Feindbilds des «jüdischen Bolschewismus». Ein weiterer populärer Kriegskorrespondent im Komitee war der

Solomon Michoels und Itzchak Fefer treffen sich Juli 1943 in New York mit Albert Einstein (mitte)

später durch seinen Stalingrad-Roman bekanntgewordene Schriftsteller Wassili Grossman. (Zu ihrer Rolle bei der Herausgabe des «Schwarzbuchs» siehe weiter unten.)

Die direkte politische Kontrolle über das JAK übernahm der ranghöchste Parteifunktionär im Komitee und Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU Solomon Losowski. Jahrelang mit internationaler Gewerkschaftsarbeit befasst, leitete er nun als stellvertretender Außenminister die internationale Propaganda zur Mobilisierung für die Sowjetunion. Bei wesentlichen Entscheidungen stellte Losowski die Verbindung zur Führung um Stalin oder Geheimdienstchef Berija her, die die eigentliche Beschlussinstanz darstellten. Ihm wurden für die tagtägliche Arbeit eine Reihe weiterer Funktionäre zugeordnet, manche von ihnen konnten nicht einmal richtig Jiddisch sprechen. Zudem verfügte der sowjetische Geheimdienst unter der «Kulturprominenz» im JAK eine Reihe von informellen Mitarbeitern.

Tatsächlich verdankte sich die Bildung und Ausrichtung des Komitees ganz der Ausnahmesituation des Kriegs. Hatte vor dem Krieg die Marginalisierung des Jiddischen eingesetzt, erfolgte jetzt quasi eine Rehabilitierung. Eine Reihe neuer Zeitungen und Veröffentlichungen erschien, die sich nicht nur an die sowjetischen Jüdinnen und Juden, sondern auch an die internationale jüdische Öffentlichkeit, insbesondere in den USA, wandte. Im Mittelpunkt stand die Verbreitung von Informationen über das jüdische Schicksal unter der Naziherrschaft. Neben der vom polnischen Untergrund ab 1942 erfolgten Unterrichtung der Westmächte waren dies die ersten umfassenderen Berichte über den Holocaust. Da das Komitee international ausgerichtet sein sollte, um eine gemeinsame Kampffront zu bilden, verzichtete die KPdSU auf die frühere politische Konfrontation mit dem Zionismus. In dieser Situation, in der das Schicksal der Sowjetunion auf dem Spiel stand, wirkte dieser Wandel wie jüdisch-nationale Propaganda parallel zur Aufwertung eines spezifisch russischen Patriotismus.

Die weltweite Solidaritätskampagne zielte insbesondere auf die USA, wo sich nach Kriegsausbruch eine Art Parallelkomitee gebildet hatte, das sich vor allem auf die damals insbesondere in der jüdischen Arbeiterschaft starke Kommunistische Partei, aber auch auf liberale und zionistische Kreise stützte. Auf Anregung von Albert Einstein gegenüber dem sowjetischen Botschafter schickte das JAK im Sommer 1943 seine prominentesten Repräsentanten Michoels und Fefer auf eine weltweite Propagandatour. Neben den USA besuchten sie Großbritannien, Kanada und Mexiko. Auf unzähligen Veranstaltungen berichteten sie über die Folgen der deutschen Besatzung und über den Kampf der Roten Armee und forderten zur Unterstützung auf. Millionen US-Dollar und umfangreiche Sachspenden kamen zusammen. Selbst unter den jüdischen Einwander*innen in Palästina wurde erfolgreich gesammelt.

Diese Reise hatte allerdings auch einen weiteren politischen Zweck. Wie erwähnt, hatte sich inzwischen die Nachricht vom Tod Alters und Erlichs verbreitet. Auch waren die ersten Informationen über das

Schicksal der 1939 von der Sowjetunion gefangen genommen polnischen Soldaten und die Ermordung eines Teils von ihnen in Katyn und anderen Orten durchgesickert. Dies galt es, vom Verlangen nach Solidarität übertönen zu lassen, was in der politischen Atmosphäre mitten im Krieg weitgehend gelang. Michoels' und Fefers Auftritte und ihre Berichterstattung wirkten weit über die jüdische Bevölkerung in den jeweiligen Ländern hinaus, sodass diese internationale Tour vielleicht die erfolgreichste sowjetische Propagandaaktion in der kapitalistischen Welt während des Kriegs war.

## DAS JAK: EIN EIGENSTÄNDIGER AKTEUR?

Innerhalb der Sowjetunion erschien das JAK nun wie eine offizielle Repräsentanz der sowjetischen Jüdinnen und Juden, dem die Rolle eines Ansprechpartners zu allen Fragen ihres Schicksals und ihrer Existenz zukam. Das Komitee erreichten zahlreiche Berichte über die deutsche Vernichtungspolitik, über die Pogrome und Massenmorde. Auch Informationen über das Verhalten von Teilen der nicht-jüdischen Bevölkerung, die nicht nur abseits gestanden, sondern – freiwillig oder gezwungen – Beihilfe geleistet hatten, trafen im JAK ein. Es ging um die Gebiete nach der Befreiung, in denen sich die überlebende jüdische Bevölkerung mühsam und zum Teil gegen heftigen Widerstand ihre Existenzmöglichkeiten zurückerkämpfen musste. Entsprechend erhielt das JAK auch Informationen über antisemitische Stimmungen innerhalb der sowjetischen Bevölkerung. Das entsetzliche Leid und die Verluste unter der deutschen Besatzung führten sowohl in der Not des Kriegs als auch in der Nachkriegszeit schnell zur Suche nach Sündenböcken und zu einem starken Verteilungskampf. Antisemitische Ressentiments wurden außerdem dadurch geschürt, dass der Staats- und Parteiapparat die Ideologie des russischen Nationalismus nun zur Mobilisierung nutzte. So machte sich in Teilen der Bevölkerung die Stimmung breit, in bestimmten Bereichen der Gesellschaft sei der jüdische Anteil zu hoch.

Trotz allem hatte das Komitee angesichts der Informationen über die faschistische Barbarei eine solche Ausstrahlungskraft, dass es bei Kriegsende den Höhepunkt seines Einflusses erreichte. Es schien fast schon in der Lage, eigenständig agieren zu können. Befördert wurde dies auch dadurch, dass sich Stalin über die Richtung der Nachkriegsentwicklung noch nicht ganz sicher war.

So begann das Komitee, auch als Ergebnis von Absprachen mit Michoels und Fefer während ihrer Reise, den Holocaust umfassend zu dokumentieren. In einem «Schwarzbuch» sollten Augenzeugenberichte und Dokumente über das Schicksal der sowjetischen Jüdinnen und Juden einschließlich des Widerstands veröffentlicht werden. Herausgeber wurden Ehrenburg und Grossman. Doch Zusammenstellung und Drucklegung verzögerten sich, und obwohl schon gesetzt, wurde die Veröffentlichung dann im Zuge des Politikwechsels verhindert. Eine vollständige russische Fassung konnte erst nach dem Ende der

Sowjetunion, zunächst noch außerhalb Russlands und dort schließlich 2015, erscheinen.[6]

Die wichtigste Initiative des Komitees auf dem Höhepunkt seines Einflusses bestand darin, die Idee aus den 1920er-Jahren, ein jüdisches Siedlungsgebiet auf der Krim zu schaffen, erneut aufzugreifen. Eine entsprechende Eingabe wurde der sowjetischen Führung übergeben. Der Vorschlag war nicht nur Folge von Diskussionen des JAK sowohl in der Sowjetunion als auch in den USA, sondern war wohl auch in Teilen des Partei- oder Staatsapparats erwogen worden, vielleicht als Ersatz für die zerschlagene Republik der Krimtataren, vielleicht auch als sowjetische Alternative zu den zionistischen Plänen für Palästina. Dies kam einem Eingeständnis gleich, dass von Birobidschan im Fernen Osten keine wirkliche Anziehungskraft ausging. Doch sehr bald wurde der Krim-Plan von Stalin als «jüdischer Nationalismus» verworfen und sollte ab 1948 zum Hauptanklagepunkt gegen das Komitee werden.

Tatsächlich war die sowjetische Führung bei Kriegsende noch unschlüssig gewesen, wie sie auf den Zionismus und die sich abzeichnende Schaffung Israels reagieren sollte. Zum einen hatten sowjetische Vertreter bereits im Krieg entsprechende Kontakte geknüpft. Nach 1945 unterstützte die Sowjetunion sogar eine verdeckte militärische Unterstützung auf dem Umweg über die Tschechoslowakei, die beim Krieg um die Staatsgründung 1948/49 wahrscheinlich kriegsentscheidend war. Ebenfalls hatte der damalige sowjetische Botschafter Gromyko in der UNO-Vollversammlung 1947 entschieden für die Annahme des Teilungsplans, die Voraussetzung für die Gründung Israels, gestimmt. Eine «horizontale Verbindung» der sowjetischen Jüdinnen und Juden mit Palästina in Form von Kontakten oder gar durch Auswanderung dorthin war allerdings völlig ausgeschlossen.

Immer stärker drehte sich jetzt der Wind. Jiddische Medien und Kultur wurden Schritt für Schritt eingeschränkt. Dies lief zeitgleich zur Entwicklung des Kalten Kriegs und der Konfrontation in Europa sowie zur Proklamation Israels im Jahre 1948, das nun entgegen sowjetischer Erwartung kein Verbündeter im Nahen Osten wurde. So trat an die Stelle der Propaganda für eine internationale jüdische Zusammenarbeit die politisch-ideologische Konfrontation mit dem «Zionismus», worin aber auch gleich alle nicht an der Sowjetunion und dem Stalinismus orientierten Ausdrucksformen jüdischen Lebens zusammengefasst waren.

## DIE ZERSCHLAGUNG DES KOMITEES UND DER GEHEIMPROZESS

Insgeheim liefen die Vorbereitungen für die Zerschlagung des Komitees an. Es kam zu ersten Verhaftungen, sein Sprecher Michoels wurde im Januar 1948 vom sowjetischen Geheimdienst umgebracht, getarnt als Unfall. Doch bald verbreiteten sich Ge-

**6** Ein Teil wurde in den USA im Jahr 1946 unter Umgehung Ehrenburgs vorab veröffentlicht. Eine rumänische Ausgabe folgte. Eine unvollständige russische Fassung gelangte 1980 nach Israel und wurde auch ins Englische übertragen, bevor aufgrund erhalten gebliebener und nach 1991 zugänglich gewordener Druckfahnen die vollständige Version endlich erscheinen konnte.

IM NOVEMBER 1948 BESCHLOSS DAS POLITBÜRO DIE AUFLÖSUNG DES KOMITEES UND DAS ENDE ALL SEINER PUBLIKATIONEN. IN DEN FOLGENDEN MONATEN MUSSTEN ALLE JÜDISCHEN KULTURINSTITUTIONEN SCHLIESSEN. IN DEN WOCHEN VOR UND NACH DEM JAHRESWECHSEL ERFOLGTEN DIE VERHAFTUNGEN DER FÜHRENDEN KOMITEE-MITGLIEDER.

rüchte darüber. Ein Besuch der späteren israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir im September 1948 stieß auf ein unerwartet breites Echo unter der jüdischen Bevölkerung und ließ offenbar bei der Parteiführung die Alarmglocken läuten. Sicher nicht zufällig veröffentlichte Ehrenburg, als prominentester sowjetischer Jude, der immer die Politik Stalins gerechtfertigt hatte, eine Stellungnahme gegen den Zionismus. In der Sowjetunion sei die Unterdrückung der Jüdinnen und Juden, gleich ob sie Jiddisch oder Russisch sprechen würden, beseitigt.

Nun ging es Schlag auf Schlag. Im November 1948 beschloss das Politbüro die Auflösung des Komitees und das Ende all seiner Publikationen. In den folgenden Monaten mussten alle jüdischen Kulturinstitutionen schließen, von Theatern über Museen bis hin zum jiddischen Programm von Radio Moskau. In Birobidschan wurde die Parteiführung abgesetzt und eine Russifizierung eingeleitet.

In den Wochen vor und nach dem Jahreswechsel erfolgten die Verhaftungen der führenden Komiteemitglieder. Durch den Einsatz aller Mittel von Folter bis zum gegenseitigen Ausspielen der Verhafteten versuchte man, «Geständnisse» einer umfassenden «jüdisch-nationalistischen Verschwörung» in Zusammenarbeit mit ausländischen Kräften zu erpressen. All das, was sie zuvor im offiziellen Auftrag unternommen hatten, stand nun gegen sie. Dabei hielten die Untersuchungsbeamten ihnen vor, ihre Verwendung des Jiddischen sei Ausdruck von Nationalismus und der Ablehnung der – natürlich kulturell höher stehenden – russischen Kultur und damit der Assimilation. So warf Losowski in seinem Verhör die rhetorische Frage auf, ob es denn gar um einen Prozess gegen die jiddische Sprache ginge.

Doch mit der Konstruktion einer Anklage ging es nur zäh voran, da immer wieder erpresste Geständnisse widerrufen wurden. Innerhalb der Spitze des Geheimdienstes kam es angesichts der Situation zu Streitereien. So konnte der Prozess schließlich erst nach drei Jahren von Mai bis Juli 1952 und nur im Geheimen stattfinden. Bei einer öffentlichen Verhandlung hätte sich zudem umgehend der Eindruck des Antisemitismus aufgedrängt. Am 18. Juli wurden 13 der Angeklagten zum Tode verurteilt und am 12. August hingerichtet. Nur eine Beschuldigte, die Medizinerin Lina Stern, erhielt eine Haftstrafe.

## DIE FOLGEN

In diesen drei Jahren der Prozessvorbereitung hatte sich parallel dazu in der sowjetischen Führung eine dramatische Krise vorbereitet. Stalin plante offensichtlich eine erneute umfassende «Säuberungswelle» wie 1936 bis 1938. Zur Mobilisierung der Gesellschaft dafür sollte abermals der Antisemitismus dienen. Anfang 1949 setzte eine das ganze Land erfassende Kampagne gegen «wurzellose Kosmopoliten» ein, eine leicht durchschaubare Umschreibung mit der unmittelbaren Folge massenhafter Entlassungen von Jüdinnen und Juden. Die Propaganda steigerte sich in den folgenden Monaten und erreichte den Höhepunkt Anfang 1953 mit der Ankündigung, eine Ärzte-Verschwörung im Kreml-Krankenhaus – viele von ihnen trugen jüdische Namen – sei aufgedeckt. Sie hätten den Tod einiger Parteiführer zu verantworten und nun sogar die Ermordung Stalins geplant, und dies in enger Zusammenarbeit mit ausländischen «zionistischen» Organisationen.

Es ist unklar, wie weit dieser antisemitische Terror reichen sollte. Gerüchten zufolge, die aber nach 1991 nicht durch Dokumente gestützt werden konnten, sei nach der Abhaltung eines Schauprozesses gegen die «Mörderärzte» die Deportation der jüdischen Bevölkerung aus dem Westen der UdSSR nach Birobidschan geplant gewesen. Doch der Tod Stalins am 5. März 1953 setzte dem geplanten Prozess ein Ende. Umgehend wurden alle Vorbereitungen gestoppt, die Angeschuldigten freigelassen, stillschweigend rehabilitiert und die verantwortlichen Geheimdienstler selbst verhaftet und vor Gericht gestellt. Die antisemitische Kampagne, die auch in einer Reihe von Schauprozessen in Osteuropa ein Echo gefunden hatte,[7] wurde abgebrochen. Doch eine Rehabilitierung der jüdischen Kultur, etwa durch die Wiederherstellung einer öffentlichen Rolle für das Jiddische, erfolgte nicht. Der jiddischen Sprache wurde erst nach 1956 eine Nischenexistenz mit einer Zeitschrift eingeräumt. Von dem Schlag, den die jüdische Kultur durch die Ereignisse der Jahre zwischen 1948 und 1952 erlitten hatte, sollte sie sich nie wieder erholen.

Der Stalinismus hatte seit seiner Entfaltung in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre gezeigt, dass er keine Lösung der «jüdischen Frage» in der Sowjetunion auf der Grundlage einer eigenständigen säkularen jüdischen Kultur und Nationalität anbieten konnte. Hatte die Revolution zwar alle Beschränkungen durch den Antisemitismus des Zarenreichs beseitigt und damit in ihren ersten Jahren die volle und gleichberechtigte gesellschaftliche Integration ermöglicht, so waren Schritt für Schritt Willkür und Einschränkungen erfolgt, die auf eine Art repressive Assimilation hinausliefen. Eine an die Versprechungen von 1917 und den ersten darauffolgenden Jahren anknüpfende Verwirklichung einer sozialistischen Alternative zum Zionismus dort, wo die Jüdinnen und Juden Russlands lebten, bot das nicht.

**7** Am bekanntesten war der nach seinem Hauptangeklagten Rudolf Slánský benannte Schauprozess in der Tschechoslowakei im November 1952, in dem eine Reihe der Angeklagten «zionistischer Aktivitäten» beschuldigt wurde.

## LITERATUR


Grüner, Frank: Patrioten und Kosmopoliten. Juden im Sowjetstaat 1941–1953, Köln u. a. 2008.

Lustiger, Arno: Wassili Grossman – Ilja Ehrenburg, Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, übersetzt von Ruth und Heinz Deutschland, Reinbek bei Hamburg 1994.

Lustiger, Arno: Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden, Berlin 1998.

Redlich, Shimon: War, Holocaust and Stalinism. A Documented Study of the Jewish Anti-Fascist Committee in the USSR, Luxemburg 1995.

Rubenstein, Joshua/Naumov, Vladimir P. (Hrsg.): Stalin's Secret Pogrom. The Postwar Inquisition of the Jewish Anti-Fascist Committee, New Haven/London 2001.

Silberner, Edmund: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983.

Uwe Sonnenberg

# MIT LÜGEN WAR ER NICHT MEHR BEREIT ZU LEBEN

## LEW KOPELEW (1912–1997)

«Was sollen wir Dir noch sagen, was schreiben? – nach allem, was wir miteinander gesprochen haben, öffentlich, privat – nach allem, was wir übereinander geschrieben und gesagt haben? So unentbehrlich, so unersetzlich, wie Du dort warst, bist Du hier […]. Ich sage Dir etwas, das so verrückt wie banal ist: Deutschland braucht Dich (daß Rußland Dich braucht ist vorausgesetzt) – und als Russe mit deutschem Paß, als Jude mit deutschem Paß (müssen wir uns über Pässe streiten? Ich glaube: nein) – als Sozialist (?) mit deutschem Paß, als Kosmopolit mit Wurzeln (!Ja!) – bist Du eben unentbehrlich und unersetzlich – und gewiß ist es kein Zufall, daß Du jetzt dort wohnst, wo wir, Annemarie und ich in den Jahren 1943 und 1944 gezittert, Todesängste ausgestanden haben […].»[1]

Mit diesen Worten gratulierte Heinrich Böll 1982 seinem Freund Lew Sinowjewitsch Kopelew zu seinem 70. Geburtstag. Spätestens am 1. September 1979 erfuhr die deutsche Öffentlichkeit von ihrer besonderen Beziehung, als die ARD anlässlich des 40. Jahrestags des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs in Europa mit beiden die Frage zu beantworten suchte: «Warum haben wir aufeinander geschossen?» Kopelew war Propagandaoffizier der Roten Armee gewesen, hatte deutsche Soldaten mit selbst verfassten Flugblättern zum Aufgeben aufgefordert und an der «Antifa-Schule» gelehrt, wo ihn Gefangene aufgrund seines imposanten Schnauzbarts den «schwarzen Major» tauften.

Lew Kopelew wurde 1912 in ein einzigartiges multinationales, stärker noch multikulturell verwobenes und spätestens mit dem Überfall der Deutschen zerstörtes Milieu geboren. Er wuchs zunächst in Kiew, später in Charkow auf, beteiligte sich begeistert am Aufbau der jungen Sowjetunion, agitierte als ein «Schüler Lenins» und ein «zur Literatur berufener Stoßarbeiter» (Kopelew über Kopelew) in der Lokomotivenfabrik «Komintern». Ende der 1930er-Jahre studierte er in Moskau am renommierten Institut für Philosophie, Literatur und Geschichte, wo er 1941 noch mit einer Arbeit über Schillers Dramatik und die bürgerliche Revolution in Frankreich promoviert wurde, kurz bevor die deutsche Wehrmacht am 22. Juni ihr «Unternehmen Barbarossa» begann und Kopelew mit feurigem Eifer zu ei-

**1** Heinrich Böll zit. nach Orlowa, Raissa/Kopelew, Lew: Wir lebten in Köln, mit einem Vorwort von Carola Stern und einem Nachwort von Klaus Bednarz, Hamburg 1996, S. 102.

Lew Kopelew

nem – wie er sich selbst einmal bezeichnete – Soldaten Stalins wurde.

Den «Tag des Sieges» 1945 aber sollte er nicht mehr in Freiheit verleben, habe er doch «bürgerlichen Humanismus» propagiert und Mitleid mit dem Feind empfunden, als er sich beim Vormarsch der Roten Armee ins Deutsche Reich – die nach Kopelews Überzeugung doch eine sozialistische sein wollte, in der kommunistische Ethik, sowjetischer Patriotismus und Internationalismus zusammengehörten – gegen Plünderungen und Vergewaltigungen der ostpreußischen Bevölkerung aussprach. Am Ende waren es fast zehn Jahre, die er wegen «antisowjetischer Propaganda» in mehreren Lagern des GULag absaß. Einige davon verbrachte er nahe Moskau in einer sogenannten Scharaschka, einer gesonderten Einrichtung, in der die Gefangenen unter vergleichsweise privilegierten Umständen intellektuelle Zwangsarbeit für die neuen Fronten des Kalten Kriegs leisten mussten.

Nach seiner Rehabilitierung 1956 stürzte sich Kopelew enthusiastisch in die neuen gesellschaftlichen Möglichkeiten des einsetzenden «Tauwetters». Er und seine Frau, die Amerikanistin Raissa Orlowa (1918–1989), machten ihre Küche zu einem weit ausstrahlenden intellektuellen Zentrum Moskaus, das auch für viele westliche Korrespondenten zu einer wichtigen Anlaufstelle wurde. Mit dem «Prager Frühling» wuchs in ihm noch einmal die Hoffnung auf einen «Sozialismus mit menschlichem Antlitz». In den 1970er-Jahren schließlich bewegte sich Kopelew entschieden an der Seite von Andersdenkenden, als ungewollter Dissident und Staatsfeind wider Willen. Mit Lügen war er nicht mehr bereit zu leben. Einem Motto Anton Tschechows folgend, hatte er begonnen, tropfenweise den Sklaven aus sich herauszupressen.

Beruflich war der Literaturwissenschaftler und Germanist Kopelew zu diesem Zeitpunkt bereits mit mehreren Verboten belegt. Dennoch spielte er für die Pflege und den Ausbau deutsch-russischer Kulturbeziehungen eine kaum zu überschätzende Rolle: als Übersetzer von Brecht und Böll, als wichtiger Vermittler für Max Frisch, Christa Wolf und Erwin Strittmatter – um nur einige zu nennen – in der Sowjetunion und für viele sowjetische Kulturschaffende dann in der Bundesrepublik, wohin er und Raissa Orlowa 1980/81 gegen ihren Willen ausgebürgert wurden.

In alledem besaß seine jüdische Herkunft aber nur eine nachrangige Bedeutung. Zu jüdischen Traditionen, religiösen Überlieferungen oder nationalen Ideen des Judentums hielt er Distanz. Schon zu seinem Bar-

Mizwa-Fest konnte er kein einziges Gebet auswendig. Befragt allerdings, als was er sich eigentlich fühle, als Ukrainer, als Russe oder Jude, antwortete er 1981: «Wenn man mit einem Satz antworten darf, würde ich sagen, ich fühle mich als Russe. Aber das genügt heute nicht. Denn der große polnische Dichter jüdischer Herkunft, Julian [Tuwim, Anm. d. A.], hat mal gesagt, ich habe nie jiddisch gesprochen, habe nie jüdisch geglaubt, aber ich muß mich zum Judentum bekennen, nicht wegen des Blutes, das in meinen Adern fließt, sondern wegen des Blutes, das aus vielen Adern floß. […] Also ich fühle mich vor allem als Russe, denn Russisch ist die Sprache, die ich seit meiner Kindheit spreche, die russische Kultur ist meine Kultur, die russische Geschichte ist für mich meine Geschichte mit all ihren Tragödien, mit all dem Guten und Schlechten. Aber ich kann mich auch vom Judentum nie lossagen, denn meine Großeltern und meine Eltern, die in ihrer Kindheit jiddisch gesprochen haben, waren Juden. Ich kann mich doch nicht von ihnen lossagen. So ist es eben. Das ist ein doppeltes Verhältnis. Ich bin Russe jüdischer Herkunft.»[2]

Viele seiner Verwandten wurden 1941 beim Massaker in der Schlucht von Babyn Jar ermordet. Dass es Mitte der 1980er-Jahre zum irreparablen Bruch zwischen ihm und Alexander Solschenizyn (1918–2018) kam, seinem früheren «Lagerbruder» aus der oben erwähnten Scharaschka, lag auch an dessen Antisemitismus (neben seinem ausgeprägten Chauvinismus).

Zu Lew Kopelews wichtigstem und beeindruckendstem Vorhaben in der Bundesrepublik wurde das «Wuppertaler Projekt» – eine systematische Untersuchung deutsch-russischer und russisch-deutscher Selbst- und Fremdbilder von ihren Anfängen im 9. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Aus ihr sind insgesamt 15 Sammelbände «west-östlicher Spiegelungen» hervorgegangen.

Von Köln aus hatte sich Kopelew eine neue Heimat aufgebaut, wo er mit seinen «dissidentischen» Erfahrungen (insbesondere im Umfeld der GRÜNEN) half, manch doktrinäre Panzerung der westdeutschen Linken der 1970er- und 1980er-Jahre aufzubrechen. Vor allem aber wurde er bis zu seinem Tode 1997 nicht müde, sowohl mit der «Waffe Wort» wie auch durch vielseitige praktische Hilfen für das universelle Prinzip der Menschenrechte zu werben, Verständigung zu erzeugen und Brücken über die Gräben des 20. Jahrhunderts zu bauen – und zwar in einem wirklich gemeinsamen «Haus Europa».

## LITERATUR


Kopelew, Lew: Autobiographie in 3 Bänden, Göttingen 1996.

Meier, Reinhard: Lew Kopelew. Humanist und Weltbürger. Mit einem Vorwort von Fritz Pleitgen, Darmstadt 2017.

Sonnenberg, Uwe: «… bist Du eben unentbehrlich, unersetzlich». Zum öffentlichen Wirken von Lew Kopelew in der Bundesrepublik Deutschland, mit einem Vorwort von Elsbeth Zylla, Berlin 2012.


Siehe auch: www.kopelew-forum.de

2 Böll, Heinrich/Kopelew, Lew: Warum haben wir aufeinander geschossen?, Bornheim-Merten 1981, S. 9 f.

Reiner Tosstorff

# SOZIALIST UND GEWERKSCHAFTER ZWISCHEN RUSSLAND, DEUTSCHLAND UND MEXIKO

## MAX DIAMANT (1908–1992)

Internationalismus wurde Max Diamant gleichsam in die Wiege gelegt. Als Sohn einer jüdischen Arbeiterfamilie wurde er am 5. August 1908 im polnischen, damals zum russischen Reich gehörenden Łódź geboren. In diesem Zentrum der Textilindustrie war sein Vater Michail als Weber tätig. In der Stadt lebten Pol*innen, Jüdinnen und Juden und Deutsche zusammen. Entsprechend wuchs der junge Max mehrsprachig auf.

Immer wieder kam es zu Aufständen der Textilarbeiterschaft. Die Stadt war ein Zentrum der Arbeiterbewegung Polens, auch in ihrer multinationalen Gliederung in verschiedenen Parteien. Seine Eltern Michail und Anna waren nach familiärem Zeugnis im «Bund» aktiv.[1] Nach 1918 siedelte die Familie angesichts der insbesondere die jüdische Minderheit bedrohenden Wirren der Nachkriegszeit nach Deutschland um. Dort ging Max Diamant zunächst in Mannheim und ab 1922 in Zeitz zur Schule, begann eine Berufsausbildung und war im kommunistischen Jugendverband aktiv, während der Vater sich der KPD angeschlossen hatte. Im Jahre 1924 beschlossen die Eltern mitsamt ihren inzwischen zwei Kindern die Emigration in die UdSSR. In Leningrad begann Max Diamant zunächst Elektrotechnik zu studieren und engagierte sich in der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), im Komsomol, während der Vater in die Partei eintrat. Noch vor Studienabschluss wurde er nach Charkiw als Redakteur für die deutschsprachige kommunistische Jugendzeitung geschickt, wo er bald mit Artikeln aneckte, in denen er die sozialen Widersprüche der «Neuen Ökonomischen Politik»[2] in der UdSSR kritisierte. Aus privaten Gründen kehrte er allerdings 1927 nach Leningrad zurück, wo sein Vater und vermutlich auch seine Mutter inzwischen in der linken Parteiopposition der Gruppe «Demokratischer Zentralismus» aktiv waren. Angesichts dieser Situation

**1** Auch wenn manche Darstellungen allgemein von «polnischer Sozialdemokratie» sprechen. Zum «Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund» vgl. den Beitrag von Gertrud Pickhan in Band 1 dieser Reihe: Altieri, Riccardo/Hüttner, Bernd/Weis, Florian (Hrsg.): «Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg beiträge 5/2021, Berlin, S. 15–25, unter: www.rosalux.de/publikation/id/45015/. **2** Bezeichnung für die ab 1921 bis 1928 verfolgte Politik wirtschaftlicher Zugeständnisse an die Bäuerinnen und Bauern, die Überschüsse frei vermarkten konnten. Das trug zur wirtschaftlichen Genesung nach dem Bürgerkrieg bei, führte im weiteren Verlauf aber auch bald zu wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten.

beschloss die Familie die Rückkehr nach Deutschland. Doch nur Max glückte dies im Herbst 1927, illegal. Gelang es, seinen Bruder Arnold nach Deutschland zu schicken, blieb dies seinen Eltern verwehrt. Er sah sie nie wieder, auch wenn er noch jahrelang brieflichen Kontakt hatte.

Die allgemeine politische Lage drängte ihn verstärkt in Richtung auf eine aktive antifaschistische Politik auf der Grundlage der Einheitsfront, trotz Schwierigkeiten mit der SPD-Führung, von der KPD erst gar nicht zu reden. 1931 kam es zum Bruch des linken Parteiflügels und zur Gründung der So-

1931 KAM ES ZUM BRUCH DES LINKEN PARTEIFLÜGELS UND ZUR GRÜNDUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS (SAP), IN DER MAX DIAMANT NUN PLÖTZLICH EINER DER WICHTIGSTEN SÜDWESTDEUTSCHEN PARTEIFÜHRER WAR UND SPÄTERE WEGGEFÄHRTEN DER EXILJAHRE ODER DER NACHKRIEGSZEIT WIE JACOB WALCHER, PAUL FRÖLICH, ROSI WOLFSTEIN UND WILLY BRANDT KENNENLERNTE.

Max Diamant ging nun nach Mannheim. Politisch wechselte er zur SPD, die in dieser Industriestadt eine Hochburg hatte; auch der linke Parteiflügel war dort stark vertreten. Angesichts seiner «familiären Verpflichtung» für den Bruder in einer mehr als schwierigen materiellen Situation gelang es ihm binnen kurzer Zeit, seine journalistische Laufbahn beim Mannheimer SPD-Organ *Volksstimme* fortzusetzen. Dort machte er sich schnell einen Namen und begann, obwohl er nie auf einem deutschen Gymnasium gewesen war, nach einer Begabtenprüfung mit dem Ökonomie-Studium zunächst in Mannheim, ab 1931 in Heidelberg.

zialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) um Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz, in der Max Diamant nun plötzlich einer der wichtigsten südwestdeutschen Parteiführer war und spätere Weggefährten der Exiljahre oder der Nachkriegszeit wie Jacob Walcher, Paul Frölich, Rosi Wolfstein und Willy Brandt kennenlernte.

Als Linker und Jude gleich doppelt gefährdet, musste er nach der Nazi-Machtübernahme fast umgehend ins Exil. Es begannen Jahre der Flucht. Er trat in die SAP-Auslandsleitung in Paris ein.[3] Dort war er mit den verschiedensten politischen In-

**3** Unter dem Pseudonym Hans Diesel.

Willy Brandt,
Rosi Wolfstein-Frölich,
Max Diamant (v. l.)
1987 in Frankfurt am Main

itiativen der Partei befasst. International war die SAP dem sogenannten Londoner Büro der linkssozialistischen Parteien angeschlossen, das einen Kurs links von Zweiter und Dritter Internationale verfolgte, sich aber auch kritisch vom Trotzkismus abgrenzte. In diesem Zusammenhang stand auch sein Aufenthalt in Barcelona von Oktober 1936 bis April 1937, als die spanische Revolution infolge des Militärputschs vorübergehend die Hoffnung auf eine antifaschistische Gegenoffensive eröffnete und die SAP die Arbeiterpartei der marxistischen Vereinigung (Partido Obrero de Unificación Marxista, POUM) unterstützte.

Die Jahre ab 1936 standen unter dem Zeichen der insbesondere von der Kommunistischen Internationale propagierten «Volksfront». Diamant war maßgeblich an den Bemühungen um eine deutsche Exilvolksfront beteiligt. Deren konkretes Programm war aber umstritten, nicht nur zwischen den verschiedenen Parteien, sondern auch innerhalb der SAP. Doch vor allem beschäftigte die SAP die Konfrontation mit der stalinistischen Politik. Es waren die Jahre des Massenterrors in der UdSSR, gegen den er für die SAP Stellung bezog – was heftige Angriffe vonseiten der KPD auslöste. Nicht zuletzt bedeuteten sie für ihn auch eine persönliche Tragödie. In der Sowjetunion war sein Vater bereits 1929 aufgrund

seiner oppositionellen Haltung gegen den Stalinismus ein erstes Mal verhaftet worden und wurde dann 1937 wie auch seine Mutter Opfer des Terrors.

Die Niederlagen der Arbeiterbewegung machten den Weg in den neuen Weltkrieg unaufhaltbar. Schließlich, nachdem er selbst vielen bei der Flucht behilflich gewesen war, kam Max Diamant zusammen mit seiner Frau Anna im März 1942 in Mexiko an, wo sie sich eine ganz neue Existenz mit einem Restaurant aufbauen mussten. Politisch schlug er nun wie viele Linkssozialist*innen den Weg zurück in die Sozialdemokratie ein und war Mitbegründer der Landesgruppe Mexiko der SPD. Anfang der 1960er-Jahre gab er dann dem Drängen seines alten SAP-Genossen Otto Brenner, inzwischen IG-Metall-Vorsitzender, nach, kehrte nach Deutschland zurück und übernahm das für die Gewerkschaft angesichts des Wirtschaftsaufschwungs völlig neue Arbeitsfeld der Betreuung der Arbeitsimmigration (als Leiter der «Abteilung Ausländische Arbeitnehmer» beim Vorstand). Bis zum Ruhestand im Jahr 1973 war er so maßgeblich an der Formulierung einer gewerkschaftlichen Integrationspolitik beteiligt. Besonders gerne, wenn auch keineswegs ausschließlich, kümmerte er sich um die spanischen «Gastarbeiter». Ein Nebenaspekt war dabei entsprechend seiner Reintegration in die SPD, dass er den spanischen Sozialist*innen im Exil half, sich neu zu formieren. Auch später pflegte er insbesondere in diesem Umfeld zahlreiche politische und gewerkschaftliche Verbindungen. Er starb am 16. Februar 1992.

SEIN POLITISCHER WEG WAR NICHT UNTYPISCH FÜR EINE GENERATION, DIE UNTER DEM EINDRUCK DER OKTOBERREVOLUTION POLITISIERT WURDE, ABER AUCH SEHR SCHNELL IN DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM AUFKOMMENDEN STALINISMUS GERIET.

Dank seines familiären Hintergrunds hatte Max Diamant die ersten Impulse durch die revolutionäre jüdische Arbeiterbewegung erhalten und unterhielt dorthin zeit seines Lebens enge Kontakte. Aufgrund seines späteren Lebenswegs bewegte er sich aber auch in ganz anderen Milieus (und Sprachen), in denen er immer mehr ein Zuhause fand. Sein politischer Weg war nicht untypisch für eine Generation, die unter dem Eindruck der Oktoberrevolution politisiert wurde, aber auch sehr schnell in die Auseinandersetzung mit dem aufkommenden Stalinismus geriet. In den langen Jahrzehnten des Wirtschaftsaufschwungs

nach 1945, der zumindest in den entwickelten Ländern nach der Krise der Zwischenkriegszeit einigermaßen Stabilität versprach, musste Max Diamant seine Ansprüche an gesellschaftliche Veränderung sehr stark beschränken. Allerdings entsprach dies der Tatsache, dass sich «Max Diamant […] in seinem ganzen Leben als Politiker und Gewerkschafter eher durch praktisch-zupackende Initiativen als durch theoretische Grundlagenarbeit» auszeichnete.

## LITERATUR


Platz, Johannes/Muñoz Sánchez, Antonio/Mühlen, Patrik von zur (Hrsg.): Max Diamant. Sozialist, Exilant, Gewerkschafter, Bonn 2017.

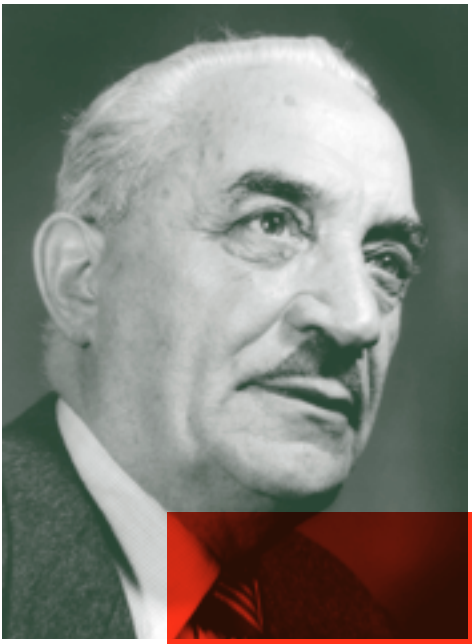
Scharrer, Manfred: «Max Diamant – Erzählte Lebensgeschichte», in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 9/1988, S. 805–814.

Kristina Meyer

# ZWISCHEN NEUANFANG UND VEREINSAMUNG

## DIE DREI JÜDISCHEN SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN IN DEN 1950ER- UND 1960ER-JAHREN

Im Herbst 1946 brachte Kurt Schumacher bei einer internationalen Pressekonferenz während einer zweiwöchigen England-Reise sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass seit Kriegsende erst so wenige jüdische Emigrant*innen nach Deutschland zurückgekehrt seien – denn schließlich gebe es doch für eine Mehrheit der Deutschen gar «keine Judenfrage mehr». Die anschließende Empörung von jüdischer Seite erstaunte den SPD-Vorsitzenden. Er ließ sich aber vom Jüdischen Gemeindeblatt für die britische Zone davon überzeugen, durch ein Interview die Gemüter zu beruhigen. Darin unterstrich er seine Position indes erneut und befand, Deutschland sei seit dem Untergang des NS-Regimes gewiss «das Land mit den schwächsten antisemitischen Regungen», weshalb jüdische Rückkehrer*innen dort wenig zu fürchten hätten. Es komme nun darauf an, die «geistigen, kulturellen und ökonomischen Funktionen der Juden» zu reaktivieren, die einst «von den Deutschen gar nicht zu trennen» gewesen seien. Außerdem liege es im deutschen Interesse, wenn durch die Wiederherstellung dieser «Symbiose in der Welt das Vorurteil verblassen würde, als ob das Dritte Reich mit Deutschland gleichzusetzen wäre».



Jakob Altmaier

Das Beschwören einer «deutsch-jüdischen Symbiose» – in den Nachkriegsjahren ein beliebtes rhetorisches Versatzstück in öffentlichen Stellungnahmen zu einem Themenkomplex, für den nicht nur Schumacher den Begriff «Judenfrage» verwendete – fand in der SPD mit der Betonung einer traditionellen, bis zu Ferdinand Lassalle zurückreichenden Verbundenheit von Sozialdemokratie und Judentum eine besondere Zuspitzung. Vor 1933 hatten sich überproportional viele deutsche Jüdinnen und Juden in der SPD engagiert, auch hatte die Sozialdemokratie schon seit dem Kaiserreich wie keine andere Partei den Antisemitismus bekämpft. Hinzu kamen die gemeinsamen, wenn auch unterschiedlich drastischen Ausgrenzungs- und Verfolgungserfahrungen während der NS-Zeit, die über die Zäsur von 1945 hinaus einen Berührungspunkt zwischen nicht-jüdischen und jüdischen Sozialdemokrat*innen bildeten. Aus Schumachers Sicht schien lediglich die Skepsis jüdischer Emigrant*innen einer Wiederherstellung jener «Symbiose» im Wege zu stehen – dass eine Rückkehr in das Land der Täter*innen für die Mehrzahl der deutschen Jüdinnen und Juden unvorstellbar war, konnte er nicht nachvollziehen. So wenig sensibel die SPD-Führung der ersten Nachkriegszeit mit den Bedenken von Überlebenden des Völkermords umging, so empfindlich reagierte sie selbst wiederum auf jede Zurückweisung von jüdischer Seite – und umso dankbarer war sie den wenigen Jüdinnen und Juden, die sich zu einem Neuanfang in Deutschland und zum Engagement für die SPD entschlossen. Von ihnen erhoffte sich die Partei nicht zuletzt eine positive Wirkung auf ihr internationales Ansehen sowie eine potenzielle Vermittlerrolle in den Beziehungen zu jüdischen Organisationen. Mit Jakob Altmaier, Peter Blachstein und Jeanette Wolff schafften es drei von ihnen, in den Bundestag gewählt zu werden – bis Ende der 1960er-Jahre waren sie hier die einzigen jüdischen Abgeordneten.

## DREI NEUANFÄNGE NACH DEM ÜBERLEBEN

Kurt Schumacher wollte unbedingt «einen jüdischen Genossen in unserer Fraktion haben», erinnerte sich sein Mitarbeiter Fritz Heine, der ihm daraufhin Jakob Altmaier empfahl. Der 1889 geborene Journalist stammte aus einer alteingesessenen jüdischen Familie in Flörsheim am Main. Er war seit 1913 SPD-Mitglied, hatte im Ersten Weltkrieg gekämpft, sich an der Novemberrevolution beteiligt und hatte in der Weimarer Republik für verschiedene Zeitungen gearbeitet. Schon im April 1933 floh Altmaier aus Deutschland, hatte er als Jude, Sozialdemokrat und Homosexueller doch gleich aus mehreren Gründen mit seiner baldigen Verhaftung zu rechnen. Zu den Stationen seines Exils, in dem er weiterhin journalistisch und im Widerstand tätig war, zählten Frankreich, Jugoslawien, Spanien, Großbritannien, Griechenland und Ägypten. Seit 1946 hielt er sich phasenweise wieder im besetzten Deutschland auf, als internationaler Verbindungsmann der SPD arbeitete er aber hauptsächlich von Paris aus. Sein familiäres Netzwerk in Flörsheim war zerstört: 30 seiner Verwandten hatten das «Dritte Reich» nicht überlebt, auch drei seiner vier

Geschwister waren ermordet worden. Im Jahr 1949 stand Altmaier kurz davor, in die USA zu emigrieren. Erst Schumachers Angebot, die siegessichere Bundestagskandidatur für den Wahlkreis Hanau zu übernehmen, bewog ihn zu bleiben. Bei der Wahl errang er mit knapp 32 Prozent der Erststimmen das Direktmandat.

Gleiches gelang dem 1911 geborenen Peter Blachstein in Hamburg-Eimsbüttel, auch er war Journalist. Er wuchs in Dresden als Sohn einer assimilierten jüdischen Kaufmannsfamilie auf und engagierte sich in der Weimarer Republik erst in der jüdischen, dann in der sozialistischen Jugendbewegung. Anders als Altmaier, der zwar nicht besonders religiös war, dem Judentum aber eng verbunden blieb, distanzierte sich Blachstein schon Anfang der 1930er-Jahre von seinem Glauben und auch vom Zionismus. Für ihn ging es um die Entscheidung «Judentum oder Sozialismus», denn er hielt beides für unvereinbar. Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) wurde er im Mai 1933 verhaftet und bis zum Sommer 1934 im Konzentrationslager Hohnstein in der Sächsischen Schweiz inhaftiert. 1935 gelang ihm die Flucht in die Tschechoslowakei und von dort aus weiter nach Norwegen, wo er mit Willy Brandt zusammenarbeitete. In den Jahren 1936/37 kämpfte er im Spanischen Bürgerkrieg und kehrte danach nach Norwegen zurück. Die letzten Kriegsjahre verbrachte Blachstein in Schweden, bevor er 1947 wieder nach Deutschland kam und sich in Hamburg niederließ.

Als die Zahl der Berliner Bundestagsabgeordneten Anfang 1952 von acht auf 19 erhöht wurde, zog mit der 1888 geborenen Jeanette Wolff auch eine jüdische Sozialdemokratin in das Bonner Parlament ein. Im niederrheinischen Bocholt war sie als älteste Tochter einer Familie aufgewachsen, in der die jüdische Religion eine ebenso wichtige Rolle spielte wie das Engagement für die Sozialdemokratie: Ihr Vater Isaac Cohen gehörte bereits seit 1875 der SPD an und kannte August Bebel persönlich. Auch Wolff fand in der Verbindung von Judentum und Sozialismus ihren politisch-moralischen Kompass. Im Jahr 1905, während ihrer Ausbildung zur Kindergärtnerin in Brüssel, trat sie der Sozialdemokratischen Partei Belgiens bei, nach ihrer ersten Heirat 1911 dann auch der SPD, was ihr zuvor als unverheiratete Frau nicht möglich gewesen war. In der Weimarer Republik war sie als Bocholter Stadtverordnete und Vorstandsmitglied ihres SPD-Bezirks aktiv und engagierte sich nebenbei in der Arbeiterwohlfahrt, im Jüdischen Frauenbund und im Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde sie 1933 in «Schutzhaft» genommen und erst 1935 wieder entlassen.

Anders als Altmaier und Blachstein entschied sich Jeanette Wolff gegen eine Flucht aus Deutschland. Anfang 1942 wurde sie mit ihrem zweiten Ehemann und den drei gemeinsamen Töchtern in das Ghetto Riga deportiert, später in das KZ Stutthof. Außer Jeanette Wolff überlebte nur ihre Tochter Edith, mit der sie sich einige Monate nach der Befreiung in Berlin niederließ. Schon kurz nach Kriegsende hielt Wolff ihre Erfahrungen in ihrem Buch «Sadismus oder Wahnsinn. Erlebnisse in den deut-

Jeanette Wolff

schen Konzentrationslagern» fest, mit dem sie sich in aufklärerischer Absicht dezidiert an ein nicht-jüdisches deutsches Lesepublikum wandte. Das Angebot, nach New York zu gehen und dort für das Magazin *Life* zu arbeiten, lehnte sie mit der Begründung ab, dass sie «in Deutschland notwendiger gebraucht würde». Sie wurde in der Berliner SPD aktiv und erlebte dort hautnah die harten Debatten zwischen KPD und SPD vor dem Hintergrund des aufziehenden Kalten Kriegs. Im Juni 1948, als Kommunist*innen die Berliner Stadtverordnetenversammlung zu sprengen versuchten, geriet sie als SPD-Abgeordnete mitten in die tumultartigen Auseinandersetzungen. Die kommunistischen Angreifer attackierten sie mit antisemitischen Parolen und malträtierten sie derart, dass sie am nächsten Tag bei einer Protestveranstaltung mit blaugeflecktem Gesicht ans Rednerpult trat.

## ROLLENZUSCHREIBUNGEN UND SELBSTVERSTÄNDNISSE

Die SPD-Führung war in den 1950er-Jahren inständig darum bemüht, gegenüber jüdischen Organisationen im In- und Ausland ihr großes Engagement für die Belange der Überlebenden herauszustellen – auch um dem verbreiteten Eindruck entgegenzuwirken, das im September 1952 geschlossene Luxemburger Abkommen mit Israel sei allein Konrad Adenauer und der CDU zu verdanken. Der Parteivorstand ließ mehrere umfangreiche Rechenschaftsberichte erstellen, in denen nicht nur sämtliche Aktivitäten rund um die Themen Judentum, Wiedergutmachung und Antisemitismus, sondern auch die Zahl jüdischer Mitglieder in verschiedenen Parteigremien und Parlamenten minutiös aufgezählt wurden. Für die oppositionelle Sozialdemokratie übernahmen die jüdischen Bundestagsabgeordneten klare Funktionen: als Kronzeug*innen einer Wiederbelebung der historischen Verbundenheit von SPD und Judentum und als vermittelndes Scharnier in den Beziehungen zu jüdischen Organisationen.

Alle drei Abgeordneten «erfüllten» diese Rolle auf ihre Weise, mit ihrem Jüdischsein beziehungsweise ihrer jüdischen Herkunft gingen sie in der Öffentlichkeit ganz unterschiedlich um. In Jakob Altmaier sah Kurt Schumacher einen idealen Vermittler mit Blick auf die von ihm erhoffte «Aussöhnung zwischen Deutschland und dem Judentum», Altmaier nahm diese Rolle aus voller Überzeugung an. Bei der Anbahnung von ersten Gesprächen über ein mögliches Wiedergutmachungsabkommen spielte er eine Schlüsselrolle: Konrad Adenauer bat ihn im Frühjahr 1951 höchstpersönlich, einen Kontakt zur israelischen Regierung herzustellen; wenig später kam es in Paris zu einem ersten geheimen Treffen des Bundeskanzlers mit Vertretern Israels und des Jüdischen Weltkongresses. Auch danach griff Adenauer noch mehrfach auf den sozialdemokratischen Mittelsmann zurück. Zwar war Altmaier bewusst gewesen, dass er als Verhandlungspartner auf deutscher Seite «in praktisch unlösbare Loyalitätskonflikte geraten könnte», aber als er erfuhr, dass es vonseiten jüdischer Organisationen Vorbehalte gegen seine Person gab und er daher nicht an den offiziellen Verhandlungen beteiligt werden sollte, war er bitter enttäuscht. Hinter den Kulissen würdigte Adenauer sein Engagement, indem er ihn zur Unterzeichnung des nach zähen Verhandlungen geschlossenen Vertrags mit nach Luxemburg nahm.

Wie Jakob Altmaier war auch Jeanette Wolff im Bundestagsausschuss für Wiedergutmachung vertreten und kritisierte immer wieder die schleppende Umsetzung der individuellen Entschädigung für NS-Verfolgte sowie die restriktive Praxis der zuständigen Behörden. Fraktionskolleg*innen wie Freund*innen galt sie als kämpferisch, durchsetzungsfähig und zugleich sehr kompromiss- und dialogbereit. Neben ihrem Bundestagsmandat übernahm sie eine Vielzahl von Ehrenämtern: in der Jüdischen Gemeinde Berlin, im Jüdischen Frauenbund und bald auch in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Dass sie ihr Jüdischsein ebenso wenig wie ihre Verfolgungsgeschichte vor der Öffentlichkeit zu verbergen gedachte,

DER VORFALL VERWEIST AUF EIN SEHR TYPISCHES ZUSAMMENSPIEL VON NICHT-KOMMUNIKATION UND SKANDALISIERUNG IM ÖFFENTLICHEN UMGANG MIT DER TATSACHE, DASS EIN*E POLITIKER*IN JÜDISCH WAR BEZIEHUNGSWEISE EINE JÜDISCHE FAMILIENGESCHICHTE HATTE. IN DIESEM ENG ABGESTECKTEN DISKURSRAUM WURDEN JÜDISCHE HERKUNFT UND IDENTITÄT EBENSO WIE DER ANTISEMITISMUS ENTWEDER BESCHWIEGEN ODER SKANDALISIERT.

machte sie beim Dortmunder SPD-Parteitag 1952 deutlich: Vor den versammelten Delegierten wies sie den Ratschlag eines namentlich nicht genannten Genossen zurück, der ihr nahegelegt habe, doch nicht immer von der Vergangenheit zu sprechen, da sie sich damit nur unbeliebt mache.

Peter Blachstein thematisierte in Wahlkämpfen hingegen weder seine Vergangenheit als «Spanienkämpfer» noch seine jüdische Herkunft. Letztere war «gewiss allgemein bekannt, in der Parteiöffentlichkeit wurde darüber jedoch nicht gesprochen». Als Blachstein Ende der 1960er-Jahre in Hamburg-Eimsbüttel in einer Kampfabstimmung um die erneute Kandidatur für das SPD-Direktmandat unterlag, warf er parteiinternen Gegner*innen vor, mit antisemitischen Äußerungen Stimmung gegen ihn gemacht zu haben – worauf diese wiederum empört reagierten und vorgaben, nichts von seiner jüdischen Herkunft gewusst zu haben. Ob der Vorwurf des Antisemitismus berechtigt war, bleibt ungeklärt, aber der Vorfall verweist auf ein sehr typisches Zusammenspiel von Nicht-Kommunikation und Skandalisierung im öffentlichen Umgang mit der Tatsache, dass ein*e Politiker*in jüdisch war beziehungsweise eine jüdische Familiengeschichte hatte. In diesem eng abgesteckten Diskursraum wurden jüdische Herkunft und Identität ebenso wie der Antisemitismus entweder beschwiegen oder skandalisiert. So sehr sich Blachstein auch um ein «Mimikrydasein» bemühte, er wurde dennoch als Jude wahrgenommen – und er blieb ein Außenseiter und Solitär, auch in seiner eigenen Partei. Im Alter nahmen Blachsteins Isoliertheit und Verbitterung weiter zu, erst recht, nachdem er seinen Posten als deutscher Botschafter in Jugoslawien aus gesundheitlichen Gründen schon nach einem Jahr wieder hatte aufgeben müssen. «Ihr lasst mich wie eine ausgepresste Zitrone auf dem Komposthaufen der SPD verrotten», schrieb er 1973 an seinen alten Freund Willy Brandt, von dem er sich nicht ausreichend unterstützt fühlte. Vier Jahre später, im Alter von 66 Jahren, starb Peter Blachstein allein in seiner Wohnung.

Auch Jakob Altmaier war «ein zutiefst vereinsamter Mensch, der keine Familie und nur wenige Freunde besaß», als er am 8. Februar 1963 am Schreibtisch seines Bonner Bundestagsbüros einem Herzinfarkt erlag. Sowohl Altmaier als auch Blachstein haderten im Alter mit ihrer Entscheidung, wieder nach Deutschland zurückgekehrt zu sein, hatten sich ihre Erwartungen an eine konsequente und gerechte Aufarbeitung der Verbrechen an den europäischen Jüdinnen und Juden doch bei Weitem nicht erfüllt. Altmaier litt unter der mangelnden Wertschätzung seines Einsatzes für die Wiedergutmachung, die er als sein spätes Lebenswerk betrachtete. Wie sehr seine Homosexualität zu seiner Außenseiterposition beitrug, lässt sich schwer ermessen, da sie noch weniger als seine jüdische Herkunft öffentlich thematisiert, geschweige denn akzeptiert wurde. Auch wie sehr ihm die zahlreichen antisemitischen Drohbriefe zusetzten, die ihn regelmäßig erreichten, lässt sich nur erahnen.

Jeanette Wolff, die am 19. Mai 1976 in Berlin mit 87 Jahren starb, blieb bis zu ihrem Lebensende eine ausgesprochen aktive Sozialdemokratin und Jüdin. Sie war von 1965 bis 1975 stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden sowie Vorsitzende der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und engagierte sich im Seniorenrat der SPD. Dass sie anders als Altmaier und Blachstein nicht an Verbitterung und Vereinsamung litt, obgleich sie in der Ghetto- und Lagerhaft die unmittelbarsten und sicher auch grauenvollsten Erfahrungen mit der Vernichtungspolitik des NS-Regimes gemacht hatte, lässt sich nach Ansicht ihrer Biograf*innen am ehesten damit erklären, dass sie, die sich vor allem «im Kleinen» und weniger in der «großen Politik» engagierte, mehr Erfolgserlebnisse im politischen Alltag erfuhr und aus ihrer Religiosität eine hohe Motivation und positive Lebenseinstellung bezog.

## KEINE ERFOLGSGESCHICHTE

Die SPD bildete mit ihren drei jüdischen Abgeordneten in den 1950er- und 1960er-Jahren eine Ausnahmeerscheinung im Bundestag, ihr Parteivorsitzender hatte sich explizit um die Rekrutierung jüdischer Fraktionsmitglieder bemüht. Mit dieser bewussten Entscheidung wollte die Parteiführung in erster Linie ein Zeichen nach außen setzen und signalisieren, dass sie an die traditionelle Verbundenheit von Sozialdemokratie und Judentum in Deutschland anzuknüpfen gedachte, erst recht nach dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus. Weitaus bemerkenswerter als dieser Schritt der SPD war aber die

Tatsache, dass sich jüdische Überlebende wie Jeanette Wolff, Jakob Altmaier und Peter Blachstein nach den traumatischen Erfahrungen der NS-Zeit überhaupt dazu entschlossen, in das Land der Täter*innen zurückzukehren und dort politisch aktiv zu werden – eine Entscheidung, die für die allermeisten Überlebenden damals nicht nachvollziehbar war.

Für die SPD erfüllten die drei jüdischen Abgeordneten in mehrfacher Hinsicht wichtige symbolische wie politische Funktionen: Sie personifizierten einerseits die wechselseitige Bereitschaft zu einem Neuanfang und zu einer Wiederbelebung jener jüdisch-sozialdemokratischen «Symbiose» und bildeten andererseits ein wichtiges Scharnier zu jüdischen Organisationen. So häufig die Partei gegenüber dem Ausland auf ihre jüdischen Abgeordneten und ihren besonderen Einsatz für die Wiedergutmachung verwies, so selten thematisierte sie deren Herkunft und Erfahrungshintergrund aber nach innen. Sichtbar wurde die – ganz unterschiedlich ausgeprägte – jüdische «Identität» der drei Fraktionsmitglieder meist nur dort, wo sie eine strategische Funktion erfüllte. Auch wenn Kurt Schumacher öffentlich suggerierte, dass der Antisemitismus mit dem Ende des NS-Regimes weitestgehend zum Verschwinden gebracht worden sei, so war ihm durchaus bewusst, dass die Mehrheit der postnationalsozialistischen Gesellschaft von antisemitischer Propaganda durchdrungen war und die Präsenz von jüdischen Überlebenden in ihrer Mitte als personifizierten Schuldvorwurf wahrnahm. Wie im Fall der Widerstands- und Verfolgungserfahrungen nicht-jüdischer Sozialdemokrat*innen war ihm daran gelegen, auch die Erfahrungen der jüdischen Überlebenden in der Partei möglichst nicht ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit zu rücken und aus Wahlkämpfen herauszuhalten. Von der Konfrontation der Wähler*innen mit den Erlebnissen einer Minderheit von NS-Gegner*innen und -Verfolgten brauchte sich die an politischen Erfolgen interessierte SPD keinen Stimmenzuwachs zu erhoffen.

WEITAUS BEMERKENSWERTER ALS DIESER SCHRITT DER SPD WAR ABER DIE TATSACHE, DASS SICH JÜDISCHE ÜBERLEBENDE WIE JEANETTE WOLFF, JAKOB ALTMAIER UND PETER BLACHSTEIN NACH DEN TRAUMATISCHEN ERFAHRUNGEN DER NS-ZEIT ÜBERHAUPT DAZU ENTSCHLOSSEN, IN DAS LAND DER TÄTER*INNEN ZURÜCKZUKEHREN UND DORT POLITISCH AKTIV ZU WERDEN.

Die Zuschreibungen, Erwartungshaltungen und Funktionalisierungen, die sich aus nicht-jüdischer sozialdemokratischer Sicht mit den drei jüdischen Abgeordneten verbanden, trafen auf drei sehr verschiedene Persönlichkeiten und Selbstverständnisse. Jakob Altmaier, Peter Blachstein und Jeanette Wolff unterschieden sich nicht nur in ihrem individuellen Verhältnis zum Judentum und ihren Erfahrungen während der NS-Zeit, sondern auch darin, wie freimütig sie diese in der Öffentlichkeit thematisierten. Unabhängig davon, wie sehr sie selbst dazu bereit waren, über die persönlichen Ausgrenzungs- und Verfolgungserfahrungen oder über ihr Jüdischsein zu sprechen, waren es vor allem Projektionen und Reaktionen der Mehrheitsgesellschaft, die sie punktuell dazu veranlassten oder auch zwangen, sich öffentlich dazu zu verhalten. Insofern waren der Handlungsspielraum und die Sichtbarkeit der drei Abgeordneten stets in ein enges Raster von mehr oder weniger unausgesprochenen Erwartungshaltungen der sie umgebenden nicht-jüdischen Mehrheit gespannt. So wichtig und richtig es auch war, dass immerhin eine der westdeutschen Parteien der Nachkriegszeit von Beginn an auf die Repräsentanz jüdischer Mitglieder im Bundestag setzte, so wenig kann dabei jedoch von einer Erfolgsgeschichte die Rede sein. Jakob Altmaier und Peter Blachstein bereuten ihren Entschluss, nach Deutschland zurückgekehrt zu sein, wo ihr Alltag mit zunehmendem Alter von Vereinsamung und Frustration gekennzeichnet war. Allein Jeanette Wolff gelang es, ihren furchtbaren Erfahrungen und Verlusten zum Trotz ein erfülltes Leben nach dem Überleben zu führen.

## LITERATUR


**Albrecht, Willy:** Jeanette Wolff, Jakob Altmaier und Peter Blachstein. Die drei jüdischen Abgeordneten des Bundestags bis zum Beginn der sechziger Jahre, in: Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Leben im Land der Täter. Juden im Nachkriegsdeutschland (1945–1952), Berlin 2001, S. 236–252.

**Heid, L. Joseph:** Peter Blachstein. Von der jüdischen Jugendbewegung zur Hamburger Sozialdemokratie. Biographie eines Sozialisten (1911–1977), Hamburg 2014.

**Moß, Christoph:** Jakob Altmaier. Ein jüdischer Sozialdemokrat in Deutschland (1889–1983), Köln u. a. 2003.

Marcel Bois

# DER ERSTE JÜDISCHE REGIERUNGSCHEF IN DER BUNDESREPUBLIK

## HERBERT WEICHMANN (1896–1983)

In gewisser Weise ist die Queen schuld: Ende Mai 1965 führt der Hamburgbesuch der britischen Königin Elisabeth II. zu heftigen öffentlichen Kontroversen über die Ehe von Paul Nevermann. Der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt lebt schon seit einiger Zeit von seiner Frau getrennt. Als sie ihre Teilnahme am Queen-Empfang absagt, skandalisiert die Springerpresse, dass sie ihren «Repräsentationspflichten» nicht nachkomme. Die Kampagne wirkt schließlich: Als auch aus der eigenen Partei kritische Stimmen ertönen, tritt der Sozialdemokrat Nevermann am 8. Juni 1965 zurück. Tags darauf wählen die Mitglieder des Senats überraschend den bisherigen Finanzsenator Herbert Weichmann zu seinem Nachfolger. Der 69-Jährige gilt zunächst als Übergangslösung, bleibt aber dann doch bis 1971 im Amt.

Weichmanns Ernennung ist noch aus einem anderen Grund bemerkenswert. Er ist der erste jüdische Regierungschef in der Geschichte der Bundesrepublik – und bis heute der einzige. Abgesehen von Kurt Eisner im Bayern des Revolutionsjahrs 1918/19 bekleidete bislang kein anderer Jude das höchste Amt eines deutschen Landes. Weichmann selbst, dessen Mutter, Schwester und Schwager im Konzentrationslager Auschwitz ermordet wurden, stellt sein Jüdischsein jedoch öffentlich nie heraus – auch aus Angst vor antisemitischen Anfeindungen. Diese Herkunft zu betonen bleibt seinem Vorgänger, dem ersten frei gewählten Hamburger Bürgermeister nach dem Zweiten Weltkrieg Max Brauer, überlassen, der Weichmann einst nach Hamburg holte: «Es war eine Demonstration. Ich wollte beweisen, dass die Hamburger einen jüdischen Mitbürger an leitender Stelle akzeptieren würden. Ich habe diese Entscheidung nicht bedauert. Und Hamburg hat sie nicht bedauert.»

Geboren wird Herbert Weichmann am 23. Februar 1896 im oberschlesischen Landsberg. Der Vater ist Arzt und sowohl politisch als auch religiös liberal eingestellt. Weichmann wächst frei von materiellen Sorgen in der niederschlesischen Garnisonsstadt Liegnitz auf. Hier erwirbt er, wie er später schreibt, «das Preußentum in uns und um uns und jene Amalgamierung mit dem Judentum, die uns zu eigen ist». Bei Beginn des Ersten Weltkriegs meldet er sich wie viele deutsche Juden aus dem Bürgertum freiwillig zum Kriegsdienst.

Herbert und Elsbeth Weichmann
auf dem SPD-Landesparteitag 1982

Als Jugendlicher schließt sich Weichmann zudem der Wandervogelbewegung an, zur sozialdemokratischen Politik kommt er aber erst nach dem Krieg. In der Revolution von 1918 wird er in einen Soldatenrat gewählt. Der gescheiterte Kapp-Putsch von 1920 überzeugt den Anhänger der Republik schließlich davon, der SPD beizutreten. Er studiert nun Jura in Breslau und Frankfurt am Main und arbeitet als Journalist und Richter. Im Jahr 1927 zieht er nach Berlin und wird Berater des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun. Hier steigt er in den folgenden Jahren bis zum Ministerialrat auf.

Mit seiner Frau Elsbeth (1900–1988, geb. Greisinger), die ebenfalls Mitglied der SPD ist, unternimmt Herbert Weichmann 1930 eine längere Reise durch die Sowjetunion. Im Folgejahr publizieren sie den gemeinsamen Reisebericht «Alltag im Sowjetstaat», in dem sie sich kritisch mit den Lebensbedingungen in dem stalinistischen Land auseinandersetzen. Mitglieder der KPD sehen in der Schrift ein antikommunistisches Machwerk, und auch die sowjetische Botschaft in Berlin protestiert. Doch andernorts wird der Band sehr positiv rezipiert. Er verkauft sich gut, und die Gewerkschaften veröffentlichen eine gekürzte Sonderauflage.

Bald nach Hitlers Machtübernahme verlassen die Weichmanns das Land, zunächst gehen sie in die Tschechoslowakei, dann nach Frankreich. In Paris arbeitet Herbert

Weichmann wieder als Journalist, unter anderem für die vom kommunistischen Dissidenten Willi Münzenberg herausgegebene Exilzeitschrift *Die Zukunft.* Mit Kriegsbeginn siedeln die Weichmanns nach New York über. In der US-amerikanischen Metropole studiert er noch einmal, wird Wirtschaftsprüfer und Sozius einer Kanzlei.

Nach dem Krieg zeigt das Paar, das 1943 die US-amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen hat, wenig Ambitionen, nach Deutschland zurückzukommen. Erst der bereits erwähnte Max Brauer, der ebenfalls während der NS-Zeit in den USA gelebt hat, kann die Exilierten dann 1948 doch zur Rückkehr bewegen. In der Hansestadt wird Weichmann Präsident des Rechnungshofs, ihn reizt die Aufgabe, am Aufbau einer neuen, demokratischen Verwaltung teilzuhaben.

In die erste Reihe der Politik tritt Weichmann im Jahr 1957, als er das Amt des Finanzsenators übernimmt. Acht Jahre später erfolgt dann seine Berufung zum Bürgermeister. Bei der Bürgerschaftswahl im März 1966, zehn Monate nach Amtsantritt, erreicht die SPD unter Weichmann ein Rekordergebnis von 59 Prozent und kann fortan allein ohne die FDP regieren. Der Bürgermeister befindet sich auf dem Zenit seiner politischen Karriere, ist in den Medien und bei anderen Parteien beliebt. Als er 1969 sogar als möglicher Nachfolger von Bundespräsident Heinrich Lübke genannt wird, winkt er jedoch ab. Ein Jude solle nicht Staatsoberhaupt werden. Die Bewältigung der NS-Vergangenheit sei Aufgabe der nicht-jüdischen Deutschen.

Innerhalb der SPD versteht sich Weichmann keineswegs als Parteiaktivist. Der ehemalige preußische Beamte gehört dem gouvernementalen Flügel der Sozialdemokratie an und setzt auf Veränderung im Rahmen institutioneller Prozesse. Daher fremdelt er mit den um 1968 aufkommenden neuen sozialen Bewegungen und betrachtet sie sogar als Gefahr für die repräsentative Demokratie. Sein Auftreten gegenüber der Studierendenbewegung gilt in Parteikreisen als «autoritär». Entsprechend trägt auch seine Unzufriedenheit über die Toleranz der SPD gegenüber der neuen Linken zu seinem Rücktritt 1971 bei. Noch Ende der 1970er-Jahre kritisiert Weichmann die Abkehr der SPD vom «Radikalenerlass», der im vorausgehenden Jahrzehnt zahlreichen jungen Kommunist*innen den Weg in den öffentlichen Dienst versperrt hatte.

Herbert Weichmann stirbt am 9. Oktober 1983, seine Frau am 10. Juli 1988. Nach beiden ist heute eine hamburgische Stiftung benannt, die das Ziel verfolgt, die Erinnerung an das politische Exil während der NS-Zeit zu bewahren.

## LITERATUR

**Krohn, Claus-Dieter (Hrsg.):** Herbert Weichmann (1896–1983). Preußischer Beamter, Exilant, Hamburger Bürgermeister. Dokumentation anlässlich eines Kolloquiums der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung «Rückkehr und Aufbau nach 1945», Hamburg 1996.

Angelika Timm

# FÜR GERECHTEN FRIEDEN, DEMOKRATIE UND BÜRGERRECHTE

## LINKES ENGAGEMENT IN DER ISRAELISCHEN GESELLSCHAFT UND POLITIK

Das in deutschen und internationalen Medien verbreitete Israelbild ist hochgradig durch den Nahostkonflikt bzw. die israelisch-palästinensische Konfrontation geprägt. Unabdingbar für das Verständnis des Landes jedoch ist auch der Blick auf nationale, weltanschauliche, politische und soziale innergesellschaftliche Konfliktlinien, die sich bereits vor der Staatsgründung 1948 abzeichneten und sich in den darauffolgenden Jahrzehnten verstärkten. Linksdemokratische sowohl jüdische als auch arabische Politikerinnen und Politiker waren am politischen Diskurs stets aktiv beteiligt. Ihre Forderungen und Ziele richteten sich insbesondere auf ein demokratisches Gemeinwesen, an dem alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt teilhaben sollten. Seit dem Junikrieg 1967 wird «links» im israelischen Sprachgebrauch darüber hinaus als Ablehnung der Okkupation arabischer Territorien verstanden. Damit verbindet sich das Streben nach einvernehmlichen Regelungen im israelisch-palästinensischen Konflikt und nach Schaffung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels. Auf innenpolitischer Ebene setzten sich linke Kräfte immer wieder für die Verteidigung und Stärkung der Demokratie ein bzw. protestierten gegen die voranschreitende Erosion der demokratischen Grundlagen Israels. Im Fokus linken Denkens und Handelns stehen heute zudem die Wahrung von Menschen- und Bürgerrechten sowie der Kampf um Gendergleichheit und Umweltschutz.

### LINKE PARTEIEN IM POLITISCHEN SPEKTRUM ISRAELS

Israel verfügt über ein vielgliedriges Mehrparteiensystem, das bisher mindestens 14 (im Jahr 1961) und höchstens 34 (im Jahr 2013) für Wahlen zugelassene Parteien umfasste. Aufgrund der niedrigen Sperrklausel[1] waren im Parlament, der Knesset, jeweils zwischen acht und 15 Fraktionen vertreten. Zu ihnen gehören seit jeher sowohl nicht-zionistische als auch zionistische Parteien mit linken Positionen.

**1** Bis 1992 lag diese bei einem Prozent; 1993–2003 bei 1,5 Prozent und 2006–2013 bei zwei Prozent; seit 2015 beträgt sie 3,25 Prozent.

Seit der ersten Parlamentswahl im Jahr 1949 ist die Kommunistische Partei (KP) in der Knesset präsent. Ihr langjähriger Generalsekretär Meir Vilner gehörte zu den Mitunterzeichnern der israelischen Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948 und damit zu den «Gründervätern» des jungen Staates. Die Geschichte der KP reicht bis auf die 1919 gegründete Sozialistische Arbeiterpartei (Mifleget ha-Poalim ha-Sozialistijim, MPS) zurück. Von 1923 bis 1948 trug dieser sich zunächst als jüdisch-arabisch definierende Zusammenschluss linker Kräfte den Namen Palästinensische Kommunistische Partei (PKP). Nachdem sich die arabische Nationale Befreiungsliga 1943 von der PKP abgetrennt hatte, kam es im Oktober 1948 zu einer erneuten Vereinigung mit dieser und schließlich zur Gründung der Israelischen Kommunistischen Partei (Ha-Miflagah ha-Komunistit ha-Jisraelit, Maki). Sie beteiligte sich ab 1949 an Parlaments- und Kommunalwahlen und war jeweils mit mehreren Abgeordneten in der Knesset vertreten. 1965 spaltete sich die Partei in die jüdische Maki und die jüdisch-arabische Neue Kommunistische Liste (Reschimah Komunistit Chadaschah, Rakach). Seit 1977 steht die KP an der Spitze des linken Bündnisses Chadasch (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit), das sich 2015 mit drei arabischen Parteien zum Wahlbündnis Gemeinsame Liste (Reschimah Meschutefet) zusammenschloss.

Dem israelischen Abgeordnetenhaus gehörte seit den ersten Knessetwahlen auch die 1948 gegründete Vereinigte Arbeiterpartei (Mifleget ha-Poalim ha-Meuchedet, Mapam) an. Sie verstand sich insbesondere als Vertreterin der Kibbuzbewegung und nahm zunächst marxistische, später weitgehend linke sozialdemokratische Positionen ein. Sie umfasste mehrheitlich jüdische, jedoch auch nicht wenige arabische Mitglieder. Unter anderem lehnte die Partei die bis 1966 andauernde Militärverwaltung über die arabische Bevölkerung des Landes ab. Während sie sich im Kalten Krieg zunächst auf die Seite der Sowjetunion stellte – nicht zuletzt in Anerkennung von deren Rolle im Zweiten Weltkrieg –, bewirkten die antisemitischen Verfolgungen in der UdSSR und in einigen osteuropäischen Staaten, insbesondere der Slánský-Prozess 1952/53, Annäherungen an die israelische und internationale Sozialdemokratie. Von 1955 bis 1961 sowie von 1969 bis 1977 war Mapam in der Regierung vertreten, zeitweise in einer Listenverbindung mit der Israelischen Arbeiterpartei (Mifleget Poalei Erez Jisrael, Mapai) bzw. mit der aus dieser hervorgegangenen Israelischen Arbeitspartei (Mifleget ha-Avodah ha-Jisraelit).

Einen achtbaren Platz innerhalb der israelischen Linken nahm die 1973 gegründete Bewegung für Bürgerrechte und Frieden (Tnuah le-S'chujot ha-Esrach u-le-Schalom, Raz) ein. Sie forderte insbesondere die Demokratisierung der israelischen Gesellschaft, die Gleichberechtigung aller Bürger und Bürgerinnen des Landes und die Beendigung religiösen Zwangs. Im Jahr 1992 verbanden sich Raz, Mapam und die liberale Partei Schinui (Veränderung) zum Wahlbündnis Merez (Tatkraft), das seit 1996 als eigenständige Partei agiert. Merez war die erste zionistische Partei, die sich für die Schaffung eines palästinensischen Staa-

tes an der Seite Israels einsetzte; viele ihrer Mitglieder sind nach wie vor in israelischen Friedensorganisationen aktiv.

Das linke politische Spektrum Israels umfasst bis heute auch Teile der Sozialdemokratie. Die 1930 gegründete Mapai hatte unter Führung von David Ben Gurion die zentrale Rolle bei der Schaffung von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Staatsgründung gespielt. Sie verantwortete nach 1948 die Innen-, Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik des Landes. Dabei rückte sie zunehmend ins Zentrum des israelischen Parteienspektrums. Dennoch gehörten ihr stets Mitglieder an, die linke Positionen vertraten und «wider den Strom» schwammen. Nach 1967 wurde die Spaltung der israelischen Gesellschaft in Tauben und Falken auch in der Sozialdemokratie deutlich.[2] Nicht wenige Friedensaktivisten und -aktivistinnen blieben weiterhin in der Arbeitspartei organisiert, sehen jedoch nationale Interessen durch die Besatzungspolitik bis heute gefährdet und lehnen Einschränkungen der Demokratie ab.

Die Positionen der zionistischen und der nicht-zionistischen Linken unterscheiden sich insbesondere bezüglich des Verhältnisses von jüdischer Bevölkerungsmehrheit und arabisch-palästinensischer Minderheit. Während die zionistische Linke einen jüdisch dominierten Wohlfahrtsstaat befürwortet, setzt sich die nicht-zionisti-

Esther Vilenska

**2** Siehe Timm, Angelika: Wider den Strom! Die zionistische Linke. Europäische Wurzeln und israelische Gegenwart, in: Altieri, Riccardo/Hüttner, Bernd/Weis, Florian (Hrsg.): «Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg beiträge 5/2021, Berlin, S. 27–38, unter: www.rosalux.de/publikation/id/45015/.

sche Linke konsequent für gleiche Rechte aller Bürgerinnen und Bürger ohne Unterschied ihrer nationalen, kulturellen oder religiösen Zugehörigkeit ein. Die Gemeinsamkeiten und Spezifika einzelner Facetten des linken Spektrums seien nachfolgend exemplarisch anhand von vier Kurzporträts aufgezeigt. Dabei sei betont, dass der israelischen Linken stets auch arabische Persönlichkeiten, etwa Emile Touma, Tawfiq Toubi, Aida Touma-Suleiman und Ayman Odeh, angehörten. Gemäß dem Titel dieser Publikation «Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken» sind arabische Linkspolitiker und Linkspolitikerinnen wie auch arabische Aktivistinnen und Aktivisten linker zivilgesellschaftlicher Organisationen in diesem Beitrag nicht vertreten; sie werden an anderer Stelle gewürdigt.

## VIER PORTRÄTS LINKER ISRAELISCHER POLITIKERINNEN UND POLITIKER

Esther Vilenska (1918–1975) wurde am 8. Juni 1918 als Esther Novik im litauischen Wilna geboren. Sie trat bereits als Jugendliche in ihrer Heimatstadt der zionistisch-sozialistischen Jugendorganisation Ha-Schomer ha-Zair (Der junge Wächter) bei. Gemeinsam mit ihrem damaligen Lebensgefährten Meir Vilner wanderte sie 1938 ins britische Mandatsgebiet aus. An der Hebräischen Universität Jerusalem studierte sie Soziologie und Geschichte. Im Jahr 1940 trat sie der PKP bei, wirkte ab 1943 als Journalistin und Herausgeberin der Parteizeitung *Kol ha-Am* (Stimme des Volkes) und wurde 1948 in das Politbüro von Maki sowie als Vertreterin ihrer Partei in das Exekutivkomitee der Gewerkschaftsorganisation Histadrut (Zusammenschluss) gewählt. Wiederholt (1951–1959 und 1961–1965) vertrat sie die Kommunistische Partei im israelischen Parlament. Sie verließ Maki im Jahr 1973 und gründete eine neue linke Partei, die Israelische Kommunistische Opposition (Oposizijah Komunistit Jisraelit, Aki).

Politisch setzte sich Vilenska vehement für das Zusammengehen jüdischer und arabischer Kommunistinnen und Kommunisten ein. So war sie 1948 eine Hauptrednerin auf dem Vereinigungsparteitag von PKP und Nationaler Befreiungsliga. Sie befürwortete ebenfalls gemeinsame Aktionen mit der linkszionistischen Mapam. Zugleich kritisierte sie jedoch, dass diese das Prinzip des «Binationalismus» verlassen habe. Ein linkes Parteiprogramm müsse sich zudem eindeutig gegen die Diskriminierung der arabischen Arbeiterschaft und für gleiche Rechte aller Werktätigen aussprechen. Im Namen der KP schlug Vilenska der Mapam gemeinsame Aktionen vor – sowohl in der Gewerkschaftsarbeit als auch hinsichtlich der Innen- und Außenpolitik des künftigen Staates.[3]

Eine historische Marginalie, aber charakteristisch für politisches Engagement: Im August 1966, ein knappes Jahr, nachdem sich die kommunistische Partei in Maki und Rakach gespalten hatte, besuchte Esther Vilenska als Vertreterin von Maki mehrere osteuropäische Staaten, um die Stand-

3 Valenska, Esther: Critique of United Workers Party Platform, in: Jewish Life, Juni 1948, S. 27–28, unter: www.marxists.org/subject/jewish/vilenska-platform.pdf.

punkte ihrer Organisation zu verdeutlichen. Deren Position sei es, wie sie dem Abteilungsleiter für Internationale Verbindungen im Zentralkomitee (ZK) der SED, Paul Markowski, darlegte, dass es auch künftig eine kommunistische Partei in Israel geben solle. Zugleich äußerte sie sich kritisch zur Haltung der SED gegenüber Israel. Beispielsweise forderte sie, «die Stellungnahmen der SED und der DDR zum Israelproblem sorgfältiger und richtiger zu formulieren». Einen Passus in der von Walter Ulbricht und Gamal Abdel Nasser 1965 in Kairo unterzeichneten Erklärung kritisierte sie mit den Worten: «Wir konnten uns nicht einverstanden erklären mit der Stellungnahme im gemeinsamen Kommuniqué zwischen der VAR [Vereinigten Arabischen Republik, Anm. d. Verf.] und der DDR zu Israel. Der Staat Israel wurde durch Beschluss der UNO mithilfe der sozialistischen Staaten geschaffen und nicht, wie es im Kommuniqué heißt, durch den Imperialismus.»[4]

Nach dem Junikrieg 1967 verurteilte Esther Vilenska die israelische Regionalpolitik scharf. Im Februar 1972 schrieb sie: «Wer auch immer hofft, dass es Frieden mit Annexion geben kann, der ignoriert den Fakt, dass der Annexionsprozess nur die Feindschaft der arabischen Völker gegenüber Israel vergrößert und bei unseren Nachbarn das Streben nach Revanche befördert. […] Die Anerkennung Israels durch die arabische Welt, stabile Grenzen und ein Friedensabkommen – das ist das eigentliche Ziel Israels.»[5] Zugleich äußerte sich die Politikerin – im Unterschied zum Standpunkt der von Meir Vilner und Tawfik Toubi geführten Rakach – kritisch zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und deren Führer Jassir Arafat. Als Mitglied des Weltfriedensrats lehnte sie 1975 die Auszeichnung des PLO-Vorsitzenden mit der Joliot-Curie-Medaille, der höchsten Auszeichnung dieses internationalen Gremiums, ab.

Schulamit Aloni (geb. Adler, 1927–2014) wurde am 28. Dezember 1927 geboren. Sie wuchs in Tel Aviv auf. Während ihres Studiums am Lehrerbildungscollege schloss sie sich – wie Esther Vilenska – dem Ha-Schomer ha-Zair an. Im Jahr 1947 trat sie in die Militärorganisation Palmach (Plugot Machaz, Stoßtruppen) ein und kämpfte in deren Reihen während des Unabhängigkeitskriegs. Nach der Staatsgründung unterrichtete sie als Lehrerin hauptsächlich Kinder aus Neueinwandererfamilien im Großraum Tel Aviv. Parallel dazu studierte sie Jura an der Hebräischen Universität.

Bereits in den 1950er-Jahren trat Aloni für Bürgerrechte, insbesondere für die Gleichberechtigung von Frauen, ein. Ihr politisches Engagement führte sie zunächst (1959) in die Mapai, für die sie 1965 erstmals in die Knesset gewählt wurde. Im Parlament sprach sie sich für die Erarbeitung einer israelischen Verfassung aus, die vor allem bürgerliche Grundrechte garantieren sollte. Wiederholt geriet sie in Widerspruch zur Mapai-Elite, insbesondere zu deren Ge-

**4** Entwurf. Information an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros. Betr.: Information über ein Gespräch des Gen. Paul Markowski, Abt.-Ltr. der Abteilung Internationale Verb. des ZK, mit den israelischen Genossen Esther Vilenska und Yaakov Silber am 24.8.1966, in: SAPMO-BArch DY 30/IV/A2/20/828. **5** Vilenska, Esther: The Real Gain For Israel Is a Peace Agreement, in: Morning Freiheit, 5.3.1972, unter: www.marxists.org/subject/jewish/vilenska-peace.htm.

neralsekretärin Golda Meir. Diese ließ Aloni vor den Knessetwahlen 1969 von der Kandidatenliste der Israelischen Arbeitspartei streichen. Wie die Politologin und langjährige Merez-Knessetabgeordnete Naomi Chazan in ihrem Nachruf für Schulamit Aloni schrieb, hätten Meir und Aloni «das alte und das neue Israel» symbolisiert.[6]

In den Folgejahren engagierte sich Aloni insbesondere gegen religiösen Zwang. In ihrem 1970 veröffentlichten Buch «The Arrangement. From a State of Law to a State of Religion» befürwortete sie religiösen Pluralismus im Land. 1973 verließ sie die Arbeitspartei und gründete die bereits erwähnte Bewegung für Bürgerrechte und Frieden (Raz). Diese gewann bei der Wahl im Dezember 1973 auf Anhieb drei Parlamentssitze. Bis zu ihrem Abschied aus der Politik 1996 blieb Aloni die anerkannte Führerin von Raz bzw. deren Nachfolgepartei Merez.

Das konsequente und kompromisslose Eintreten der Bürgerrechtlerin für die Vision einer gerechten Gesellschaft implizierte harsche Kritik an der israelischen Siedlungspolitik in den 1967 besetzten Gebieten. Aloni gehörte 1982 zu den Gründerinnen und Gründern des International Center for Peace in the Middle East. In den Jahren 1988 und 1989 nahm sie an Treffen mit PLO-Repräsentanten teil. 1992 zog Merez mit zwölf Abgeordneten in die Knesset ein und trat der von Jizchak Rabin geführten Koalitionsregierung bei. Aloni übernahm im neuen Kabinett das Amt der Bildungsministerin; ein Jahr später wurde sie Ministerin für Kommunikation, Wissenschaft und Kultur. Auch nach ihrem Rückzug aus der Politik blieb sie ihren Prinzipien treu. Beispielsweise gründete sie 2005 gemeinsam mit anderen Friedensaktivistinnen und -aktivisten die Organisation Jesch Din (Es gibt Recht), die Verletzungen der Menschenrechte in den von Israel besetzten Gebieten anprangert und Palästinenserinnen und Palästinensern juristischen Beistand anbietet.

Auf der Konferenz zur Eröffnung des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv 2009 erinnerte sich Schulamit Aloni bewegt daran, dass Rosa Luxemburg die Heldin ihrer Jugend gewesen sei und sie über Jahrzehnte als Vorbild begleitet habe: «Helden wie sie tauchen in der Literatur vielfältig auf; im Leben freilich gibt es unter all den Freiheitskämpfern für mich nur eine Heldin – Rosa Luxemburg».[7]

Uri Avnery (1923–2018) wurde am 10. September 1923 als Helmut Ostermann im westfälischen Beckum geboren. Mit seinen Eltern floh der Zehnjährige 1933 nach Palästina. Im ersten Nahostkrieg 1948/49 kämpfte er in den Reihen der paramilitärischen Untergrundorganisation Haganah bzw. der israelischen Armee. Mit seinem 1949 veröffentlichten Kriegstagebuch begann seine Tätigkeit als kritischer Journalist und Autor.[8]

**6** Chazan, Naomi: Shulamit Aloni, in: Jewish Women's Archive, 23.6.2021, unter: https://jwa.org/encyclopedia/article/aloni-shulamit. **7** Aloni, Schulamit: Nachdenken über Rosa Luxemburg – ein persönliches Wort, in: Timm, Angelika (Hrsg.): Spurensuche. Das Vermächtnis Rosa Luxemburgs für deutsche und israelische Linke, Tel Aviv 2009, S. 65–68, hier S. 68, unter: www.rosalux.org.il/wp-content/uploads/2016/09//Beikvot%20-%20Ger.pdf. **8** Avnery, Uri: In den Feldern der Philister. Meine Erinnerungen aus dem israelischen Unabhängigkeitskrieg, München 2005.

Das von Avnery 1950 gegründete Nachrichtenmagazin *Ha-Olam ha-Seh* (Diese Welt) erlangte Pionierfunktion für die hebräische Presse. Es vermittelte in Form und Inhalt neue journalistische Impulse und gab signifikante Anstöße nicht nur für die kulturelle Gestaltung des Landes, sondern auch für die Entwicklung des modernen Hebräisch. Gleichermaßen nutzte der Journalist die Zeitschrift, um Forderungen zu artikulieren, die sich auf die Trennung von Staat und Religion, auf staatsbürgerliche Gleichheit der arabisch-palästinensischen Bevölkerung des Landes und auf die Integration Israels in die Nahostregion richteten.

Avnerys Rebellion gegen das politische Establishment zeigte sich auch in der Unterstützung des algerischen Befreiungskampfs gegen die französische Kolonialmacht. So gehörte er 1960 zu den Gründern des Israelischen Rates für ein freies Algerien. Im Jahr 1965 errang er mit der Wahlliste Ha-Olam ha-Seh/Koach Chadasch (Diese Welt/Neue Kraft) ein Knessetmandat. Im Parlament war Avnery über drei Legislaturperioden (1965–1974 und 1979–1981) vertreten – als eine unangepasste Stimme der nicht parteigebundenen linkszionistischen Opposition. Als sich 1975 das Komitee für gerechten Frieden zwischen Israel und den arabischen Staaten konstituierte, spielte der Publizist eine Schlüsselrolle. Gleiches gilt für den ein Jahr später aus der Taufe gehobenen Israelischen Rat für Frieden zwischen Israel und Palästina, der sich für bilaterale Verhandlungen sowie die Errichtung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels einsetzte.

Uri Avnery brach zeitlebens politische Tabus. Er gehörte zu den ersten jüdischen Staatsbürgern Israels, die sich mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat trafen. Nach einer Begegnung im belagerten Beirut während der israelischen Libanoninvasion reiste er im Januar 1983 gemeinsam mit dem Reservegeneral Matitjahu Peled und dem Ökonomen Jaakov Arnon nach Tunis, dem zeitweiligen Sitz der PLO-Führung. Die Zu-

LINKE ISRAELISCHE POLITIKERINNEN UND POLITIKER EINT – TROTZ UNTERSCHIEDLICHER PROFILE UND POSITIONEN IN EINZELFRAGEN – DAS KONSEQUENTE EINTRETEN FÜR MENSCHEN- UND BÜRGERRECHTE UND FÜR EINE EINVERNEHMLICHE REGELUNG DES ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHEN KONFLIKTS SOWIE DIE ABLEHNUNG VON ÜBERSTEIGERTEM NATIONALISMUS UND CHAUVINISMUS.

sammenkunft galt angesichts der nahezu zwei Jahrzehnte andauernden Weigerung der PLO, mit Zionisten zu verhandeln, als «Durchbruch».[9] Die israelische Rechte wertete sie ihrerseits als «Landesverrat». Bezeugt ist jedoch auch, dass Avnery sich wiederholt mit dem Rechtspolitiker Ariel Scharon zu ausführlichen Gesprächen traf.

Über Jahrzehnte war Uri Avnery einer der bekanntesten israelischen Friedensaktivisten. Sein Name ist bis heute vor allem mit der 1993 gegründeten Organisation Gusch Schalom (Friedensblock) verbunden. Ihr Symbol – die gleichberechtigt nebeneinander angeordneten Flaggen Israels und Palästinas – markiert den Ausweg aus dem israelisch-palästinensischen Spannungsbogen und damit die Zukunftshoffnung für beide Völker wie auch für den Nahen Osten insgesamt.

Das politische Vermächtnis des unangepassten israelischen Patrioten und Demokraten mag mit dessen eigenen Worten zusammengefasst werden: «Wir sind in diesem Land nicht Bewohner auf Zeit. […] Wir gehören zu diesem Land und wir werden hier noch viele künftige Generationen leben. Deshalb müssen wir zu friedlichen Nachbarn in der Region werden, die ich schon vor 75 Jahren ‹die semitische Region› genannt habe.»[10]

Dov Khenin, am 10. Januar 1958 in Petach Tikwa bei Tel Aviv geboren, studierte nach dem Armeedienst Jura und Politikwissenschaften an der Hebräischen Universität. Von 1984 bis 2004 war er als Rechtsanwalt in Tel Aviv tätig. Seine an der Universität Tel Aviv verteidigte Dissertation (2000) widmete sich dem Vergleich von Mapai und britischer Labour Party. In den Mittelpunkt seines an der Universität Oxford erarbeiteten Postdoktorats (2002) stellte er das Verhältnis von Gesellschaft und Umwelt.

Khenin ist Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Israels. Über mehrere Legislaturperioden (2006–2019) vertrat er die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (Chadasch) im israelischen Parlament. Er galt als einer der aktivsten Knessetabgeordneten und war Mitglied mehrerer Parlamentsausschüsse, unter anderem des Umwelt- und Innenausschusses sowie des Ausschusses für Kinderrechte. Gemeinsam mit dem Reformrabbiner Michael Melchior stand Khenin jahrelang an der Spitze einer 40 Abgeordnete umfassenden Umweltlobby, die sich für eine fortschrittliche Gesetzgebung auf ökologischem Gebiet einsetzte. Auf kommunalpolitischer Ebene engagiert er sich insbesondere für soziale Gerechtigkeit und politische Partizipation sowie für Umweltfragen.

Bis zur Wahl in die Knesset 2006 war Dov Khenin Vorsitzender der etwa 80 Umweltorganisationen umfassenden israelischen Dachorganisation Life and Environment. Zentrales Anliegen des linken Parlamentariers war stets die Verflechtung von «Rot» und «Grün» – von sozialer Agenda und drängenden Umweltthemen. Bei den Munizipalwahlen in Tel Aviv 2008 errang Khenin als Spitzenkandidat der Bewe-

**9** Bar-On, Mordechai: In Pursuit of Peace. A History of the Israeli Peace Movement, Washington, D.C. 1996, S. 212. **10** Avnery, Uri: Wer zum Teufel sind wir?, 4.8.2018, unter: www.uri-avnery.de/news/479/33/Wer-zum-Teufel-sind-wir.

gung Ir le-kulanu (Eine Stadt für uns alle) 34,3 Prozent der Stimmen für das Bürgermeisteramt. In der von ihm initiierten städtischen Graswurzelbewegung war ein breites Spektrum vertreten; es umfasste sowohl jüdische als auch arabische Bürgerinnen und Bürger – Religiöse wie Säkulare, Gymnasiasten und Rentner, Studierende und Akademiker. Sie alle suchten sich durch soziales und ökologisches Engagement stärker in die Entwicklung der Metropole einzubringen. Obwohl die soziale Protestbewegung des Jahres 2011 auf diesen Bestrebungen fußte, war ihr mittel- und langfristig kein Erfolg beschieden.

Zwölf Jahre wurde Dov Khenin vom Dokumentarfilmer Barak Heymann begleitet. Die Premiere des Films «Genosse Dov» fiel 2019 mit dem Abschied des Linkspolitikers als Parlamentarier zusammen. Auf die Frage, warum er nicht weiter für die Knesset kandidiere, antwortete Khenin, er sei gewählt worden, um die Welt zu verändern, diesbezüglich jedoch gescheitert. Seine Antwort auf die Frage, was dennoch zum Erfolg führen könne, lautete, «dass etwas tief im Inneren unseres Lagers fehlt und dass wir uns in ideologischer, pädagogischer und kultureller Hinsicht von unten erneuern müssen, um eine Bewegung der Veränderung in der israelischen Gesellschaft zu schaffen».[11]

Dov Khenin setzt sich bis heute für jüdisch-arabische Partnerschaft und für die einvernehmliche Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts, einschließlich der Gründung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels, ein. Seine Weltsicht ist darüber hinaus durch viele Facetten geprägt. Auf einer Konferenz des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv 2009 betonte er, dass «das Nachdenken über Rosa Luxemburg und die israelische Linke […] nicht auf die spezifische Situation Israels und die israelische Realität beschränkt bleiben» dürfe.[12] «Rosa Luxemburgs Äußerungen führen uns zur wichtigen Erkenntnis, dass es keinen Sozialismus ohne politische Demokratie gibt, dass Sozialismus von seinem Wesen her keineswegs weniger demokratisch als Kapitalismus sein darf, ja, dass er zwangsläufig wesentlich demokratischer als dieser sein muss.»[13]

Linke israelische Politikerinnen und Politiker eint – trotz unterschiedlicher Profile und Positionen in Einzelfragen – das konsequente Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte und für eine einvernehmliche Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts sowie die Ablehnung von übersteigertem Nationalismus und Chauvinismus. Das Engagement in der Antikriegsbewegung bzw. in zahlreichen Friedensorganisationen und der Einsatz für kooperative Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten brachten ihnen auf internationaler Ebene Achtung und Anerkennung ein.

**11** Ahituv, Netta: «Es kann sein, dass wir verlieren, aber es lohnt sich zu kämpfen», Rosa-Luxemburg-Stiftung Israel, 24.7.2019, unter: www.rosalux.org.il/dov-khenin/. **12** Khenin, Dov: Rosa Luxemburgs Erbe und die heutige Linke, in: Timm (Hrsg.): Spurensuche, S. 84–94, hier S. 84. **13** Ebd., S. 88.

Kathleen Krenzlin

# «MEINE ALTEN KINDERTRÄUME STEIGEN AUF»

## LEA GRUNDIG (1906–1977)

Lea Grundig wurde 1906 als Lea Langer in Dresden geboren. Sie war die jüngste von insgesamt drei Schwestern und wuchs in gut situierten Verhältnissen auf. Ihre Eltern stammten aus jüdischen Familien, die am Ende des 19. Jahrhunderts aus Galizien nach Sachsen eingewandert waren, ihr Vater Moses Langer (1877–1959) war in der Jüdischen Gemeinde Dresdens aktiv. 1925 hatte er es mit seinen Geschäften so weit gebracht, dass er das Haus Frauenstraße 12, in dem die Familie Langer seit 1913 in Dresdner Bestlage neben der Frauenkirche wohnte, kaufen konnte.[1] An der Akademie der Bildenden Künste zu Dresden lernte Lea Langer den Maler Hans Grundig (1901–1958) kennen, den sie gegen den Willen ihres Vaters 1928 heiratete. Seit etwa 1926 gehörte das Paar der Kommunistischen Partei Deutschlands an.

Lea Langer gehörte als junges Mädchen dem jüdischen Wanderbund «Blau-Weiß» an. Doch erst ihr Aufenthalt im Heidelberger Therapeutikum von Frieda Fromm-Reichmann (1889–1957), wo sie von November 1926 bis März 1927 als Patientin weilte, hat sie – unter dem Eindruck der Vorträge Erich Fromms (1900–1980) – zu einer intensiveren Beschäftigung mit dem Judentum angeregt. Gershom Scholems «Weissagung vom Ereignis her», er hatte diese Institution in seinen Lebenserinnerungen als «Thorapeutikum» bespöttelt, erfüllte sich indes auch an Lea Grundig: 1931 trat sie aus der Israelitischen Religionsgemeinschaft Dresden aus.

Wegen des Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat wurde sie im Mai 1938 verhaftet. Auch Moses Langer wurde in diesem Kontext zusammen mit seiner zweiten Frau in Dresden für einige Tage inhaftiert. Als er im Zuge der «Reichspogromnacht» am 10./11. November desselben Jahres für 18 Tage als «Aktionsjude» in das Konzentrationslager (KZ) Buchenwald deportiert und dort misshandelt wurde, entschloss er sich zur Emigration nach Palästina. Er folgte seiner ältesten Tochter Marie im März 1939, die schon einige Jahre zuvor nach Palästina emigriert war. Zur Finanzierung der Flucht musste Moses Langer seinen Besitz auflösen, große Summen an Steuern und Abgaben entrichten und verlor dabei den größten Teil seines

1 Der Beitrag fokussiert auf Lea Grundigs Zeit in Palästina und auf ihren Bezug zum Judentum. Für weitere Informationen zum Leben von Lea Grundig siehe den Literaturhinweis am Ende des Artikels.

Lea Grundig

Vermögens. Mithilfe des Palästina-Amtes konnte er dennoch auch seine noch immer im Dresdner Polizeigefängnis inhaftierte Tochter Lea Ende 1939 freikaufen. Ihr gelang so in buchstäblich letzter Sekunde die Flucht aus Deutschland mit einem der kaum noch verkehrenden illegalen Schiffstransporte. Hans Grundig wurde am 30. März 1940 im KZ Sachsenhausen bei Oranienburg interniert.

Ende 1940 erreichte Lea Grundig die Küste Haifas, die britische Mandatsverwaltung verweigerte ihr und den Mitflüchtenden jedoch die Einreise. Nur knapp überlebte sie das auf das Flüchtlingsschiff «Patria» im November 1940 verübte Attentat. Die britische Mandatsmacht hielt Lea Grundig fast ein Jahr lang in Athlit, einem Lager für illegale Einwander*innen in der Nähe von Haifa, fest. Im Herbst 1941 wurde sie entlassen. Anfangs lebte sie in Haifa, später in Tel Aviv. Vor allem dank ihrer Beziehung zu dem Tel Aviver Geschäftsmann Nachum Eitan (1902–1976), der aufgrund seiner eigenen künstlerischen Interessen und Ausbildung auch in Künstlerkreisen gut vernetzt war, fasste sie schnell Fuß. Eitan, dessen Familie zu den Gründungsfamilien von Tel Aviv gehörte, konnte als Besitzer einer Druckerei Lea Grundigs Arbeiten vervielfältigen und damit zu deren Verbreitung beitragen.

Wenige Tage nach ihrer Entlassung eröffnete am 26. Oktober 1941 ihre vermutlich erste «offizielle» Ausstellung außerhalb des Lagers unter dem Titel «Athlit» in einem Haifaer Immigrantenklub. Die bekannte progressive und säkulare Zeitung *Haaretz* berichtete von «einem großen Publikum», das die Ausstellungseröffnung besuchte. Die Eröffnungsrede hielt der deutsch-jüdische Schriftsteller Josef Kastein (1890–1946).

Unbemerkt ist bisher geblieben, dass sich Lea Grundig in den ersten Jahren in Palästina nicht nur Porträts, Illustrationen, der Darstellung des Lagers von Athlit oder der palästinensischen Landschaft gewidmet hatte. In «Flugblättern», wie sie sie nannte, hat sie sich bereits 1942 mit der Schiffskatastrophe der «Struma», die am 24. Februar im Schwarzen Meer versenkt worden war, und damit mit dem Schicksal der europäischen Jüdinnen und Juden seit 1933 befasst. Die Hinwendung zu diesem Thema nimmt vor dem Hintergrund ihrer Flucht und Rettung nicht wunder. Zu all dem kamen die Erfahrungen einer 19-monatigen Gefängnishaft, eines auf primitivste Bedürfnisse reduzierten Daseins während der Fahrt auf der überbelegten «Pazifik» und des Lebens im Lager von Athlit. Informationen über die Ge-

schehnisse in Europa beschaffte sich Lea Grundig, die seit 1941 Mitglied der Kommunistischen Partei Palästinas war, routiniert sowohl in der lokalen Presse als vermutlich auch über die der Partei zur Verfügung stehenden sowjetischen Kanäle.

In ihrem Zyklus «Im Tal des Todes» (1943/44) versuchte Lea Grundig, die Verschleppung der Jüdinnen und Juden in die Konzentrationslager der Deutschen bildhaft zu machen. Seit etwa 1993 gilt er als erste jüdische bildkünstlerische Auseinandersetzung mit dem Holocaust. Seine Aufnahme war insbesondere zur Zeit seiner Entstehung zwiespältig. Seine Ablehnung wurde zum einen mit Vorurteilen gegenüber der kommunistischen Einstellung der Künstlerin und zum anderen, wenn es diese Vorurteile nicht gab, mit Vorbehalten gegenüber der bedrückenden Thematik begründet. Ein dritter Aspekt bezieht sich auf das künstlerische Potenzial des Zyklus und blieb aus Gründen der Pietät zumeist unausgesprochen. Der deutsch-israelische Schriftsteller Paul Landau (1880–1951) schrieb im April 1946 in der Zeitung *Al Hamischmar,* dass Lea Grundig «nicht imstande» sei, in ihren Zeichnungen «über den Rahmen der Reportage hinauszugehen«. Er fuhr fort: «Reiner Realismus kann keine Tragödie reflektieren. […] Dafür braucht man die Kraft der Fantasie, mit der Lea Grundig nicht gesegnet ist.» Obwohl Lea Grundig mit Sinn für das Visionäre im künstlerischen Werk anderer ausgestattet war, ist an ihren Blättern nachweisbar, dass sie das von Landau erkannte Defizit vor allem dann ausgleichen konnte, wenn Hans als Medium, Muse oder Korrektiv an ihrer Seite war. Das war in Palästina nicht der Fall. Ob sein Tod 1958 die endgültige Entscheidung für ein Leben als Funktionärin beeinflusst hat, muss offenbleiben.

1958 veröffentlichte Lea Grundig ihren Lebensbericht. Hier widmet sie sich unter anderem ihrer Zeit in Palästina, Gedanken über das Jüdischsein, den Konflikten zwischen Araber*innen und Einwander*innen und schließlich auch der Gründung des Staates Israel. Anlässlich eines Besuchs in Safed, wohin ihre Großeltern mütterlicherseits 1912 aus Dresden ausgewandert waren, fasst sie ihre Empfindungen zusammen: «Meine alten Kinderträume steigen auf, und zugleich auch die Kinderträume meines Volkes, seine Legenden und Geschichten.» Über ihr eigenes Jüdischsein hat sich Lea Grundig zuletzt nur noch zwei Mal – jeweils im Auftrag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) – öffentlich geäußert: 1963, in dem Jahr, in dem sie Mitglied des ZK der SED geworden war, trat sie als jüdische Zeugin im Prozess gegen den Chef des Bundeskanzleramtes Hans Globke (1898–1973) auf. 1967 – während des Sechstagekriegs zwischen Israel und Syrien, Ägypten und Jordanien – unterzeichnete sie die im *Neuen Deutschland* veröffentlichte, gegen Israel gerichtete «Erklärung jüdischer Bürger der DDR». Lea Grundig starb am 10. Oktober 1977 während einer Mittelmeerreise.

## LITERATUR

Krenzlin, Kathleen (Hrsg.): Schreibe mir nur immer viel, hrsg. von der Akademie der Künste und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, erscheint im Oktober 2022.

Stefan Thimmel

# SEIN LEBEN LANG ANTIFASCHIST, GEWERKSCHAFTER, INTERNATIONALIST UND OPTIMIST

## ERNESTO KROCH (1917–2012)

Ein langes Leben zwischen den Welten fand in Frankfurt am Main sein Ende. Ernesto Kroch verlor am 11. März 2012, nur kurz nach seinem 95. Geburtstag, seinen letzten Kampf nach langer, schwerer Krankheit. Ebenso wie der 1914 geborene und nur knapp einen Monat nach ihm verstorbene Jakob Moneta[1] verbrachte er seine letzten Monate in einem (anderen) jüdischen Senioren- und Pflegezentrum in Frankfurt. Der Frankfurter Filmemacher Martin Kessler hat Kroch in seinem 2007 erschienenen Kurzfilm als «Langstreckenkämpfer» bezeichnet. Ein treffender Ausdruck, und sicher hat auch Bertolt Brecht an Menschen wie Ernesto Kroch gedacht, als er schrieb: «Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.»

### DER «SMO-PROLET»

Ernesto Kroch wurde am 11. Februar 1917 im schlesischen Breslau als Ernst Julius Kroch geboren und wuchs dort mit zwei Geschwistern in einer liberalen jüdischen Familie auf. Sein Vater war als Handelsreisender für Konfektionsware viel abwesend, seine Mutter war Hausfrau. Während sein sieben Jahre älterer Bruder Heinz noch das Gymnasium absolvieren konnte, musste Ernst seine schulische Ausbildung wegen der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage seiner Familie abbrechen und begann im Jahre 1932 eine Lehre als Schlosser bei «Smoschewer & Co. Feldbahnbau und Lokomotiven». Kaum im Betrieb, wurde er mit 15 Jahren Mitglied der Metallarbeitergewerkschaftsjugend (MAJ) und schloss sich nach der Spaltung des deutsch-jüdischen Jugendbunds «Kameraden» dem sozialistischen Zweig der Freien deutsch-jüdischen Jugend (FDJJ) an, die zionistische Abspaltung «Werkleute» war für ihn keine Alternative. Die FDJJ verstand sich als Teil der Kommunistischen Jugend-Opposition (KJO),[2] die im Gegensatz zur KPD für die Einheit aller Arbeiterparteien eintrat. In dieser Zeit be-

1 Es gibt sicher noch weitere Parallelen zwischen Ernesto Kroch und Jakob Moneta, darunter auch ihr hohes Lebensalter. Siehe unter anderem Will, John S.: Jakob Moneta – jüdischer Internationalist und sozialistischer Gewerkschafter, in: Altieri, Riccardo/Hüttner, Bernd/Weis, Florian (Hrsg.): «Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg beiträge 5/2021, Berlin, S. 81–90, unter: www.rosalux.de/publikation/id/45015/. 2 Keßler, Mario: Theodor Bergmann (1916–2017), in: ebd., S. 91–100.

gann der Lehrling Ernst Kroch auch schon das Schreiben, und schnell war er für Beiträge in der Betriebszeitung mit dem schönen Namen *Der Smo-Prolet* verantwortlich. Alles, was den späteren Ernesto ausmacht, wird hier schon im jungen Ernst sichtbar: seine Überzeugung für den Sozialismus, das Schreiben, die unerschrockene Aktion. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten setzte die Betriebsgruppe ihre Aktivitäten im Untergrund fort, und eine der Aufgaben von Ernst war es, des Nachts Texte für die illegale Zeitung der Gruppe zu verfassen und abzutippen. Das flog auf, und er wurde am 9. November 1934 festgenommen, wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt und zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Nach dieser Zeit wurde er direkt ins Konzentrationslager Lichtenburg überstellt. Ende Januar 1937 kam er unter der Bedingung frei, Deutschland innerhalb von zwei Wochen zu verlassen. Ernst konnte nach Breslau zurückkehren und nahm am 10. Februar desselben Jahres Abschied von seinen Eltern. «Es sollte der letzte sein. Ich sollte sie nie mehr wiedersehen», schreibt er in seiner Autobiografie. Sein Vater Ludwig kam in Theresienstadt ums Leben, seine Mutter Elly wurde in Auschwitz von den Nazis umgebracht.

## AUS ERNST WIRD ERNESTO

Mit einem jugoslawischen Visum ausgestattet, das ihm seine Eltern besorgt hatten, gelangte er in einen zionistischen Kibbuz im heutigen Kroatien, in dem Jungen und Mädchen auf ihre Ausreise nach Palästina vorbereitet wurden. Zum Zionismus konnte er aber nicht bekehrt werden, wie er schreibt: «Überhaupt war mir jeder Nationalismus zuwider, der sich auf Arroganz und Überheblichkeit gründet und zur Eroberung und Unterdrückung anderer Länder und Völker führt.» Ende 1938 ging er in Marseille mit einem Visum für Paraguay an Bord des Flüchtlingsschiffs «Alsina» und kam kurz nach Weihnachten in Montevideo, Uruguay an. Dort stellte sich das Visum allerdings als gefälscht heraus. Bleiben durfte er dennoch in Uruguay. Aus Ernst wurde Ernesto, seine «Heimat im Exil» hatte begonnen.

## DIE CASA BERTOLT BRECHT

In Montevideo fand Ernesto Arbeit in einem Metallbetrieb, gründete eine Familie, wurde Mitglied in der Metallarbeitergewerkschaft und in der Kommunistischen Partei Uruguays und engagierte sich im Antifaschistischen Deutschen Komitee. 1947 stellte er bei der Botschaft der Sowjetunion in Montevideo den Antrag, zusammen mit seiner Familie in die Sowjetische Besatzungszone gehen zu dürfen. Eine Antwort erhielt er nie, ebenso wenig wie Willi Israel oder Kurt Wittenberg, andere deutsch-jüdische Kommunisten im Exil in Uruguay. Nach Europa kehrte er erstmals 1963 zurück und bereiste als Lateinamerikakorrespondent der *Weltbühne* unter dem Pseudonym Pedro Fuentes auch die DDR. 1964 gründete er zusammen mit anderen Deutschstämmigen, darunter der Korrespondent des *neuen deutschland* Willi Israel, die Casa Bertolt Brecht in Montevideo als Kulturinstitut der «Freundschaftsgesellschaft Uruguay-DDR». Bis heute ist die Casa Brecht ein weit über die Grenzen Uruguay hinaus bekanntes sozio-

kulturelles Zentrum der Linken, das unter anderem in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein politisches und kulturelles Bildungsprogramm durchführt.

## HEIMAT IM EXIL – EXIL IN DER HEIMAT UND ZURÜCK

Das Besondere an der Biografie von Ernesto Kroch ist sicher die Parallelität der Ereignisse in seinem Leben. Zweimal, im zeitlichen Abstand von 45 Jahren, stand er – wenn auch unter grundverschiedenen historischen Bedingungen – vor einer existenziellen Entscheidung. 1982 musste er als aktiver Gewerkschafter die Verhaftung durch die seit 1973 in Uruguay herrschende Militärdiktatur fürchten und entschied sich für das «Exil in der Heimat» Deutschland. Anfang 1985, mit dem Ende der Diktatur, konnte er gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Eva Weil (auch sie eine Tochter deutsch-jüdischer Emigrant*innen) wieder zurück nach Uruguay.[3] Neben seiner unersetzlichen Arbeit in der Casa Bertolt Brecht waren seitdem das praktische politische Engagement, sei es bis zuletzt im Basiskomitee «Andresito» des linken Parteienbündnisses Frente Amplio (Breite Front), sei es im kommunalen Zentrum im Stadtteil, sowie das Schreiben sein Leben. Ernesto, der Schriftsteller, veröffentlichte acht Bücher – Romane, Erzählungen, Sachbücher über Uruguay und über die Globalisierung –, über 25 Jahre schrieb er für Zeitungen und Zeitschriften, auch in Deutschland.

Als er am 11. März 2012 stirbt, geht mit ihm ein Wanderer zwischen den Welten und ein unnachahmlicher Zeuge des

Ernesto Kroch

20. Jahrhunderts, der so viel war: Metallarbeiter, Gewerkschafter, Widerstandskämpfer, Autor, Basisaktivist, ein solidarischer, gerechter, bescheidener, kämpferischer, authentischer, humorvoller und toleranter Mensch. Ernesto Kroch war immer unterwegs, ein Leben lang.

## LITERATUR


**Kroch, Ernesto:** Heimat im Exil – Exil in der Heimat, Hamburg/Berlin 2004, S. 76.

**Thimmel, Stefan:** Die Seele des Ganzen, in: ila 302, 2007, S. 17–19.


**Weitere Informationen** wie Schriften, Fotos und Links zu Ernesto Kroch finden sich auf der Webseite http://ernesto-kroch.com/.

**3** Eva Weil-Kroch wurde 1929 im thüringischen Mühlhausen geboren und floh 1938 mit ihrer Familie nach Uruguay. Während der Militärdiktatur (1973–1985) arbeitete sie für amnesty international in Frankfurt am Main und lernte dort 1979 Ernesto Kroch kennen. Eva «Feva» Weil starb am 14. September 2018 in Frankfurt am Main.

Florian Weis

# VOM MARXISTISCHEN AUSSENSEITER ZUM WELTBEKANNTEN HISTORIKER

## ERIC HOBSBAWM (1917–2012)

In Alexandria in Ägypten als Kind eines britisch-jüdischen Vaters (Leopold Percy Hobsbaum, ursprünglich Obstbaum) und einer österreichisch-jüdischen Mutter (Nelly Grün) geboren, verbrachte Eric Hobsbawm seine Kindheit größtenteils in Wien, ehe er nach dem frühen Tod beider Eltern 1931 zu Verwandten nach Berlin zog. Wien, die multinationale ehemalige Hauptstadt des Habsburger Reiches, beeinflusste ihn vor allem kulturell, seine vergleichsweise kurze Zeit in Berlin war dagegen politisch prägend für den jungen Hobsbawm, der hier in den Endjahren der Weimarer Republik zum Kommunisten wurde. Mit seinen Verwandten übersiedelte Hobsbawm 1933 nach Großbritannien, was, wiewohl er Jude und Kommunist war, keine Flucht darstellte, ging er doch in das Land, dessen Staatsbürger er von Geburt an gewesen war. Trotz der seit der Wiener Zeit angespannten finanziellen Lage großer Teile seiner Familie konnte er in Cambridge studieren, wo er sich sowohl der elitär-exzentrischen Diskussionsgruppe der «Apostel» als auch der Kommunistischen Partei anschloss. Während des Zweiten Weltkriegs diente er erst im Pionierkorps und anschließend im «Army Educational Corps». Wie Hobsbawm arbeiteten viele Linke in Bildungs-und Schulungsfunktionen der britischen Streitkräfte, was dazu beigetragen haben mag, dass die Angehörigen der Streitkräfte bei den Wahlen 1945 überproportional stark für die siegreiche Labour Party stimmten. Früh zeigte sich, dass Hobsbawm an einer breiten Wissensvermittlung über die akademische Welt hinaus interessiert war.

### AUFSTIEG ALS HISTORIKER

Nach dem Krieg kehrte Hobsbawm nach Cambridge zurück, wo seine akademische Karriere zunächst nur schleppend vorankam. 1947 begann seine enge, jahrzehntelange Verbindung mit dem Birkbeck College in London. Birkbeck war damals noch weit von den elitären akademischen Oxbrigde-Gipfeln entfernt, doch war Hobsbawm nicht der einzige britische Historiker, der von den Rändern der akademischen Welt aus langsam zu großer Bedeutung und Reputation gelangte. In gewisser Weise blieb er ein akademischer Außenseiter, jedoch ein zunehmend geachteter, prominenter und als Autor aus-

Cover von Eric Hobsbawms
«Gefährliche Zeiten.
Ein Leben im 20. Jahrhundert»

IN GEWISSER WEISE BLIEB ER EIN AKADEMISCHER AUSSENSEITER, JEDOCH EIN ZUNEHMEND GEACHTETER, PROMINENTER UND ALS AUTOR AUSGESPROCHEN ERFOLGREICHER, DEN SEIT DEN 1970ER-JAHREN SCHLIESSLICH AUCH DAS BRITISCHE KULTURESTABLISHMENT AUFNAHM, WAS IHM KEINESWEGS UNLIEB WAR.

gesprochen erfolgreicher, den seit den 1970er-Jahren schließlich auch das britische Kulturestablishment aufnahm, was ihm keineswegs unlieb war. Gastprofessuren, seine regelmäßige Tätigkeit an der New School in New York, viele Vorträge und Publikationen machten ihn einer akademischen ebenso wie einer breiteren Leserschaft in so unterschiedlichen Ländern wie Brasilien (wo der frühere Präsident Lula da Silva von ihm beeinflusst wurde), Indien und den USA bekannt – und zu einem einflussreichen Intellektuellen.

Als methodisch, regional und thematisch außerordentlich breit aufgestellter Historiker ragt Eric Hobsbawm bis heute heraus. Für ihn war Geschichte nie nur eine National- oder europäische Geschichte; lange bevor der mittlerweile überstrapazierte Begriff des Eurozentrismus aufkam, berücksichtigte er in vielen seiner Werke Lateinamerika, Nordamerika sowie Nordafrika ebenso wie große Teile Asiens. Ungewöhnlich breit war Hobsbawms Blick auch in anderer Hinsicht, wie seine ausgeprägte Vorliebe für den Jazz – er war viele Jahre nebenberuflich als Zeitungskritiker tätig – oder seine Befassung mit den «primitiven Rebellen», gemeinhin Banditen genannt, zeigen. Dass letztgenannte Veröffentlichung ihm auch Kritik wahlweise als einer zu sozialromantischen oder unmarxistischen Sichtweise einbrachte, hat ihn wenig gestört. Berechtigter ist hingegen der Vorwurf, dass Hobsbawm den neuen feministischen Bewegungen seit den 1960er- und 1970er-Jahren und ihren historischen Forschungsansätzen wenig Verständnis entgegenbrachte. Auch fiel Hobsbawms Ablehnung popkultureller Entwicklungen schroff aus – für ihn blieben der Jazz und die Opernmusik die zentralen musikkulturellen Bezugspunkte.

## DISTANZIERTER PARTEIKOMMUNIST

Hobsbawm blieb der britischen KP fast bis zu ihrer Auflösung 1991 als Mitglied verbunden, weit länger als manche seiner Genoss*innen, die sich nach der Niederschlagung des Ungarnaufstands 1956 von der KP ab- und der «New Left» zuwandten. Jedoch gehörte Hobsbawm auch nie zu den aktiven und linientreuen KP-Mitgliedern. Die kritische Sicht des Parteiapparats auf den eigenwilligen und gerade in den 1950er-Jahren bohemienhaften Hobsbawm lassen sich durch die intensive Abhörpraxis des britischen Inlandsgeheimdienstes MI5 belegen. Während die Überwachung der Kommunistischen Partei durch britische Behörden also nicht weniger intensiv ausfiel als in anderen westeuropäischen Ländern, kam es nie zu einem Parteiverbot oder einer systematischen Berufsverbotspraxis wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Politisch war die britische KP ab Ende der 1940er-Jahre wenig erfolgreich, doch brachte sie eine bemerkenswert große Zahl brillanter Historiker*innen hervor, die sich um die sozialhistorische Zeitschrift *Past & Present* herum sammelten; genannt sei hier exemplarisch E. P. Thompson («The Making oft the English Working Class», 1963), mit dem Hobsbawm, neben vielen Gemeinsamkeiten, eine spürbare Rivalität verband.

Politisch orientierte sich Hobsbawm seit den 1950er-Jahren zunehmend an der italienischen KP und später am Eurokommunismus. Für die in den 1980er-Jahren einflussreiche Zeitschrift *Marxism Today* steuerte er eine Vielzahl von Artikeln bei, wobei er schon 1978 hinterfragte, ob der Aufstieg der klassischen Arbeiter*innenbewegung an sein Ende gekommen sei («The Forward March of Labour Halted?»). Auch neue Spaltungslinien innerhalb der Arbeiter*innenschaft, sei es zwischen Facharbeiter*innen und Sozialleistungsempfänger*innen oder zwischen zugewanderten und bereits länger einheimischen Arbeiter*innengruppen, thematisierte Hobsbawm frühzeitig: Für ihn waren es der Bedeutungs- und Machtverlust der traditionellen Arbeiter*innenorganisationen und ihre demzufolge nachlassende Immunisierungskraft, die Arbeiter*innen verstärkt für eine rassistische Rechte anfällig machten.

OBGLEICH ER SICH ZEIT SEINES LEBENS ALS MARXIST VERSTAND UND AUCH NICHT PAUSCHAL VON DEN KOMMUNISTISCHEN HOFFNUNGEN ABWENDEN MOCHTE, WURDE ER ALS ZEITANALYTIKER UND INTELLEKTUELLER AUCH VON ZENTRISTISCHEN MODERNISIERER*INNEN IN DER LABOUR PARTY HOCH GESCHÄTZT.

Obgleich er sich zeit seines Lebens als Marxist verstand und sich auch nicht pauschal von den kommunistischen Hoffnungen abwenden mochte, wurde er als Zeitanalytiker und Intellektueller auch von zentristischen Modernisierer*innen in der Labour Party wie Neil Kinnock oder Gordon Brown, mit dem die Hobsbawm-Familie (seine in Wien geborene zweite Ehefrau Marlene Schwarz und ihre gemeinsamen Kinder Andy und Julia Hobsbawm) befreundet war, hoch geschätzt.

## EIN NICHT-JÜDISCHER JUDE

Hobsbawm schrieb in seiner Autobiografie, er erinnere sich in seiner Kindheit und Jugend nicht an eigene antisemitische Erlebnisse. Die Shoah nahm in seinen Werken einen geringen Raum ein. Dem Zionismus und mehr noch den israelischen Rechtsregierungen seit 1977 stand Hobsbawm äußerst kritisch gegenüber. Religion spielte in seinem Elternhaus und Leben keine Rolle. Seine beiden Ehen ging er mit ebenfalls säkularen britischen Jüdinnen ein. Wie viele andere säkulare und linke Jüdinnen und Juden auch, prägte sich Hobsbawm freilich einen Grundsatz seiner Mutter ein: «Du darfst nie etwas tun, das den Eindruck erwecken könnte, das du dich schämst, ein Jude zu sein.» Dieser Grundsatz «legte mir die lebenslange Last eines unaussprechlichen Nachnamens auf, der spontan danach zu verlangen scheint, zu dem bequemeren Hobson oder Osborn verschliffen zu werden; und er definierte mein Judentum vollständig und ließ mir die Freiheit, als ein ‹nichtjüdischer Jude› zu leben, wie mein verstorbener Freund Isaac Deutscher es genannt hat.»

## LITERATUR


Evans, Richard J.: Eric Hobsbawm. A Life in History, London 2019.

Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1994.

Hobsbawm, Eric: Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert, München/Wien 2003.

Hobsbawm, Eric: Die Banditen. Räuber als Sozialrebellen, München 2007 (Neuauflage).

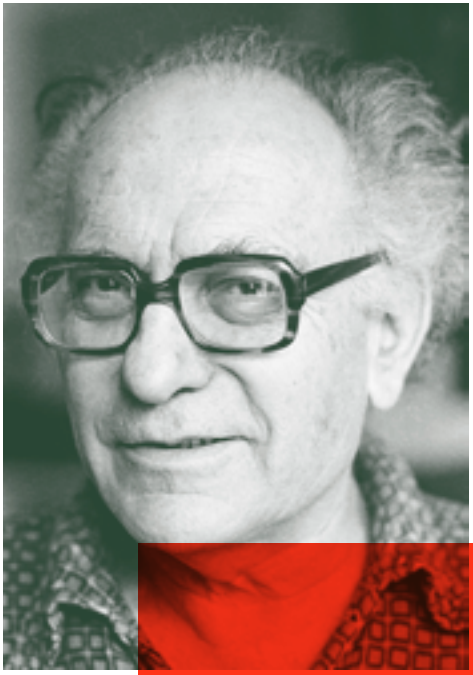
Florian Wilde

# DER HETERODOXE TROTZKIST

## TONY CLIFF (1917–2000)

Wie bemerkenswert viele andere Führungspersönlichkeiten der internationalen trotzkistischen Linken war auch Tony Cliff ein säkularer Jude (siehe Infokasten). Im Jahr der Oktoberrevolution wurde er als Yigael Glückstein in Zichron Ja'akov bei Haifa in Palästina als Kind einer aus Polen stammenden zionistischen Auswandererfamilie in die zionistische Elite hineingeboren: Klavierstunden erhielt er vom späteren Staatspräsidenten Chaim Weizmann, und David Ben Gurion war ein Freund der Familie. Unter Ben Gurions Einfluss schloss Cliff sich bereits im Alter von 14 Jahren in Jaffa der linkszionistischen Jugend der israelischen Arbeiterpartei (Mapai) an. Er erzählte später gerne, wie er schon bald darauf zum Kommunisten wurde: Der junge Yigael, der immer auch mit arabischen Kindern gespielt hatte, reichte einen Schulaufsatz mit dem Titel «Warum sind keine arabischen Kinder auf unserer Schule?» ein und wurde von seinem wütenden Lehrer dafür als «Kommunist» beschimpft. Daraufhin schloss er sich als 16-Jähriger der radikaleren Jugendorganisation des linken Poale-Zion-Flügels, dem Marxistischen Zirkel, an. Als die Nationalsozialisten 1933 in Deutschland die Macht ergriffen, interpretierte Cliff dies als eine Folge des Versagens der stalinistisch geführten KPD, wandte sich zunehmend dem Trotzkismus zu und gründete schließlich mit dem illegalen Bund Revolutionärer Kommunisten (Brit Kommunistim Mahapchanin) die Palästina-Sektion der 4. Internationale mit. Die kleine Gruppe – zu ihren Mitgliedern gehörten unter anderem Jakob Moneta, Rudolf Segall und Jakob Taut – bemühte sich um die Einheit und gemeinsame

Tony Cliff



Organisierung der jüdischen und arabischen Arbeiter*innen Palästinas und stellte sich gegen die britische Kolonialmacht, was zur vorübergehenden Internierung Cliffs während des Zweiten Weltkriegs führte. Obwohl er aus dem Herzen des zionistischen Milieus stammte, wandelte er sich zu einem überzeugten Antizionisten und wanderte gemeinsam mit seiner aus Südafrika nach Israel emigrierten jüdischen Frau und Genossin Chanie Rosenberg 1946 nach London aus.

Als weitere aus dem Judentum stammende führende Politiker des Trotzkismus zu nennen wären, neben Leo Trotzki selbst, unter anderem Pierre Frank und Ernest Mandel als langjährige Köpfe der «offiziellen» 4. Internationale sowie Alain Krivine, Daniel Bensaïd und Henri Weber von der Führung ihrer französischen Sektion Ligue communiste révolutionnaire (LCR). Zu erwähnen wären ebenso die jüdischen Gründerväter bzw. die Gründermutter eigenständiger internationaler Unterströmungen des Trotzkismus:

- Ted Grant: Organisation: Militant, Land: Großbritannien; Internationaler Zusammenschluss: Committee for a Workers' International (CWI)
- Pierre Lambert: Parti communiste internationaliste (PCI), Frankreich; International Committee of the Fourth International (ICFI)
- Daniel Gluckstein: Parti ouvrier indépendant démocratique (POID), Frankreich; International Workers Comittee (IWC)
- David Korner: Lutte Ouvrière (LO), Frankreich; Internationalist Communist Union (UCI)
- Jorge Altamira: Partido Obrero (PO), Argentinien; Coordinating Committee for the Refoundation of the Fourth International (CRFI)
- Savas Matsas: Workers Revolutionary Party (EEK), Griechenland; Coordinating Committee for the Refoundation of the Fourth International (CRFI)
- Max Shachtman: Independent Socialist League (ISL), USA; Committee for the Fourth International (CFI)
- Clara Fraser: Freedom Socialist Party (FSP), USA; Committee for Revolutionary International Regroupment (CRIR)

Der von Hal Draper und Joel Geier angeführte Independent Socialist Club (ISC) in den USA, eine eigenständige Strömung des Trotzkismus ohne internationale Partner, wuchs ab den späten 1970er-Jahren mit der sich um Tony Cliffs SWP gruppierenden International Socialist Tendency (IST) zusammen.

«WEDER WASHINGTON NOCH MOSKAU – FÜR ARBEITERDEMOKRATIE UND INTERNATIONALEN SOZIALISMUS» WURDE SO ZUM ZENTRALEN SCHLACHTRUF DER SICH BALD INTERNATIONAL SOCIALISTS NENNENDEN GRUPPE, DIE SICH AUCH SONST ALS EINE SEHR HETERODOXE STRÖMUNG PRÄSENTIERTE UND INNOVATIV UM EINE AKTUALISIERUNG DES TROTZKISMUS MIT EIGENSTÄNDIGEN THEORETISCHEN BEITRÄGEN BEMÜHTE.

Dort entwickelte Cliff eine umfassende Revision von Trotzkis Theorie der Sowjetunion als eines degenerierten Arbeiterstaates, was schließlich zum Ausschluss von Cliff und seinen wenigen Anhänger*innen aus der britischen Sektion der 4. Internationale führte. Daraufhin gründete er eine eigene Gruppierung, die Socialist Review Group. Cliffs 1955 veröffentlichter Schrift «Staatskapitalismus in Russland»[1] zufolge handelte es sich bei der stalinschen Sowjetunion und ihren Satellitenregimen um eine neue Form von Klassenherrschaft, die er als «bürokratischen Staatskapitalismus» kennzeichnete. Dies wurde zur theoretischen Grundlage der von ihm begründeten Strömung und von ihr aufs Engste mit der Vorstellung eines «Sozialismus von unten» verknüpft, der nur über eine rätedemokratisch-revolutionäre Befreiung der Arbeiterklasse als Werk der Arbeiterklasse selbst erkämpft und nicht durch Rote Armeen, linke Guerillas oder sozialdemokratische Regierungen «von oben» dekretiert werden könne.

«Weder Washington noch Moskau – für Arbeiterdemokratie und internationalen Sozialismus» wurde so zum zentralen Schlachtruf der sich bald International Socialists (IS) nennenden Gruppe, die sich auch sonst als eine sehr heterodoxe Strömung präsentierte und innovativ um eine Aktualisierung des Trotzkismus mit eigenständigen theoretischen Beiträgen bemühte. Dazu trug etwa Cliff mit seiner Theorie einer «Umgelenkten permanenten Revolution» (1963, zur Erklärung des Ausbleibens einer Führung der Arbeiterklasse bei den antikolonialen Revolutionen) oder der Theorie einer permanenten Rüstungswirtschaft (zur Erklärung des langen Nachkriegsbooms) bei.

Die Gruppe umfasste zunächst nur wenige Dutzend Mitglieder und definierte sich nach Veröffentlichung von Cliffs «Studie über Rosa Luxemburg» (1959) zeitweise als libertär-trotzkistisch-luxemburgistisch. Sie wirkte in den 1960er-Jahren eine Zeit lang in der Labour Party, schnellte als dann wieder eigenständig agierende IS im Pro-

**1** Cliffs Schriften werden mit dem Jahr ihrer englischen Originalausgaben, aber mit dem Titel ihrer – später erfolgten – deutschen Übersetzung angegeben.

testjahr 1968 auf 1.000 Mitglieder hoch, vollzog unter dem Einfluss von Cliffs dreibändiger Lenin-Biografie (1975–1978) dann eine hart neoleninistische Wende und transformierte sich schließlich 1977 zur Socialist Workers Party (SWP) mit bereits 3.000 sowohl an den Universitäten als auch in den Fabriken gewonnenen Mitgliedern. Zu ihren Kennzeichen gehörte ein ebenso militanter wie auf breite Bündnisse abzielender Antifaschismus, der sich in den von ihr angestoßenen Rock-against-Racism-Konzerten und in der von ihr mitgegründeten Anti-Nazi-League zeigte. Das jüdische Element der IS – neben Cliff, Chanie Rosenberg und den gemeinsamen Kindern nicht zuletzt der Cliff-Schwager und IS-Theoretiker Michael Kidron – war derart stark ausgeprägt, dass Zeitgenoss*innen der diskussionsfreudigen IS explizit eine jüdische politische Kultur attestierten. Die Gruppe verschrieb sich aber weiterhin einem entschiedenen Antizionismus, der seinen Ausdruck auch in Publikationen wie «Israel, der Terrorstaat» (1986) des ebenfalls jüdischen SWP-Mitglieds John Rose finden sollte.

Ab den späten 1960er-Jahren entstanden die ersten Schwesterorganisationen der IS/SWP, die sich als International Socialist Tendency (IST) zusammenschlossen. In Deutschland gründete der Frankfurter Aktivist des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) Volkhard Mosler 1971 – gemeinsam mit seiner jüdischen Lebenspartnerin Maya Cohen – die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) als einen Ableger.

Als schwere Hypothek für den Aufbau einer internationalen Strömung sollte sich erweisen, dass die britischen Behörden Cliffs Umtriebe durchaus ernst nahmen und ihm – trotz großer und von hochrangigen Mitgliedern der Labour Party und der Gewerkschaften unterstützter Kampagnen zu seiner Einbürgerung – zeitlebens die Staatsbürgerschaft verweigerten, sodass der von London aus agierende staatenlose Revolutionär die britischen Inseln nicht verlassen konnte und daher in der internationalen Linken vergleichsweise unbekannt blieb. Sein privates Telefon wurde zwischen 1951 und 1991 durchgehend

ALLERDINGS SOLLTE DER LINKSRUCK KURZ NACH CLIFFS TOD IN EINE KRISE STÜRZEN, SICH ZUNÄCHST SPALTEN UND SCHLIESSLICH ZUM [...] MARX21-NETZWERK INNERHALB DER LINKSPARTEI TRANSFORMIEREN, AUS DEM ZAHLREICHE AKTIVE, MEHRERE BUNDESTAGSABGEORDNETE UND EINE PARTEIVORSITZENDE DER LINKEN HERVORGEGANGEN SIND.

abgehört, und in die SWP wurden allein in den 1980er-Jahren 25 Informant*innen britischer Geheimdienste eingeschleust.

Den Zusammenbruch des Ostblocks begrüßte Cliff und verstand ihn als Bestätigung seiner Staatskapitalismus-Theorie. Die 1990er-Jahre galten seiner Strömung als ein Jahrzehnt neuer linker Möglichkeiten und Aufbrüche. Die SWP wuchs zur mit circa 10.000 Mitgliedern vorübergehend stärksten politischen Kraft links der Labour Party an, und auch die IST erreichte mit etwa 30 nationalen Sektionen in diesem Jahrzehnt ihren Zenit, an dessen Ende Tony Cliff am 9. April 2000 starb. Die problematischen Aspekte des Cliff'schen Erbes sollten bereits kurz nach seinem Tod in Spaltungen von SWP und IST – die längst selbst eine neue Form von Orthodoxie vertraten und dabei ihre einstige Innovationsfähigkeit eingebüßt hatten – sichtbar werden und mit ihnen auch die von Kritiker*innen schon lange monierten Demokratiedefizite dieser Strömung.

Wer Tony Cliff – wie der Autor als Jugendlicher – etwa auf den in den 1990er-Jahren von Zigtausenden Personen besuchten, jährlich in den Räumlichkeiten der University of London stattfindenden Marxism-Kongressen der SWP erlebte, war häufig vom sprühenden Charme dieses in einem unverwechselbaren Akzent agitierenden Marxisten der alten Schule gebannt. Nicht weniger beeindruckend war er jedoch auch für israelische Besucher*innen seiner Alterskohorte: «He looked like a British Ben Gurion with a Sabra accent. Even the art of the composition of his speech was reminiscent of the old speeches of Mapai», so der Journalist Ygal Sarneh, der Cliff damals als einen «ghost of a leader of the left from the 1940s» erlebte.

Einen zentralen Fokus legte Cliff in seinem letzten Lebensjahrzehnt auf die Arbeit der deutschen IST-Sektion SAG. Sie formierte sich unter seiner Anleitung 1994 mit etwas über 100 Mitgliedern als Linksruck-Netzwerk bei den Jungsozialisten in der SPD (Jusos) neu und wurde als wieder eigenständige Gruppe zu einer der am schnellsten wachsenden Organisationen der radikalen Linken im Deutschland der 1990er-Jahre. Allerdings sollte der Linksruck kurz nach Cliffs Tod in eine Krise stürzen, sich zunächst spalten und schließlich zum nun formal von der IST unabhängigen marx21-Netzwerk innerhalb der Linkspartei transformieren, aus dem zahlreiche Aktive, mehrere Bundestagsabgeordnete und eine Parteivorsitzende der LINKEN hervorgegangen sind.

## LITERATUR

Birchall, Ian: Tony Cliff. A Marxist for His Time, London 2011.

# AUTOR*INNEN

**Riccardo Altieri** ist Historiker und Leiter des Johanna-Stahl-Zentrums für jüdische Geschichte und Kultur in Unterfranken in Würzburg. Nach dem Studium der Geschichte und Germanistik 2021 promovierte er an der Universität Potsdam («Rosi Wolfstein und Paul Frölich – Transnationale Linke des 20. Jahrhunderts»). Altieri forscht auf den Gebieten unterfränkisches Judentum, historische Arbeiterbewegung und Klassismus. Zuletzt erschien «Johanna Stahl. Wirtschaftswissenschaftlerin – Politikerin – Frauenrechtlerin» (2022).

**Marcel Bois** studierte Geschichte, Soziologie und Kunstgeschichte an den Universitäten Konstanz und Hamburg, war Doktorand am Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung und promovierte an der Technischen Universität Berlin zum Linkskommunismus in der Weimarer Republik. Er ist Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung und arbeitet seit 2020 an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg.

**Henning Fischer** lebt als Historiker und Bildungsarbeiter in Berlin. Geschichtliche Schwerpunkte sind Nationalsozialismus, Biografien der deutschen kommunistischen Bewegung und Gewerkschaftsgeschichte, Bildungstätigkeit mit Jugendlichen und Gewerkschaften. Er unterhält einen Twitterkanal über Biografien von Überlebenden des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück (https://twitter.com/NachDemLager) und ist Teil des AutorInnenkollektivs Loukanikos. Zuletzt erschien sein Buch «Frauen im Widerstand» (2020).

**Gregor Gysi,** geboren am 16. Januar 1948 in Berlin, war von Ende 1989 bis Januar 1993 Vorsitzender der PDS. Von Ende 1990 bis Januar 2002 und seit 2005 ist er direkt gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages und war von 1990 bis 2000 und 2005 bis 2015 Fraktionsvorsitzender der LINKEN, seit April 2020 ist er außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Von Januar bis Juli 2002 war er Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin. Von 2016 bis 2019 war er Präsident der Europäischen Linken.

**Bernd Hüttner** ist Politikwissenschaftler und lebt in Bremen. Er ist Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik sowie Koordinator des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Mitglied unter anderem des Vorstands der German Labour History Association und der Redaktion von *Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien*. Interessensgebiete sind emanzipatorische historische Bildung, Intersektionalität, Kunstgeschichte, neue soziale Bewegungen. Ein Publika-

tionsverzeichnis findet sich unter www.bernd-huettner.de.

**Mario Keßler** war von 1996 bis 2021 am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) und von 2001 bis 2021 an der Universität Potsdam beschäftigt. Zahlreiche Forschungsaufenthalte führten ihn nach Polen, in die Sowjetunion, nach Großbritannien, Israel und in die USA. Er hatte Gastprofessuren an verschiedenen US-amerikanischen Universitäten, zum Beispiel mehrmals an der Yeshiva University, New York. Gegenwärtig ist er Senior Fellow am ZZF.

**Kathleen Krenzlin** ist Kunsthistorikerin und seit 2018 mit der Edition der privaten Korrespondenz von Hans und Lea Grundig befasst. Bis 1993 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie der Künste, Berlin. Seitdem leitet sie die Galerie Parterre Berlin/Kunstsammlung Pankow. Arbeits- und Forschungsschwerpunkt sind die Mechanismen von Kunstrezeption, die deutsche Kunst des 20. Jahrhunderts und die Kunst in der DDR. 1989 war sie Kuratorin der ersten Retrospektive des Dresdner Malers Wilhelm Lachnit.

**Ottokar Luban,** geboren 1937 in Berlin, studierte Geschichte, Erziehungswissenschaften, Psychologie, Politische Wissenschaften und Sonderpädagogik an der Pädagogischen Hochschule und an der Freien Universität in Berlin. Ab 1960 war er Lehrer und Sonderschullehrer in Berlin (West). Mittlerweile ist er pensioniert. Seit 1999 ist er ehrenamtlicher Sekretär der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft. Diverse Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung finden sich unter www.rosa-luxemburg-forschung.de.

**Kristina Meyer,** geboren 1978, ist seit 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung in Berlin. Zuvor war sie viele Jahre wissenschaftliche Geschäftsführerin des Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Promoviert wurde sie mit einer Arbeit über «Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990» (2015). Seit 2019 ist sie Co-Sprecherin des Geschichtsforums beim SPD-Parteivorstand.

**Gertrud Pickhan** ist seit Oktober 2021 Universitätsprofessorin a. D. Zuvor war sie als Professorin für die Geschichte Ostmitteleuropas am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin tätig. Von 1993 bis 1997 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Aufbau des Deutschen Historischen Instituts Warschau beteiligt. Anschließend war sie Stellvertreterin der Gründungsdirektorin des Leibniz-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow in Leipzig. 2000 wurde sie als Professorin für polnische Landes- und Kulturstudien an die TU Dresden berufen; 2003 erfolgte ihre Berufung an die FU Berlin. Die osteuropäisch-jüdische Geschichte ist ihr wichtigster Arbeitsschwerpunkt, zur Geschichte des «Bund» veröffentlichte sie zahlreiche Publikationen.

**Günter Regneri** verdient seinen Lebensunterhalt als Lokführer. Sein Geschichtsstudium an der Freien Universität Berlin und am University College London schloss er mit einer Magisterarbeit über den Berliner Antisemitismusstreit 1879–1881 ab. Nach

der biografischen Miniatur «Luise Kautsky – Seele des internationalen Marxismus – Freundin von Rosa Luxemburg» (2013) begann er mit der Herausgabe der Reihe «Luise Kautsky – Gesammelte Schriften», in der bisher fünf Bände erschienen sind.

**Uwe Sonnenberg** ist Historiker und beschäftigt sich in der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit verschiedenen Schwerpunkten aus der Geschichte der Linken im 20. Jahrhundert. Seine Magisterarbeit an der Universität Potsdam behandelte 2006 das öffentliche Wirken Lew Kopelews in der Bundesrepublik Deutschland.

**Stefan Thimmel** ist Referent für Wohnungs- und Stadtpolitik in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Als Journalist und Gutachter arbeitete er lange in und über Lateinamerika und hatte mehrere Jahre seinen Lebensmittelpunkt in Montevideo/Uruguay. Dort engagierte er sich unter anderem in der Casa Bertolt Brecht und hatte das Glück, mit Ernesto Kroch (und Eva Weil) intensiv und freundschaftlich verbunden zusammenzuarbeiten. 2004 konnte er die Neuausgabe der Biografie von Ernesto Kroch «Heimat im Exil – Exil in der Heimat» herausgeben.

**Angelika Timm** ist habilitierte Nahostwissenschaftlerin und Israel-Expertin (Promotion 1976, Habilitation 1987). Sie lehrte an der Humboldt-Universität (1988–1998), an der Freien Universität Berlin (1999–2002) und an mehreren israelischen Universitäten. Von 2008 bis 2015 leitete sie das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv. Sie veröffentlichte zahlreiche Publikationen über den Nahen Osten, Israel und das deutsch-israelische Verhältnis.

**Reiner Tosstorff** ist apl. Professor für Neueste und Zeitgeschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Historisches Seminar. Seine Arbeitsgebiete sind spanische Sozialgeschichte und Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung (Kommunismusgeschichte, internationale Gewerkschaftsorganisationen). Zu seinen letzten Veröffentlichungen gehören: «The Red International of Labour Unions (RILU) 1920–1937» (2016) und «Ursprünge der ILO. Die Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation und die Rolle der Gewerkschaften» (2020).

**Florian Weis** ist Historiker mit Schwerpunkten zur neueren und neusten britischen und deutschen Geschichte. Er arbeitet seit 1999 in unterschiedlichen Funktionen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und befasst sich derzeit mit britischer Politik, der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus sowie Themen zur jüdischen und der Geschichte der Arbeiterbewegung. Er ist Co-Leiter der Gesprächskreise «Antisemitismus/jüdisch-linke Geschichte und Gegenwart» sowie «Klassen und Sozialstruktur» der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Florian Wilde** ist Referent für aktivierende und internationale Gewerkschaftspolitik im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der promovierte Historiker ist unter anderem Herausgeber der Organizing-Bücher von Jane McAlevey (2019 und 2021) und Autor von «Revolution als Realpolitik. Ernst Meyer (1887–1930) – Biographie eines KPD-Vorsitzenden» (2018). Er betreibt den Textarchiv-Blog http://wildetexte.blogsport.de.

# ZUM WEITERLESEN

## DIESE ÜBERSICHT ERGÄNZT DIE LITERATURLISTE AUS BAND 1 UM WEITERE PUBLIKATIONEN UND ENTHÄLT NEU ERSCHIENENE TITEL ZUM THEMA.

### ANGEBOTE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Im Zentrum der Online-Bibliografie der Rosa-Luxemburg-Stiftung steht das Anliegen, Zugänge zu Hintergrundwissen, insbesondere zu wichtigen Forschungsergebnissen rund um Linke und Antisemitismus, jüdische Geschichte, Nationalsozialismus, die Shoah und den Nahostkonflikt zu erschließen und dauerhaft bereitzustellen. Mehr als 70 Titel sind bereits besprochen; kontinuierlich werden weitere Rezensionen bereits erschienener und neuer Bücher eingepflegt:

Rosa-Luxemburg-Stiftung: Linke und Antisemitismus, jüdische Geschichte, Nationalsozialismus, Shoah, Nahostkonflikt. Literaturbesprechungen zum Forschungsstand – Wegweiser durch eine für die Linke wichtige und zugleich hochgradig polarisierende Debatte, unter: www.rosalux.de/dossiers/linke-und-antisemitismus/bibliografie.

Rosa-Luxemburg-Stiftung: Dossier Antisemitismus, unter: www.rosalux.de/dossiers/linke-und-antisemitismus/.

### WEITERFÜHRENDE LITERATUR


Altieri, Riccardo: «Antifaschisten, das waren wir …». Rosi Wolfstein und Paul Frölich. Eine Doppelbiografie, Marburg 2022.

Altieri, Riccardo/Keßler, Mario: Arbeiterbewegung und jüdische Emanzipation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44–45/2021, S. 12–18, unter: www.bpb.de/apuz/juedisches-leben-in-deutschland-2021/342690/arbeiterbewegung-antisemitismus-und-juedische-emanzipation.

Anusiewicz-Baer, Sandra/Dämmig, Lara: Jung und jüdisch in der DDR, Leipzig 2021.

Batalion, Judy: «Sag nie, es gäbe nur den Tod für uns». Die vergessene Geschichte jüdischer Freiheitskämpferinnen, München 2021.

Bauer, Yehuda: Die Welt und die Juden, Berlin/Münster 2021.

Bodemann, Michal Y.: Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung, Hamburg 1996.

**Borchers, Roland/Bothe, Alina/Nesselrodt, Markus/Wierzcholska, Agnieszka (Hrsg.):** Das östliche Europa als Verflechtungsraum. Agency in der Geschichte, Berlin 2021.

**BpB – Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):** Jüdisches Leben in Deutschland, Schriftenreihe Bd. 10799, Bonn 2022.

**Braun, Christina von/Brumlik, Micha (Hrsg.):** Handbuch Jüdische Studien, 2. erweiterte und überarbeitete Auflage, Köln/Wien 2021 [2017].

**Brendan McGeever:** Antisemitism and the Russian Revolution, Cambridge/New York 2019.

**Brenner, Michael:** Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918 bis 1923, Berlin 2019.

**Brombacher, Ellen:** Deutsch-jüdisches Familienbild. Meine Kindheitsmuster und Prägungen, Berlin 2022.

**Brossat, Alain/Klingberg, Sylvia:** Revolutionary Yiddishland. A History of Jewish Radicalism, London 2017.

**Cazés, Laura (Hrsg.):** Sicher sind wir nicht geblieben. Jüdischsein in Deutschland, Frankfurt a. M. 2022.

**Coffey, Judith/Laumann, Vivien:** Gojnormativität. Warum wir anders über Antisemitismus sprechen müssen, Berlin 2021.

**Dick, Jutta/Sassenberg, Marina (Hrsg.):** Jüdische Frauen im 19. und 20. Jahrhundert. Lexikon zu Leben und Werk, Reinbek 1993.

**Dietrich, Christian:** Im Schatten August Bebels. Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikschutz 1918–1932, Göttingen 2021.

**Fiedler, Lutz:** Matzpen. Eine andere israelische Geschichte, Schriften des Simon-Dubnow-Instituts Leipzig, Göttingen 2017.

**Ganzenmüller, Jörg (Hrsg.):** Jüdisches Leben in Deutschland und Europa nach der Shoah. Neubeginn – Konsolidierung – Ausgrenzung, Köln u. a. 2020.

**Gerczikow, Ruben/Ott, Monty:** «Wir lassen uns nicht unterkriegen». Junge jüdische Politik in Deutschland, Berlin 2022.

**Grossmann, Atina:** Juden, Deutsche, Alliierte. Begegnungen im besetzten Deutschland, Göttingen 2012.

**Heimann-Jelinek, Felicitas/Sulzenbacher, Hannes (Hrsg.):** «Ausgestopfte Juden?». Geschichte, Gegenwart und Zukunft Jüdischer Museen, Göttingen 2022.

**Herzig, Arno:** Jüdische Geschichte in Deutschland: Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2022.

**Hoffrogge, Ralf:** Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895–1940), Konstanz/München 2014.

**Homolka, Walter/Katlewski, Heinz-Peter/Bomhoff, Hartmut:** Modern aus Tradition. 250 Jahre liberales Judentum, Ostfildern 2021.

**Horrox, James:** Gelebte Revolution. Anarchismus in der Kibbuzbewegung, Heidelberg 2021.

**Jacob, Frank/Kunze, Sebastian:** Jewish Radicalisms: Historical Perspectives on a Phenomenon of Global Modernity, Berlin/Boston 2020.

**Jander, Martin/Kahane, Anetta (Hrsg.):** Juden in der DDR. Anpassung, Dissidenz, Illusionen, Repression, Leipzig 2021.

**Jüdisches Museum Berlin:** Jüdisches Museum Berlin. Die Publikation zur neuen Dauerausstellung, Berlin 2020/21.

**Jüdisches Museum Frankfurt (Hrsg.):** Unser Mut. Juden in Europa 1945–48, Katalog zur Ausstellung im Jüdischen Museum, Frankfurt a. M. 24.3.2021–22.8.2021, Berlin/Boston 2020.

**Jüdisches Museum Frankfurt/Deutsche UNESCO-Kommission:** Bilderkarten zur Gegenwart und Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland, entwickelt anlässlich des Festjahres «1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland», unter: www.unesco.de/bildung/unesco-projektschulen/unesco-projektschulen-deutschland/bilderbox.

**Keßler, Mario (Hrsg.):** Leo Trotzki oder: Sozialismus gegen Antisemitismus, Berlin 2022.

**Keßler, Mario:** Sozialisten gegen Antisemitismus. Zur Judenfeindschaft und ihrer Bekämpfung (1844–1939), Hamburg 2022.

**Kiesel, Doron/Zentralrat der Juden in Deutschland (Hrsg.):** Die jüdische Jugendbewegung. Eine Geschichte von Aufbruch und Erneuerung, Leipzig 2021.

**Leder, Stella (Hrsg.):** Über jeden Verdacht erhaben? Antisemitismus in Kunst und Kultur, Leipzig 2021.

**Leo, Annette/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.):** Widersprüchlicher Neubeginn. Ostdeutsch-jüdische Geschichten nach 1945, Erfurt 2022.

**Nattermann, Ruth:** Jüdinnen in der frühen italienischen Frauenbewegung (1861–1945), Berlin/Boston 2020.

**Piorkowski, Christoph David:** Erzählen vom Unaussprechlichen. Über Leben und Werk von Primo Levi und Jean Améry, Berlin 2022.

**Rürup, Miriam:** Alltag und Gesellschaft. Perspektiven deutsch-jüdischer Geschichte, Paderborn 2017.

**Tobias, Jim G./Zinke, Peter:** Nakam. Jüdische Rache an NS-Tätern, Berlin 2003.

**Voigt, Sebastian:** Der jüdische Mai ’68. Pierre Goldmann, Daniel Cohn-Bendit und André Gluckmann im Nachkriegsfrankreich, Göttingen 2016.

Volkov, Shulamit: Deutschland aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte, München 2022.

Volkov, Shulamit: Das jüdische Projekt der Moderne, 2. Auflage, München 2022 [2001].

Wiedemann, Charlotte: Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis. Ein Plädoyer für eine empathische Erinnerungskultur, Berlin 2022.

Zadoff, Mirjam: Der rote Hiob. Das Leben des Werner Scholem, München 2014.

## ZEITSCHRIFTEN

APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte: Jüdisches Leben in Deutschland, 44–45/2021, www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2021-44-45_online.pdf.

BpB – Bundeszentrale für politische Bildung: Jüdisches Leben in Deutschland nach 1945, Informationen zur politischen Bildung 348/2021, unter: www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/juedisches-leben-348/.

Der Spiegel Geschichte: Antisemitismus, 3/2021.

Der Spiegel Geschichte: Jüdisches Leben in Deutschland, 4/2019.

JALTA. Positionen zur jüdischen Gegenwart, Nummer 1 bis 7, 2017 bis 2020.

nurinst – Zeitschrift des Nürnberger Instituts für NS-Forschung und jüdische Geschichte des 20. Jahrhunderts, erscheint seit 2002 alle zwei Jahre, 11/2022, unter: www.nurinst.org.

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrats: Antisemitismus, 6/2022, unter: www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2022/05/puk06-22.pdf.

ZEIT Geschichte: Jüdisches Leben in Deutschland. Zwischen Selbstbehauptung und Verfolgung, 6/2021.

## WEBSEITEN

Association of European Jewish Museums unter: www.aejm.org/.

BpB – Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Antisemitismus, unter: www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/.

Jüdisches Museum Berlin: Übersicht zu Forschungseinrichtungen für jüdische Studien, unter: www.jmberlin.de/links-zu-forschungseinrichtungen-fuer-juedische-studien.

Zentralrat der Juden: Lektüre rund um das Judentum, unter: www.zentralratderjuden.de/service/literaturliste/.

## Bildnachweise

Titelmotiv: «Arbeiter, die Folkstsaytung ist deine Zeitung». Plakat zur Bewerbung der *Folkstsaytung* (Volkszeitung), der Tageszeitung des Bund, Archiv des YIVO Institute for Jewish Research, New York

S. 12: Inga Haar, Deutscher Bundestag
S. 22: Kautsky-Familienarchiv, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (Amsterdam), IISG BG C1/852
S. 27: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 36: Library of Congress, George Grantham Bain Collection
S. 40: picture alliance/ullstein bild
S. 47: Bundesarchiv
S. 51: Spanienarchiv im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
S. 56: FSB-Archiv, Moskau
S. 57: FSB-Archiv, Moskau
S. 62: Andrew Butko, CC BY-SA 3.0
S. 65: Unknown (Mondadori Publishers), Public domain, via Wikimedia Commons
S. 74: picture alliance/R4200
S. 79: Max Mannheimer, erhalten von Frank Ahland, Dortmund
S. 83: J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung
S. 86: J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung
S. 94: MoSchle, CC BY 3.0
S. 99: Fritz Cohen, CC BY 3.0
S. 108: Rudolf Hesse, Bundesarchiv, Bild 183-12603-0001, CC-BY-SA 3.0
S. 113: Stefan Thimmel
S. 116: 2003 Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG, München
S. 121: John Sturrock

## IMPRESSUM

luxemburg beiträge Nr. 13
wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2749-0939 · Redaktionsschluss: September 2022
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

**«Denn der große polnische Dichter jüdischer Herkunft, Julian Tuwim, hat mal gesagt, ich habe nie jiddisch gesprochen, habe nie jüdisch geglaubt, aber ich muß mich zum Judentum bekennen, nicht wegen des Blutes, das in meinen Adern fließt, sondern wegen des Blutes, das aus vielen Adern floß.»**

Lew Kopelew (1912–1997)

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG